ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 6. Juni 2013 | 64. Jahrgang | Nummer 11

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Dramatische Jahrhundertflut in Bayern: Wassermassen überschwemmen Städte und Dörfer ... Süd- und Ostdeutschland versinken im Hochwasser ... Katastrophenalarm ... Evakuierungen ... Menschen verlieren Hab und Gut ... Bundeswehr, Feuerwehr, THW und freiwillige Helfer im Dauereinsatz ... Bahngleise, Autobahnen und Straßen unter Wasser ... Murenabgänge ... in Passau höchster Pegelstand seit dem Mittelalter ... Trinkwasser wird knapp ... Krisenstäbe bei der Staatsregierung, den Landratsämtern und in Rathäusern ... Ministerpräsident Seehofer und Kanzlerin Merkel sagen Unterstützung zu. Das sind die bestimmenden Schlagzeilen dieser Tage. Für das „Triple“ der Bayern bleibt (fast) keine Aufmerksamkeit übrig, denn so wie in Eschenlohe sieht es an vielen Orten im Freistaat aus. ❐

Bayerischer Landkreistag 2013 in Altötting:

Schuldenbremse - Fluch oder Segen?

Die finanzielle Lage der Kommunen stand im Mittelpunkt des Jahrestreffens des Bayerischen Landkreistags in Altötting. Mehr als 320 Teilnehmer befassten sich an zwei Tagen mit dem Thema „Schuldenbremse – Fluch oder Segen für die Kommunalfinanzen?“ Fakt ist: Auch wenn der Fiskalpakt letztlich erst im Jahr 2020 endgültig umgesetzt sein muss, werden die Rahmenbedingungen dafür schon bald zu fixieren sein. Die Verhandlungen beginnen spätestens nach den Wahlen im September.

Trotz Mehreinnahmen in Milliardenhöhe plagen die bayerischen Landkreise Geldsorgen. Der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Jakob Kreidl, sprach von „besorgniserregenden Entwicklungen auf der Ausgabenseite“. Aus den Forderungen der bayerischen Landkreise stellte Kreidl exemplarisch folgende Schwerpunkte heraus:

1. Entlastung der Kommunalhaushalte von rasant steigenden Sozialausgaben, insbesondere durch ein Bundesleistungsgesetz

Ende 2011 lebten in Bayern mehr als 1 Million Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 %. Die Ausgaben der für diesen Personenkreis zuständigen Eingliederungshilfe sind in Bayern zwischen 2000 und 2011 von 1.265 Mio. Euro auf 2.155 Mio. Euro gestiegen. Das ist ein Zuwachs von ca. 70 % bzw. 892 Mio. Euro, für den letztlich die Kommunen aufkommen müssen.

Gesamtgesellschaftliche Verantwortung

Das Schicksal der Behinderung eines Menschen ist jedoch keine rein örtliche Angelegenheit, sondern unterliegt der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Der Bund muss sich dieser Verantwortung durch ein neues Bundesleistungsgesetz stellen und sich in einem ersten Schritt mit mindestens einem Drittel an den Kosten beteiligen. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Zusage des Bundes zu einer Kostenbeteiligung im Rahmen der Verhandlungen zum Fiskalvertrag, die von der Bundeskanzlerin erst jüngst bei der Tagung des Deutschen Städtetags bekräftigt worden ist.

2. Finanzielle Grundlagen der Krankenhausversorgung sichern

Rund 40 % der Krankenhäuser in Bayern werden in diesem Jahr rote Zahlen schreiben. Deutschlandweit werden es knapp 50 % sein. Das ist ein alarmierender Befund, der die strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser aufzeigt. Hauptgrund dafür ist die immer stärker auseinander klaffende Kosten-Erlös-Schere. Während die Ausgaben allein aufgrund Tariflohnerhöhungen seit 2006 um 15,9 % zugenommen haben (hinzu kommen höhere Energiekosten, kostspieligere hygienische Standards usw.), sind die Einnahmen aus den erbrachten Krankenhausleistungen durch politische Vorgaben auf einen Zuwachs von 9,4 % gedeckelt wor-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Auf dem Podium in Altötting (v. l.): Herbert Eckstein, Roland Schwing, Dr. Johann Keller, Jakob Kreidl, Prof. Hans-Günther Henneke, Erwin Schneider und Dr. Hubert Faltermeier. ❐

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum 6. Energie-Forum

Vormerken! 13. Juni 2013

Wissen ist Energie! Die BayerischeGemeindeZeitung veranstaltet am 13. Juni ihr Energieforum „Power für Bayerns Kommunen“ im Bürgerhaus in Garching bei München. Bereits zum sechsten Mal treffen dort die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Kooperationspartner sind der Bayerische Gemeindetag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag. Als Medienpartner fungiert erneut TV Bayern live.

Bei diesem Info-Tag für Kommunen haben die Teilnehmer aus ganz Bayern und dem benachbarten Ausland die Gelegenheit, sich anhand von mehr als zwei Dutzend Fachvorträgen über neue Produkte, Dienstleistungen und Lösungsansätze, die wegweisend für energiesparende Ausstattungsmöglichkeiten sind, zu informieren.

Neben politischen und wissenschaftlichen Statements von Dr. Jürgen Busse (Bayerischer Gemeindetag) und Manfred Reuß (Bayerisches Zentrum für angewandte Energieforschung e.V.) liefern ein Grundlagenseminar Energiewirtschaft unter der Leitung von Dipl.- Kfm. Maximilian Faltlhauser (Faltlhauser Energie GmbH) sowie eine Vielzahl an Vorträgen aus der Wirtschaft wertvolle Ideen, wie Kommunen die Energiewende qualifiziert mit gestalten können.

Ob es sich um die Entwicklung von Windkraftprojekten in Bayern (Matthias Schmuderer, E.ON Bayern AG), um Batteriespeicher für Fotovoltaik (Arno Pöhlmann, Lechwerke AG), die Förderung kommunaler Investitionen in die Energiewende (Sally Schumann, LfA Förderbank Bayern), Flusssanierung mit Energienutzung (Dipl.-Kfm. Johann Strobel, kfm. Vorstand, Österreichisch-Bayerische Kraftwerke GmbH) oder die Finanzierung kommunaler Investitionen aus Kreditgebersicht (Andrea Bastian, Sparkassenverband Bayern und Tanja Mönkhoff, BayernLB) handelt: die Palette an Themen ist ebenso reichhaltig wie vielfältig.

Darüber hinaus besteht bei Gesprächen und Diskussionen an den zahlreichen Ausstellerständen die Chance, die umfangreichen Möglichkeiten der Energiegewinnung und –versorgung aufgezeigt zu bekommen. Präsentationen auf der Hallen-Freifläche runden das Angebot ab.

Fachbesucher können sich unter www.gz-energieforum.de oder per eMail (info@gemeindezeitung.de) anmelden. Die Teilnahme ist für Vertreter von Kommunen und Behörden kostenlos. **DK**

Anschubfinanzierung für Sozialgenossenschaften:

Neue Chancen für soziale Gemeinden

Von Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer

Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Raum für Eigeninitiative geben. Deshalb habe ich die „Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften“ gestartet. Mit Mitteln des Bayerischen Sozialfonds wollen wir in jedem Bezirk Bayerns modellhaft erste Projekte in verschiedenen sozialen Bereichen mit bis zu 30.000 Euro pro Genossenschaft anschieben, die dann als Vorbild für weitere Sozialgenossenschaften dienen sollen.

Mit dieser Anschubfinanzierung helfen wir über anfängliche finanzielle Engpässe hinweg. Dafür stehen in den Haushaltsjahren 2013/2014 insgesamt 270.000 Euro zur Verfügung. Um nachhaltig zu sein, sollen sich die Sozialgenossenschaften nach der Anschubfinanzierung selbst wirtschaftlich tragen. Das ist auch der Kern des genossenschaftlichen Gedankens!

Christine Haderthauer. ❐

Selbsthilfe

Sozialgenossenschaften sind eine innovative Form organisierter bürgerschaftlicher Selbsthilfe und damit ein entscheidender Baustein hin zu einer neuen Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat. Genossenschaften sind vor allem dadurch gekennzeichnet, dass jedes Mitglied demokratisch in die Entscheidungen eingebunden ist, das Prinzip „Alle für einen, einer für alle“ dort gelebt wird und sie im Gegensatz etwa zum eingetragenen Verein auch wirtschaftliche Ziele verfolgen. Sozialgenossenschaften haben die sozialen Belange der Mitglieder im Fokus, tragen sich aber dennoch wirtschaftlich selbst und sind damit wichtiger Eckpfeiler neben der bereits bestehenden Wohlfahrtspflege, dem

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Jetzt sind wir also mehr als eine Million Menschen weniger als gedacht. Was dieses Ergebnis des Zensus genau in der Praxis bedeutet? Prinzipiell nicht allzu viel; wichtig aber ist, in Zukunft bessere Zahlen zu haben, um politische Maßnahmen effektiver planen und besser am realen Bedarf ausrichten zu können. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bayerischer Städtetag: Klage über „17 Energiewenden“	. . 2
Landtag: Beschäftigungsaffäre wird aufgearbeitet	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Political Correctness	**. 3**
KPV-Sitzung: Wege zum Erfolg	 3
Finanzielle Hilfe gegen die Abwasserflut	 3
Großkrankenhaustagung: Die Krankheit ist nicht geheilt	. . .4
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	**. 5-8**
Kommunale Energiepolitik	**. 9-15**
Aus den bayerischen Kommunen	 16-20

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Klage über „17 Energiewenden“

Einen „Masterplan“ für die Energiewende hat der Bayerische Städtetag von der Staatsregierung gefordert. Wie der zweite stellvertretende Verbandsvorsitzende, Ismanings Bürgermeister Michael Sedlmair, bei einer Pressekonferenz in München mitteilte, müssten Ziele definiert und Verantwortliche benannt werden. Sedlmair kritisierte, dass es in Deutschland aktuell „nicht nur eine, sondern 17 Energiewenden“ gebe, „eine auf Bundesebene, 16 auf Länderebene“.

Nach Sedlmairs Worten stellt die Energiewende drei Herkulesaufgaben: Den Ausstieg aus der Atomkraft und den Ausbau regenerativer Energieformen sowie ein strukturelles Umsteuern von einer zentralen Versorgung mit Atomkraftwerken zur dezentralen Versorgungsstruktur mit Kraftwerken, die Sonne, Wind, Wasser, Biogas, Biomasse oder Geothermie nutzen. Und drittens stelle die Dezentralität eine Herausforderung für die Raumordnung dar: Neue Strukturen für Kraftwerke und Netze müssten geplant sein, „wir brauchen neue Speicherkapazitäten, Netzausbau und Netzumbau“. Landesplanung und Regionalplanung müssten auf eine sinnvolle und effiziente Bündelung von Windkraftanlagen, großflächige Photovoltaik oder den Bau von Pumpspeicherkraftwerken achten.

Laut Sedlmair darf die Energiewende nicht allein den Marktkräften überlassen werden. Das Energiemarktdesign werde eine Mischung aus Markt und Staat sein, eine Mixtur aus Marktinstrumenten, fördernden Anreizen und regulierenden Gesetzen.

„Wer springt bei Dunkelheit und Flaute mit Strom ein?“ lautet Sedlmair zufolge eine Kernfrage der Energiewende. Nicht speicherbare Überkapazitäten stellten eine betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gefahr dar. Die Gemeindewerke Ismaning beteiligten sich über die Energieallianz Bayern an Windparkanlagen in der Oberpfalz und in Sachsen-Anhalt. Derzeit besteht die Energieallianz Bayern aus 32 mittleren kommunalen Versorgungsunternehmen: Der Zusammenschluss setzt auf regenerative Energie; aktuell ist ein Pumpspeicherwerk in der Walchenseeregion unterhalb des Jochbergs in der Diskussion.

„Wenn sich Kleine und Mittlere zusammenschließen, können sie bei der regenerativen Stromversorgung unabhängiger von den Widrigkeiten der wechselhaften Strommärkte werden. Nur im Zusammenschluss lässt sich so viel Wissen und Finanzkraft bündeln, um ein großes Vorhaben zu schultern“, machte der Verbandsvize deutlich. Die Gemeinde Ismaning habe sich bewusst für einen Ausbau der Gemeindewerke und für eine Übernahme von Aufgaben der Daseinsvorsorge entschieden: Im Jahr 2000 haben die Gemeindewerke die Stromversorgung und 2005 die Gasversorgung übernommen. Sedlmair: „Die interkommunale Zusammenarbeit mehrerer Kommunen öffnet einen Weg, um einen großen Sprung zur regenerativen Energiegewinnung zu schaffen.“

Mit Blick auf den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz haben Bayerns Kommunen Sedlmair zufolge alles getan, was in ihren finanziellen und personellen Möglichkeiten steht, um genügend Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren zu schaffen. Trotz aller Anstrengungen liefen gerade Kommunen in Ballungsräumen Gefahr, dass sich der Rechtsanspruch der Kinder auf einen Betreuungsplatz bis zum 1. August 2013 nicht in vollem Umfang erfüllen lässt. Klagen seien nicht auszuschließen, „denn es gibt schon Eltern und Anwälte, die sich rüsten“. Die Kommunen suchten pragmatische Lösungen, um die Betreuung für Kinder zwischen ein und drei Jahren zu schultern.

Wie Sedlmair mitteilte, sei gerade in größeren Städten und im Großraum von Ballungsgebieten der Platzbedarf besonders hoch; hier fehle qualifiziertes Personal. Der Stellenmarkt sei wie leer gefegt. Wegen hoher Mietkosten und hoher Lebenshaltungskosten seien Fachkräfte kaum bereit, in teure Boom-Regionen zu ziehen. Gerade in Regionen mit hohen Immobilienpreisen fehlten zudem Grundstücke oder geeignete Gebäude für neue Kinderkrippen.

Die Ursache des Problems liegt nach Aussage des stellvertretenden Vorsitzenden im Jahr 2007: „Ohne Beteiligung der Kommunen haben Bund und Länder beim Krippengipfel des Bundes schöne Ziele samt Rechtsanspruch formuliert. Bund und Länder haben Segnungen versprochen, aber nur wenig an die Umsetzbarkeit gedacht. Vor sechs Jahren sind die Ausbaukosten zu niedrig angesetzt worden und der tatsächliche Ausbaubedarf wurde unterschätzt.“

Laut Sedlmair tragen die Kommunen einen Großteil der Kosten. Bei den Investitionskosten für den Bau neuer Krippen hätten Bund und Freistaat die Kommunen bislang gut unterstützt. Dies gelte allerdings nicht für die Betriebskosten: „Hier unterstützen uns Bund und Freistaat bislang zu wenig. Investitionskosten fallen einmalig an, Betriebskosten schlagen sich jährlich in den kommunalen Haushalten nieder, etwa für Personal, Heizung und Reinigung. Daher muss endlich eine bessere Betriebskostenförderung erfolgen. Bei den Investitionskosten brauchen wir eine Fortsetzung der bisherigen Förderung. Der Freistaat muss das bis Ende 2014 laufende Bund-Land-Förderprogramm weiter führen.“

Seit Sommer 2012 warnt der Bayerische Städtetag vor Rechtsänderungen bei der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand. „Allerdings scheinen Bund, Land und Finanzverwaltungen die Warnungen nicht ernst zu nehmen“, kritisierte Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags. Der Hintergrund: Gerichtsurteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesfinanzhofs haben Leistungen von Kommunen als mehrwertsteuerpflichtig eingestuft; daher prüft derzeit eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern eine Rechtsänderung.

Absurde Situationen

„Wenn es tatsächlich so kommt, wie es derzeit scheint, werden Kommunen in absurde Situationen gedrängt“, betonte Buckenhofer: „Dann müsste zum Beispiel eine Gemeinde, die ihrer Nachbargemeinde eine Schulturnhalle zum Zweck des Schulunterrichts für einen bestimmten Betrag überlässt, darauf 19 Prozent Umsatzsteuer bezahlen.“ Und: Falls eine Kommune für andere im Zuge der kommunalen Beistandsleistung tätig wird, würde dies der Mehrwertsteuerpflicht unterliegen, etwa wenn sie für eine Nachbarkommune die Abwasserentsorgung übernimmt. Städte und Gemeinden müssten ihr gesamtes Leistungsspektrum und sämtliche Vertragsbeziehungen auf besteuerbare Leistungen überprüfen. Eine Vielzahl von Verträgen müssten angepasst oder neu verhandelt werden. Die Feststellung, wann eine kommunale Leistung den potentiellen Wettbewerb berührt, sei schwierig und werde oft erst vor den Finanzgerichten zu klären sein. Der steuerliche Beratungsaufwand bei Kommunen würde sich erhöhen.

„Für die Bürger bringt das keine Vorteile, im Gegenteil: Für sie wird es langfristig teurer“, stellte der Geschäftsführer klar und ergänzte: „Wenn es um Leistungsaustausch zwischen Kommunen geht, wäre eine Umsatzbesteuerung fatal. Wir appellieren an den bayerischen Finanzminister und an den Bundesfinanzminister, eine lebensgerechte Lösung zu erreichen.“

Als „widersinnig“ bezeichnete Buckenhofer den Umstand, dass die Innenminister der Länder die Kommunen einerseits zu verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit aufrufen, andererseits die Finanzminister der Länder eine Umsatzbesteuerung kommunaler Beistandsleistungen erwägen, was die gewünschte interkommunale Zusammenarbeit erschweren würde. „Der Freistaat würde sogar sein eigenes Förderprogramm zur interkommunalen Zusammenarbeit konterkarieren: Für die Förderung sind Effizienzgewinne von mindestens 15 Prozent Bedingung - eine Besteuerung mit 19 Prozent würde diesen Effizienzgrad unterlaufen.“

Die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand sei ein Beispiel für den Einfluss des Rechts der Europäischen Union auf die Kommunen, so Buckenhofer: In der Folge von Gerichtsurteilen des Europäischen Gerichtshofs habe der Bundesfinanzhof Urteile gefällt, die Leistungen von Kommunen als mehrwertsteuerpflichtig einstufen. Daher prüfe nun eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern die Rechtsfolgen. „Was in EU-Expertenkreisen als Richtlinie verhandelt worden ist, kann plötzlich Bayerns Städte und Gemeinden kalt erwischen.“

Die sogenannte EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie müsse darauf geprüft werden, ob sie dem Schutz der kommunalen Selbstverwaltung durch den Lissabon-Vertrag gerecht wird. „Deutschland muss bei der Umsetzung dieser Richtlinie die Kommunen stützen und erforderlichenfalls eine Richtlinienänderung betreiben“, forderte der Geschäftsführer abschließend. **DK**

Bayerischer Gemeindetag:

Klare Signale

Seine Zufriedenheit mit der jüngsten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu belgischen Einheimischenmodellen hat Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zum Ausdruck gebracht: „Einheimischenmodelle, mit denen viele Gemeinden in Bayern versuchen, ortsansässigen Bürgern erschwingliches Bauland zur Verfügung zu stellen, sind im Grundsatz mit europäischem Recht zu vereinbaren.“

Dies hat Brandl zufolge der EuGH in seiner Entscheidung zwar nicht ausdrücklich festgestellt, aber der Urteilsbegründung könne entnommen werden, dass die bayerische Praxis den Vorgaben des EuGH genügen dürfte.

Das höchste europäische Gericht hatte eine belgische Regelung zu beurteilen, wonach Erwerber eines Grundstücks eine ausreichende Bindung zur der jeweiligen Gemeinde nachweisen mussten. Diese Bedingung sollte erfüllt sein, wenn der Erwerber entweder lange Jahre in der Gemeinde gewohnt oder gearbeitet hatte oder eine anderweitige gesellschaftliche, familiäre, soziale oder wirtschaftliche Bindung zu der Gemeinde besaß.

Einschränkungen

Der EuGH stellte dazu fest, dass entsprechende Einschränkungen dann gerechtfertigt werden können, wenn sie dazu diesen sollen, den Immobilienbedarf der weniger begüterten einheimischen Bevölkerung zu befriedigen. Solche ökonomischen Kriterien hatte die belgische Vorschrift allerdings nicht enthalten.

Vor dem Hintergrund, dass die kommunalen Spitzenverbände mit den Herstellern von Feuerwehrfahrzeugen, die jahrelang verbotene Preisabsprachen zu Lasten der Gemeinden und Städte getroffen hatten, eine Einigung über auf eine außergerichtliche Schadensregulierung erzielt haben, zeigte sich Gemeindetagspräsident Brandl zufrieden und erleichtert. Nunmehr könnten die betroffenen Kommunen über einen Regulierungsfonds von insgesamt rund 6,7 Mio. Euro einen Schadensausgleich geltend machen.

Laut Brandl ist es in mühevollen und zähen Verhandlungen gelungen, die Kartellfirmen davon zu überzeugen, dass ein einvernehmlicher Schadensausgleich allemal besser ist als jahrelange gerichtliche Streitigkeiten mit ungewissem Ausgang. Den Feuerwehrfahrzeugherstellern sei damit ein klares Signal gesendet worden: „Die Städte und Gemeinden, die das Geld der Bürgerinnen und Bürger verwalten, lassen es sich nicht bieten, übers Ohr gehauen zu werden. Illegale Preisabsprachen werden nicht hingenommen.“

Brandl bedauerte es, dass der Bund die vor zwei Jahren kassierten Bußgelder in Höhe von über 20 Mio. Euro nicht den geschädigten Kommunen ausbezahlt. „Das wäre nur recht und billig. Durch die Preisabsprachen ist ja nicht der Bund geschädigt worden, sondern die Städte und Gemeinden.“ **DK**

Beschäftigungsaffäre wird aufgearbeitet

Im Eilverfahren versucht der Landtag, einen Schlussstrich unter die Beschäftigungsaffäre zu ziehen, die das Parlament politisch und publizistisch beherrscht. Fast einstimmig wurde das Abgeordnetengesetz so geändert, dass ab Juni Abgeordnete keine Familienangehörigen bis zum vierten Grad mehr als Mitarbeiter auf Staatskosten einstellen dürfen. Arbeitsverträge werden vom Landtagsamt kontrolliert. Die anno 2000, bereits gesetzlich eingeschränkte Praxis, bestehende Mitarbeiterverhältnisse auslaufen zu lassen, wurde von weit weniger Abgeordneten missbraucht als zunächst angenommen. Landtagspräsidentin Barbara Stamm legte jetzt eine Liste mit 16 Namen vor, die noch reinen Tisch machen sollen. Die noch aktiven Abgeordneten, darunter drei Kabinettsmitglieder, haben das schon getan und Summen zwischen wenigen tausend und bis zu fünfstelligen Eurobeträgen zurückgezahlt.

Die Präsidentin übergab dazu Presse und Öffentlichkeit eine Dokumentation mit Namen sowie den Ältestenratsprotokollen. „Damit schaffen wir Transparenz, die Ihnen ermöglicht, die damaligen Ereignisse selbst einzuordnen.“ Sie reichen bis ins Jahr 2009 und zeigen Einverständnis aller Gremien und Fraktionen, dass Bedenken gegen manche Arbeitsverträge, welche die Übergangsklausel des 1999 geänderten Abgeordnetengesetzes ausnutzten, zurückgestellt wurden.

Strengere Regelungen

„Ich verstehe mich nicht als Aufsichtsperson“, betonte Stamm. In den zuständigen Landtagsgremien habe es stets Einigkeit gegeben. Die Grünen zogen deswegen einen eigenen, strengeren Gesetzentwurf zurück. Vorschläge der außerparlamentarischen Diätenkommission mit Experten wie Heinrich Oberreuther, seinerzeit Chef der Politischen Akademie in Tutzing, und Rolf von Hohenhau, bayerischer Vorsitzender des Steuerzahlerbundes, kamen nicht zum Zug.

Stamms Recherchen ergaben weit weniger Sündenfälle als zunächst angenommen. Die Vermutung, 34 Abgeordnete hätten 2002 noch neue Verträge durch die Hintertür der Altfallregelung abgeschlossen, habe sich nicht bestätigt.

Mit den verbliebenen 16 hat die seit 2008 amtierende Präsidentin direkte Kontakte aufgenommen und sich um Korrektur bemüht. Die Gespräche seien schwierig gewesen, vor allem mit früheren Abgeordneten, aber weitgehend positiv. Von den 16 gehören zwölf der CSU und vier der SPD an. In bislang drei Fällen hat der Landtag dem Antrag der Staatsanwaltschaft nicht widersprochen, die Immunität der Abgeordneten vorübergehend aufzuheben, um zu ermitteln, ob Anklage wegen Gesetzesverletzung erhoben werden muss. Das sind CSU-Fraktionschef Georg Schmid und SPD-Fraktionsgeschäftsführer Harald Güller. Beide haben Fehler eingeräumt sowie ihre Fraktions- und Parteiämter niedergelegt. Auch der FW-Abgeordneten Claudia Jung stehen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen ins Haus. Die Kabinettsmitglieder Landwirtschaftsminister Helmut Brunner sowie die Staatssekretäre Gerhard Eck (Inneres) Bernd Sibler (Kultus) haben nach Rückzahlung das Plazet von Ministerpräsident Horst Seehofer im Amt zu bleiben.

Im Landtagsplenum wirkte sich Stamms Dokumentation etwas mäßigend aus. SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher, der das Thema mit einer kritischen Anfrage weitergeführt hatte, würdigte Güllers Rücktritt und verwies darauf, dass sich seine Partei bereits am 11. Mai gegen die Beschäftigung von Verwandten ersten Grades ausgesprochen habe. Stamm warf er vor, ihre Führungsverantwortung seit 2009 nicht wahrgenommen zu haben. Der Vertrauensverlust in die Mandatsträger sei gestiegen. Ministerpräsident Seehofer dulde „Schlupfloch-Politiker“ im Kabinett und bringe nicht die Kraft auf, in seiner Regierung „die notwendigen politischen Konsequenzen zu ziehen“. Seehofer entgegnete, das sei „unangemessen und scheinheilig“. Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause war gleichfalls der Meinung, die drei Kabinettsmitglieder „können ihren Hut nehmen“. Zur Mitverantwortung an der missbrauchten Übergangszeit verwies Bause darauf, die Grünen hatten den ersten Vorstoß zum Schließen der Hintertür gemacht und eine Regelung vorgeschlagen, die im Kern den jetzigen Gesetzesänderungen entspreche.

Wann die Beschäftigungsaffäre endgültig vom Tisch ist, bleibt offen. Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat alle relevanten Unterlagen vom Landtag zur Prüfung erhalten. Stamm prognostiziert, dass „wir noch einen Berg Arbeit vor uns haben“. Eindeutige Feststellungen müssten, wenn möglich, noch in dieser Legislaturperiode realisiert werden. Die letzte Landtagssitzung vor der Neuwahl ist für den 18. Juli angesetzt. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Rinner
83088 Kiefersfelden
am 9.6.

Bürgermeister Peter Stief
91241 Kirchensittenbach
am 13.6.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Herbert Mirbeth
93059 Regensburg
am 6.6.

Bürgermeister Richard Wittl
93183 Holzheim am Forst
am 6.6.

Bürgermeisterin Karin Ritter
96358 Reichenbach
am 8.6.

Bürgermeister Ludwig Eder
93117 Altenthann
am 15.6.

Bürgermeister Hans Loy
83134 Prutting
am 17.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Adolf Falkenstein
97357 Prichsenstadt
am 7.6.

Bürgermeister Josef Weiß
91728 Gnotzheim
am 10.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Zöller
63933 Mönchberg
am 7.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Heinrich Traublinger feierte 70. Geburtstag

Der Präsident des Bayerischen Handwerkstags (BHT) und Präsident der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern Heinrich Traublinger, MdL a. D., konnte am 9. Mai 2013 seinen 70. Geburtstag feiern.

Aufwertung der beruflichen Bildung

Der Bäcker- und Konditormeister Traublinger kann auf zahlreiche Erfolge als Politiker und Ehrenamtsträger zurückblicken. So kämpfte er beispielsweise an vorderster Front um den Erhalt des Meisterbriefs und engagierte sich für die Aufwertung der beruflichen Bildung im Vergleich zur schulischen und universitären Bildung. Dass in Bayern Handwerksmeisterinnen und -meister die volle Studienberechtigung haben, ist zum großen Teil mit sein Verdienst.

Traublinger war er von 1986 bis 2008 Abgeordneter des bayerischen Landtags, seit 1994 ist er Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern sowie Präsident der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern, seit 2002 Präsident des Bayerischen Handwerkstages. Auch auf Bundesebene engagiert er sich als Vizepräsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks für die Belange des bayerischen und des deutschen Handwerks. ❐

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

Wege zum Erfolg

Generalsekretär Dobrindt: Plädoyer für einen argumentativen Wahlkampf

Die Kommunalwahlen 2014, verbunden mit der Präsentation der neuen CSU-Wahlkampfwerbelinie, standen im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Hierzu hatte der Vorsitzende, Landrat Stefan Rößle, CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt, MdB, eingeladen.

Eines stellte der Generalsekretär bereits zu Beginn seiner Ausführungen klar: „Werbelinien entscheiden keine Wahl, Inhalte entscheiden." Zum Wahlverhalten beitragen könne freilich auch das sog. negative campaigning, der geballte Angriff auf den Ruf eines Kandidaten, der bislang eher in den USA gang und gäbe war.

Negative campaigning

Diese Art von Wahlkampfführung per Facebook oder Twitter, derer sich die Wettbewerber der CSU zunehmend bedienten, könne Stimmungen beeinflussen, die letztlich auch Wahlen entschieden, so Dobrindt.

Konkret berichtete er davon, dass die SPD an ihre Wahlkämpfer eine Vorlage in Form eines Handbuchs verteilt habe, in der sehr detailliert beschrieben werde, wie man negative campaigning betreibt. In der Praxis würden Veranstaltungen der CSU negativ kommentiert, indem man mit Unwahrheiten und bewusster Desinformation aufwarte. „Darauf werden uns auch künftig einstellen müssen", machte der CSU-General deutlich.

Neue Umfrage

Mit Blick auf die politische Großwetterlage wies Dobrindt darauf hin, dass trotz der Verwandtenaffäre im bayerischen Landtag die CSU bei der Landtagswahl im September laut einer neuen Umfrage auf die absolute Mehrheit hoffen kann. Nach einer Forsa-Erhebung käme die CSU derzeit auf 46 Prozent und könnte damit allein regieren. Das Forsa-Institut hatte im Mai 1102 repräsentativ ausgesuchte Wahlberechtigte in Bayern befragt. „Dieses Ergebnis zeigt, dass wir in den vergangenen Wochen in der Lage waren, mit der schwierigen Stimmung zumindest so umzugehen, dass die Leute uns zugestehen, echte Aufarbeitung zu betreiben und Probleme auch in den Griff zu kriegen", äußerte der Politiker.

Einheitliche Werbelinie

Aufgabe müsse es nunmehr sein, durch Bezirks,- Landtags- und Bundestagswahlen Rückenwind für die Kommunalwahlen zu schaffen. Bei den letzten Kommunalwahlen hatte die CSU bekanntermaßen mit Gegenwind aus der Bundes- bzw. Landespolitik zu kämpfen.

Bei seiner Präsentation der von der CSU für die Kommunalwahlen vorbereiteten Vorlagen wie Plakate und Flyer betonte Dobrindt, man habe darauf Wert gelegt, „dass sich diese Kampagne nicht unterscheidet von jenen für die Bezirks-, Land- und Bundestagswahlen". Tendenziell sei festzustellen, „dass Materialschlachten heutzutage nicht mehr so beliebt sind wie früher".

Deutlich positioniert habe sich seine Partei mit einem neuen Internetauftritt. Mit dem nun möglichen multimedialen Zugang auf der Homepage könnten vor allem junge Wählerschichten erreicht werden. Nicht zuletzt durch die Nutzung von Internet und Micromedia Portalen seien die Wahlkämpfe von Oberbürgermeister Kurt Gribl in Augsburg und dessen Amtskollegen Mathias Neuner in Landsberg am Lech erfolgreich verlaufen, konstatierte Dobrindt. Sein Appell an die KPV-Vertreter: „Nutzen Sie hierzu die diversen, von der Landesleitung angebotenen Schulungen!"

Auch riet der Generalsekretär den Kommunalpolitikern dazu, bereits in den nächsten Monaten auf Veranstaltungen immer wieder herauszustellen, „dass im nächsten Jahr Kommunalwahlen stattfinden". Kandidaten für Bürgermeisterämter oder Landratsposten sollten von Landtags- oder Bundestagskollegen in diesen Prozess miteinbezogen werden.

Jede Menge Manpower

Ob dieses Vorgehens „habe ich ein gutes Gefühl, dass sich die Parteispitze ihrer Verantwortung für die Kommunalwahlen bewusst ist", bemerkte KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle. Es sei „viel Manpower" vorhanden. Neue Veranstaltungsformen wie Facebook-Partys, Ladies Lounges oder City-Talks hätten auch zum Erfolg der Partei beigetragen. Die Werbelinie der CSU sei in Ordnung, weil sie „zwar moderner, aber nicht zu peppig" daherkomme. Schließlich sollten alle Altersschichten angesprochen werden. Die Werbelinie werde in Kürze im Internet veröffentlicht. **DK**

V. l.: Josef Mederer, Alexander Dobrindt, Stefan Rößle und Theresa Flotzinger. Bild: DK

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Wochen ist deutlich geworden, dass nicht alles, was vermeintlich legal auch politisch korrekt ist. Diese Feststellung mündete nun in einen einstimmigen Beschluss des Parteivorstands: Die CSU verordnet sich selbst Compliance-Regeln.

Der englische Begriff Compliance heißt in deutscher Übersetzung Einhaltung, Befolgung oder Übereinstimmung. Im Wirtschaftsleben steht er dafür, dass sich die Mitarbeiter eines Unternehmens vorgegebenen Verhaltensregeln, Gesetzen und Richtlinien verpflichten sollen. Zum einen umfassen Compliance-Regeln gesetzliche Standards, zum anderen enthalten sie aber auch firmeninterne Regeln, die unter anderem auf besonders sensible Bereiche in den Unternehmen zugeschnitten sind. Es geht dabei nicht nur um Vorgaben, die den persönlichen Umgang untereinander und mit Geschäftspartnern bestimmen, sondern auch um Themen wie Marktmanipulation, Kontakte zu Mitbewerbern und dergleichen.

Political Correctness

Vielleicht würden Sie mir jetzt antworten, dass das doch Selbstverständlichkeiten sind, aber der Anspruch an Political Correctness hat sich verändert und eine neue Dimension erreicht. Heutzutage wird beispielsweise beim Thema Parteienfinanzierung oder im Umgang mit Spenden und Rechenschaftspflichten ein anderer Maßstab angesetzt als in früheren Zeiten.

In der CSU soll eine Arbeitsgruppe unter der Führung des Ehrenvorsitzenden Theo Waigel nun neue Verhaltensregeln, einen sogenannten Ehren-Kodex erarbeiten. Theo Waigel ist für diese Aufgabe besonders prädestiniert, hat er doch für den Siemens Konzern als Compliance-Monitor die Korruptionsaffäre aufgearbeitet. Ihm zur Seite wurden Vertreter aller politischen Ebenen gestellt: Markus Ferber, MdEP für die Gruppe der Europaabgeordneten, Gerda Hasselfeldt, MdB für die Bundestagsabgeordneten, Christa Stewens, MdL für den Landtag und ich als Landesvorsitzender der KPV für die kommunale Ebene.

Zunächst werden wir die rechtlichen Bestimmungen der verschiedenen Ebenen zusammenfügen, bestehende Verhaltensregeln vergleichen und Grenzfragen neu definieren. Horst Seehofer hat richtig bemerkt: „Obschon uns die Lebenserfahrung gelehrt hat, dass man nicht alles in Paragraphen gießen kann, was im Leben an Fallstellungen entsteht, wollen wir hier klare Regelungen." Der Ehrenkodex soll ein Leitfaden mit Verhaltensregeln sein, zum Schutz und als Hilfe für die Mandatsträger. Das heißt nicht, dass nun alles geändert werden muss. Aber auch Fragen welche Nebeneinkünfte, welche Parteispenden und welche Art von Sponsoring erlaubt sind, sollen klar formuliert und in Zukunft von einem in der CSU-Landesleitung zusätzlich installiertem Compliance-Berater überwacht werden. Wir wollen größtmögliche Transparenz schaffen, ohne dabei den Politiker unter den Generalverdacht der Abzockerei und Selbstbedienungsmentalität zu stellen. Es liegt ein großes Stück Arbeit vor uns, damit die Bürgerinnen und Bürger uneingeschränktes Vertrauen in ihren Mandatsträge haben können.

Gerne berichte ich Ihnen bei nächster Gelegenheit über den Fortgang sowie das Ergebnis der der Arbeitsgruppe „Ehren-Kodex".

Ihr Stefan Rößle

„Sudeten-Hauptstadt" Augsburg:

Erfolgreicher Brückenbau in eine gute Zukunft

Augsburg (jdt). Der 64. Sudetendeutsche Tag in Augsburg war geprägt von auch international beachteten Signalen unter dem Leitwort „Zukunft braucht Heimat". Höhepunkt der Hauptkundgebung in der vollbesetzten Schwabenhalle war die Verleihung des „Karlspreises 2013" der Landsmannschaft an den Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. In seiner wiederholt von starkem Beifall begleiteten Rede betonte der als „erfolgreicher und mutiger Eisbrecher" Gefeierte: „Ich nehme die Schirmherrschaft für die Sudetendeutschen mit Leidenschaft wahr."

Große Hoffnungen setzen Seehofer, der Europaabgeordnete Bernd Posselt (Sprecher der Volksgruppe) und der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) Franz Pany auf die ständig wachsende Zahl der Verbündeten im Nachbarland, bei den Politikern, in den Kirchen und unter der Jugend. Sehr optimistisch sagte Posselt: „Vielleicht findet der Sudetendeutsche Tag einmal in Prag statt."

Menschenrechtspreis

Der Einzug der Fahnenabordnungen und Trachtler war begleitet von fast nicht enden wollendem Beifall der über 10.000 Teilnehmer, die aus aller Welt angereist waren.

Ein besonderes Willkommen richtete Pany an den mit dem Menschenrechtspreis der SL ausgezeichneten tschechischen Journalisten David Vondracek. Er hatte in der viel Aufsehen erregenden Fernsehdokumentation „Töten auf Tschechisch" die Verbrechen bei der Vertreibung der Deutschen zur Sprache gebracht.

Posselt würdigte den Hochgeehrten als einen Bannerträger der Menschenrechte, der auch den höchsten tschechischen Fernsehpreis erhalten habe. In seinem Dankeswort erwähnte Vondracek: „1938 wurde den Tschechen Unrecht getan, später aber auch den Deutschen. Ich will, dass Ausdrücke wie ethnische Säuberung für alle Zeit aus dem kollektiven Vokabular verschwinden."

Franz Pany begrüßte zur Kundgebung vor allem auch viele junge Leute. Dem Schirmherrn Seehofer und der Bayerischen Staatsregierung dankte der Bundesvorsitzende für „Leuchtturm-Projekte". Dazu gehörten das Sudetendeutsche Museum in München in staatlicher Trägerschaft und die Einführung des Gedenktages in Bayern an die Vertreibung und Entrechtung von über 18 Millionen Deutschen in Ostdeutschland, im Sudetenland, in Osteuropa und auf dem Balkan.

Hohe Anerkennung zollte Pany dem Bayerischen Ministerpräsidenten für große Fortschritte in der Nachbarschaftspolitik, auch wenn nicht für alle Landsleute die Ergebnisse befriedigend seien. Ein besonders hohes Lob gab es für die Schirmherrschaftsministerin Christine Haderthauer als den Vertriebenen herzlich und stark verbundene Vorzeigefrau mit großem Ansehen. Für beispielgebende Gastfreundschaft wie schon so oft, dankte Pany der Stadt Augsburg und ihrem sehr engagierten Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, mit der zweifachen Patenschaft für Reichenberg und Neudek im Sudetenland.

Als eine besondere Auszeichnung empfunden wurde unter den zahlreichen Ehrengästen aus der früheren k.u.k.-Monarchie die Anwesenheit des Botschafters der Republik Ungarn, Dr. József Czukor, der zum Sudetentag 2013 eine Grußbotschaft des ungarischen Parlamentspräsidenten Dr. Laszlo Köver übermittelte. Riesenapplaus setzte ein, als daran erinnert wurde, dass die Regierung in Budapest für jedes Jahr am 19. Januar einen Gedenktag für die vertriebenen Ungarndeutschen eingeführt hat.

Gemeinsame Landesausstellungen

So gefeiert wie beim Sudetentag im Augsburger Messezentrum wurde Ministerpräsident Seehofer noch nicht im Jahr 2013, auch noch kein anderer in Bayern und Deutschland. Bernd Posselt betonte bei der Übergabe des Karlspreises: „Keiner macht es unserem Schirmherrn nach, zugleich mutig Recht und Wahrheit zu verteidigen und tragfähige Brücken in eine gute Zukunft zu bauen." Hervorragende Signale gebe es auch mit dem künftigen Verbindungsbüro des Freistaates in Prag und Landesausstellungen gemeinsam in Bayern und Tschechien. ❐

Den „Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft" erhielt der Schirmherr der Volksgruppe, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, aus den Händen von SL- Sprecher Bernd Posselt. Bild: jdt

Finanzielle Hilfe gegen die Abwasserflut

Kommunen dürfen künftig leichter Rücklagen bilden

Den Kommunen helfen, ihren enormen und künftig massiv zunehmenden Kostenaufwand bei Wasserversorgungs- und Entwässerungseinrichtungen zu kanalisieren, soll eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Der Innenausschuss stimmte dem Entwurf der Staatsregierung zu. Er sieht vor, dass Städte und Gemeinden bei Festsetzung ihrer entsprechenden Gebühren nicht nur die Abschreibung der Anschaffungs- und Baukosten bestehender Anlagen sondern auch einen Wiederbeschaffungszeitwert für Ersatzbauten ansetzen können. Dafür dürfen Rücklagen besser gebildet werden.

Laut Staatsregierung verbessern höhere Rücklagen, die Finanzierungskonditionen, da mehr Eigenmittel verfügbar sind und die Notwendigkeit der Kreditfinanzierung der meist hohen Investitionskosten sinken.

Leichte Gebührenanhebung durch Rücklagenbildung

Zwar wird die Rücklagenbildung zu einer leichten Gebührenanhebung für die Bürger führen, dafür könnten später starke Erhöhungen vermieden werden, die zur Abfinanzierung der Investitionskosten nötig seien. Einem Gutachten des Landesamts für Umwelt zufolge entsteht mittelfristig erheblicher Mehraufwand bei Entwässerungseinrichtungen.

Bei rund 12.500 Schmutz- und Mischwasserkanälen in Bayern müssten in einem Zeitraum von fünf Jahren bis zu 2.500 Kanalkilometer saniert werden. Zur Zeit seien es etwa 500 Kilometer pro Jahr. Die berechneten Kosten steigen in Milliardenhöhe.

Die gesetzliche Neuregelung sei praktikabel und schaffe Rechtssicherheit, befand Florian Herrmann (CSU). Reinhold Perlak (SPD) sprach von einer tragfähigen Lösung. Die Grünen bemängelten dagegen, dass die Transparenz für die Gebührenzahler sinke. Die Rücklagenbildung sei in der Verbrauchsabrechnung für die Bürger schwerer zu erkennen und zu berechnen. Hier setzten auch die Freien Wähler an. Sie hatten einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Kommunen die Rücklagenbildung weiter und nicht nur auf dem Rücken der Zahler erleichtern sollte, wie Joachim Hanisch ausführte. Das fand die Ausschussmehrheit nicht. Der Regierungsentwurf wurde bei grüner Stimmenthaltung angenommen. **rm**

„Die Krankheit ist nicht geheilt“

Tagung der bayerischen Großkrankenhäuser in Landshut

Bei einer Tagung der Vorstände der bayerischen Großkrankenhäuser im Klinikum Landshut hat die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) eine schnelle, unbürokratische und vollständige Verteilung der Finanzhilfe für die Kliniken gefordert.

„In der Medizinersprache würde man sagen, die Schmerzen werden gelindert, aber die Krankheit ist nicht geheilt“, erläuterte BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein. Die Kürzungsbeschlüsse der Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren und die immensen Kostensteigerungen besonders für das Personal hätten zu große Lücken in die Kliniketats gerissen. Mit der von der Bundesregierung vorgesehenen Entlastung von rund 1,1 Milliarden Euro für die Jahre 2013 und 2014 sei der Verlust bei weitem nicht ausgeglichen. Wichtig sei nun, dass zumindest diese Finanzhilfe umgehend, unbürokratisch und vollständig umgesetzt werde.

„Wenn die Bundesregierung den Krankenhäusern mit 1,1 Mrd. Euro helfen will, dann muss sie auch sicherstellen, dass genau dieser Betrag bei den Häusern ankommt“, forderte Hasenbein. Anstelle von langwierigen und strittigen Verhandlungen in den 16 Bundesländern, wie es der Kabinettsbeschluss vorsieht, müsse man die Höhe von Vergütungszuschlägen konkret festlegen. Dies gelte vor allem für den Versorgungszuschlag, mit dem in den kommenden beiden Jahren 750 Mio. Euro an die Kliniken verteilt werden sollen. „Es wäre fatal, wenn darüber wochenlang diskutiert und verhandelt wird und irgendwann im Herbst eventuell Schiedsstellen mit ungewissem Ausgang für die Krankenhäuser entscheiden müssen“, befürchtete Hasenbein. Wenn man Soforthilfen beschließe, sei auch für deren sofortige Wirksamkeit zu sorgen.

Auch eine Umverteilung innerhalb des Hilfspakets sei notwendig. Es sei unverständlich, dass in dem zweijährigen Programm die größere Entlastung erst für 2014 vorgesehen ist. „Die Not ist jetzt groß, und deshalb muss die Hilfe vorrangig in diesem Jahr erfolgen“, betonte Hasenbein, wies aber auch darauf hin, dass das Hilfspaket nicht durchgehend mangelhaft sei: Dass sich die Erlössteigerungen der Kliniken künftig an der Kostenentwicklung orientieren sollen, sehen die Klinikmanager laut der BKG als „ein wichtiges Signal“.

Drastische Worte fand Oberbürgermeister Hans Rampf: Als Aufsichtsratsvorsitzender der Landshuter Klinik gGmbH nannte er die Art und Weise, wie die hohe Politik mit den Krankenhäusern verfährt, „fast schon unverschämt“. Rampf sprach von Planwirtschaft auf der Einnahmenseite und Marktwirtschaft auf der Ausgabenseite für die Krankenhäuser und forderte mehr Geld für die Klinken, denn: „Hochleistungsmedizin kostet.“

Aus diesem Grund müsse öffentlich Druck gemacht werden. Landshuts OB denkt dabei nicht zuletzt an Demonstrationen von Ärzten und Pflegekräften. Dies hat zuletzt das Vilsbiburger Kreiskrankenhaus auf Anregung von Landrat Josef Eppeneder praktiziert, weil ein Teil der dortigen Ärzte keine ambulanten Patienten mehr behandeln bzw. operieren darf. **DK**

Neue Chancen...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ehrenamt und dem sozialen Unternehmertum.

Bereits Mitte letzten Jahres habe ich deshalb den Expertenrat „Sozialgenossenschaften - selbst organisierte Solidarität“ unter Vorsitz von Prof. Dr. Endres, Präsident der Katholischen Stiftungsfachhochschule München, einberufen. Der Rat ist mit Experten aus allen relevanten Bereichen besetzt, einschließlich eines Vertreters der kommunalen Spitzenverbände sowie einem Praktiker aus der Kommunalverwaltung. Der Rat soll wichtige Impulse für die Entstehung von Sozialgenossenschaften setzen. Zentraler Bestandteil ist ein praxisnaher Ratgeber, den der Expertenrat derzeit erarbeitet.

Erhalt der Infrastruktur

Schon jetzt ist klar: Sozialgenossenschaften können Lösungsmöglichkeiten für viele Lebensbereiche, gerade auch im kommunalen Bereich bieten, so z.B. für den Erhalt der sozialen Infrastruktur in strukturschwächeren Räumen, für Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen oder für Menschen mit Behinderung. Um Nachbarschaftshilfen für Senioren zu organisieren, bietet sich als Sonderform der Sozialgenossenschaft die Gründung von Seniorengenossenschaften an.

Wichtig ist, engagierte Menschen vor Ort zu finden, die ihr Anliegen selbst in die Hand nehmen und eigene Lösungen finden wollen. Der große Vorteil von Sozialgenossenschaften ist, dass die Menschen eigene Lösungen für ihre sozialen Bedürfnisse finden und sich damit selbst einbringen.

Große Chance

Für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind Sozialgenossenschaften eine große Chance: Denn soziale Bedürfnisse lassen sich durch maßgeschneiderte Eigeninitiative der Bürger vor Ort oft besser und nachhaltiger stillen als durch Standardlösungen. Jetzt haben die kommunalen Entscheidungsträger eine einmalige Gelegenheit für solche Lösungen bei engagierten Bürgern zu werben und dabei auf unser Förderangebot für Sozialgenossenschaften hinzuweisen.

Eigeninitiative

Ich bin mir sicher: Mit der „Zukunftsinitiative Sozialgenossenschaften“, dem Expertenrat und unserer Anschubförderung kommen wir unserem Ziel von mehr Sozialgenossenschaften und mehr bürgerschaftlicher Eigeninitiative in Bayern ein gutes Stück näher!

Informationsabruf

Informationen zur Förderung zum Aus- und Aufbau von Sozialgenossenschaften können auf der Homepage des Sozialministeriums unter www.stmas.bayern.de/sozialpolitik abgerufen werden. ❐

Schuldenbremse...

(Fortsetzung von Seite 1)

den. Krankenhäuser, die noch vor zwei bis drei Jahren Überschüsse erwirtschaftet haben, sind dadurch in die Verlustzone geraten. Dadurch kommen auch die Landkreise als Krankenhausträger in Schieflage.

Notwendig sind laut Kreidl folgende Weichenstellungen:

- Kostensteigerungen im Krankenhausbereich müssen zukünftig ohne Abstriche bei der Kalkulation der Krankenhaus-Fallpauschalen berücksichtigt werden.
- Die gegenwärtige Praxis, die Krankenhäuser für die Erbringung von nicht vereinbarten Mehrleistungen durch Abschläge auf die Fallpauschalen zu bestrafen, ist vollständig abzuschaffen.
- Die höheren Vorhaltekosten von Grund- und Regelversorgungskrankenhäusern insbesondere im ländlichen Raum müssen angemessen berücksichtigt werden. Ihr Versorgungsauftrag speziell bei der notfallmedizinischen Versorgung lässt sich nicht aus den Einnahmen für die vergleichsweise geringe Zahl an Behandlungen decken.

3. Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur

Nach einer von der Verkehrsministerkonferenz in Auftrag gegebenen Untersuchung ist allein der kommunale Straßenbau jährlich mit ca. 2,2 Mrd. Euro unterfinanziert. Zusätzlich fehlen im ÖPNV mindestens 600 Mio. Euro jährlich. Die Staats- und Bundesstraßen sind darin noch nicht enthalten. Auch andere kommunale Einrichtungen wie Schulhäuser oder Verwaltungsgebäude weisen erhebliche Unterhaltungsrückstände auf, weil die dafür benötigten Mittel ganz einfach fehlen. So wird schnell aus einem kleinen Schaden, einem Loch im Schuldach etwa, ein großer Schaden, wie die Überschwemmung der ganzen Schule, wenn nicht rechtzeitig Instandhaltung betrieben werden kann. Ganz zu schweigen von Notwendigkeiten zum Ausbau moderner Infrastruktur, etwa bei der Breitbandversorgung, bei der die Landkreise unterstützend tätig sein sollten.

Finanzierung

Da der vorhandene Finanzrahmen nicht ausreicht, all diese Aufgaben adäquat zu erledigen, müssen auch neue Möglichkeiten der Finanzierung in Erwägung gezogen werden. Für die Verkehrsinfrastruktur bietet sich insoweit die „PKW-Maut“ an, die in den europäischen Nachbarländern längst eine Selbstverständlichkeit ist. Transitreisende durch Deutschland werden dagegen verschont. Der tiefere Sinn dafür ist nicht ersichtlich. Mit den Maut-Einnahmen, die zusätzlich im Verkehr bleiben müssen, lassen sich zumindest erste Schritte zur Sanierung kaputter Straßen finanzieren.

4. Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich

Der sogenannte Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund hat sich in den vergangenen Jahren erfreulicherweise auf 12,75 % gesteigert. Bis zu der einheitlich von den kommunalen Spitzenverbänden für notwendig erachteten Verbundquote von 15 % ist allerdings noch ein weiter Weg. Es gilt, diesen Weg kontinuierlich weiter zu beschreiten.

Gezielte Hilfen

Daneben sind gezielte Hilfen für Kommunen in strukturschwachen Gebieten ebenso wie für besondere Herausforderungen auch in anderen Regionen erforderlich. Es wird erwartet, dass die Stabilisierungshilfen in Höhe von 100 Millionen Euro insbesondere den demografiegeplagten Kommunen zur Verfügung stehen müssen. Zu unterstützen sind aber auch die Landkreise, die einen Bevölkerungszuwachs meistern müssen und zum Beispiel neue Schulhäuser benötigen. Dazu wird eine spürbare Anhebung der Hochbauförderung erwartet. Darüber hinaus brauchen die Landkreise staatliche Hilfe bei den stetig steigenden Kosten der Jugendhilfe. Zu diesem Zweck müssen die Schlüsselzuweisungen aus einem eigenen staatlich gespeisten Topf ergänzt werden.

Wie Ministerpräsident Horst Seehofer hervorhob, soll der Schuldenabbau in Bayern nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Man werde das Prinzip Sparen und Investieren „im engen Schulterschluss mit den Kommunen“ fortführen. Zudem solle der Freistaat dezentraler organisiert werden, indem etwa Aufgaben von den Bezirksregierungen auf Landratsämter übertragen würden.

Rekordsumme

„Wir stehen zum höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten. In diesem Jahr erhalten unsere Kommunen die Rekordsumme von 7,8 Milliarden Euro. Seit 2008 haben wir unsere Leistungen für unsere Kommunen um sage und schreibe 20 Prozent gesteigert. Wir sind der Anwalt unserer Kommunen, auch gegenüber dem Bund. Die Kommunen werden bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um 300 Millionen Euro entlastet, ab 2015 werden es sogar 450 Millionen Euro sein. Bundesweit wird die Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser um rund 1,1 Milliarden Euro aufgestockt“, betonte der Ministerpräsident. Das bedeute für Bayern rund 165 Millionen Euro zusätzlich. Außerdem werde in der nächsten Legislaturperiode die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in ein eigenes Gesetz mit großen Entlastungen für die Kommunen überführt - „ein großer Verhandlungserfolg für Bayern“.

Entbürokratisierung

Seehofer machte deutlich, dass er in der nächsten Legislaturperiode die Entbürokratisierung und Dezentralisierung der Verwaltung weiter vorantreiben wolle: „Bayern funktioniert am besten, wenn wir das Prinzip der Subsidiarität zum Maßstab unseres Handelns machen. Ich will die Heimat als Gegenpol zur Globalisierung stärken und setze dabei auf die Kompetenz vor Ort, in den Landkreisen und Gemeinden.“ Unter einem Ministerpräsidenten Seehofer werde es in der nächsten Staatsregierung einen Minister oder eine Ministerin für die Themen Heimat und Kommunale Selbstverwaltung geben, stellte der Landeschef klar. „Ich will Bayern noch dezentraler organisieren und den Kommunen möglichst viel Eigenverantwortung geben. Wir werden über den Wegfall von Aufgaben diskutieren. Neue Verwaltungsvorschriften wird es nur noch geben, wenn dafür eine alte gelöscht wird. Wir brauchen Konzentration statt Expansion der Staatsaufgaben.“

Chancen gemeinsam nutzen

Mit Blick auf die Energiewende appellierte Seehofer an die Landräte, die Chancen, die im neuen Energiezeitalter stecken, gemeinsam zu nutzen: „Der Umbau der Energieversorgung ist ein gewaltiges Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum, mit Investitionen in Milliardenhöhe. Bayern ist das Land der Bürgerenergie. Die Städte und Gemeinden sind die Vorreiter beim Aufbruch in das neue Energiezeitalter.“

Für die nächste Legislaturperiode kündigte der Ministerpräsident zudem den digitalen Aufbruch für den Freistaat an: „Wir wollen auch morgen ein idealer Standort für Investitionen und innovative Unternehmen sein. Bayern wird deshalb das Land Nummer eins beim digitalen Aufbruch sein. Wir wollen alle wichtigen digitalen Zukunftsfelder voranbringen: Lernen, Arbeiten, Mobilität, Gesundheit, Wohnen, Verwaltung sicheres Datenmanagement. Von 2012 bis 2014 stehen für ‚Bayern Digital’ zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Bayern soll damit zur führenden Zukunftsregion im digitalen Zeitalter werden.“

Mit Beifall wurde von den Landräten die Bemerkung Seehofers quittiert, dass er die Altersgrenze von 65 Jahren für Landräte und hauptamtliche Bürgermeister für falsch hält. Insgesamt würdigte der Ministerpräsident den Bayerischen Landkreistag als

Horst Seehofer. ❐

„starke Stimme der Landkreise und wichtigen Partner der Bayerischen Staatsregierung auf Augenhöhe“: „Bayerns Landrätinnen und Landräte sind engagiert, kompetent, verlässlich und jederzeit bereit, die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen. Für diese Leidenschaft in der Sache und den fairen Dialog mit dem Freistaat sage ich heute herzlichen Dank – so wie Familien das Rückgrat unserer Gesellschaft sind, sind die Kommunen das Rückgrat des Staates.“

Mit Finanzminister Markus Söder hatten die Landräte tags zuvor die Auswirkungen der im Jahr 2020 greifenden europaweiten Schuldenbremse diskutiert. Zunächst aber erläuterte Söder den Landkreischefs, was der EU-Fiskalpakt für die Kommunen im Freistaat bedeutet.

Obschon die Kommunen nach gültiger Rechtslage bis 2019 nichts zu befürchten hätten, sei das Augenmerk bereits jetzt auf Ausgabendisziplin zu legen, erklärte Söder. Auch müsse alles unternommen werden, um die Kommunen zu entlasten und Aufgaben, die ihnen insbesondere im Sozialbereich aufgebürdet worden seien, zurückzunehmen.

Auf allen politischen Ebenen gelte es nunmehr, eine Struktur zu entwickeln, wie man mit den vorhandenen finanziellen Mitteln bestmöglich verfährt, so Söder. Erforderlich sei dies auch im Sinne einer Transparenz gegenüber dem Bürger, dem an einem sinnvollen Umgang mit seinem Geld gelegen sei. Mit dem kommunalen Finanzausgleich verfüge der Freistaat Bayern über ein vernünftiges Mittel, dieses Geld auf der bürgernahen Verwaltungsebene einzusetzen. Nach Ansicht des Finanzministers ist der Fiskalpakt ein probates Mittel, um in den finanziell angeschlagenen Krisenstaaten Ausgabendisziplin einzufordern. Somit stelle die Schuldenbremse ein Gegenmodell zum alles andere als fairen Länderfinanzausgleich in Deutschland dar.

Infrastrukturinvestitionen

Im Anschluss erörterten Staatsminister Söder, die Präsidenten von Landkreistag und Gemeindetag, Miesbachs Landrat Jakob Kreidl und Abensbergs Bürgermeister Uwe Brandl sowie der Landrat des Landkreises Oberallgäu, Gebhard Kaiser, gemeinsam die Vor- und Nachteile der Sparpolitik. Dabei richteten die Diskutanten ihr Augenmerk auf die permanent steigenden Sozialausgaben sowie auf erforderliche Infrastruktur-Investitionen.

Gemeindetagspräsident Brandl kritisierte die Explosion der Sozialhaushalte. So seien zwischen 1990 und 2011 Ausgabensteigerungen um 700 Prozent zu verzeichnen gewesen. Der Bundesgesetzgeber habe immer mehr Aufgaben nach unten verlagert. Es gelte, die Versorgungslast in den Griff zu bekommen und Rücklagen zu bilden. „Wir leisten uns ein Sozialsystem, das nicht mehr sozial ist“, monierte Brandl.

Auch Landrat Gebhard Kaiser sprach sich für veränderte Strukturen aus, damit die finanziellen Mittel richtig eingesetzt werden könnten. Konkret forderte er, die direkten Zuwendungen aus Bund und Land für die Kommunen zu erhöhen. Mit Blick auf die Inklusion rief Landkreistagspräsident Jakob Kreidl den Gesetzgeber dazu auf, die Vorgabe zu überdenken, dass in allen Fällen der Elternwille oberste Priorität habe. Auch die Leistungen der Altenhilfe müssten bei der Sondierung der Ausgaben mit berücksichtigt werden. Unisono bemängelten die Kommunalpolitiker eine zu starke Nehmer-Mentalität in der Bevölkerung.

Innovationsring

In einem nachfolgenden Referat stellte Miltenbergs Landrat Roland Schwing den Bayerischen Innovationsring vor, einen Zusammenschluss von 21 Landkreisen, der sich mit dem Thema Kundenorientierung in den Landkreisverwaltungen befasst. 2010 wurden Schwing zufolge die Projektgruppen „Personal und Führung“, „Betriebswirtschaft“, „Organisation/eGovernment“ sowie Service- und Kundenorientierung“ ins Leben gerufen.

Während die Projektgruppe 1 die in der ersten Projektphase (1997 bis 2004) erzielten Arbeitsergebnisse im Bereich der Personalentwicklung überarbeitet, diese um Handlungsempfehlungen zur Anwendung der verschiedenen Instrumente ergänzt und sich u. a. mit den Herausforderungen, die sich aus der demographischen Entwicklung für die Bereiche Personal und Führung an den Landratsämtern ergeben, befasst, überarbeitet die Projektgruppe 2 derzeit insbesondere den Produktkatalog für die Landratsämter in Bayern. Der unter dem Dach des Bayerischen Innovationsrings jährlich durchgeführte interkommunale Leistungsvergleich wird auch künftig fortgeführt.

Handlungsempfehlungen

Die Projektgruppe 3 befasst sich u. a. mit Dokumentenmanagementsystemen, elektronischen Signaturen, sicheren E-Mail-Diensten, Workflows und dem Einsatz von Geoinformationssystemen. Ein Leitfaden zur Einführung bzw. zum Einsatz von Dokumentenmanagementsystemen wurde kürzlich veröffentlicht. Die Projektgruppe 4 analysiert u. a. die im Jahr 2010 in zwölf Landkreisen durchgeführte Bürger-/Kundenbefragung und erarbeitet Handlungsempfehlungen für ein serviceorientiertes, bürgerfreundliches Landratsamt.

Wie Matthias Grund, Research Manager bei der GfK Marktforschung, Nürnberg, berichtete, führte sein Institut in den Monaten Februar und März 2012 eine erneute Bürger-/Kundenbefragung durch, an der acht Landkreise - Aschaffenburg, Bad Kissingen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Donau-Ries, Fürth, München, Neustadt a. d. Waldnaab und Starnberg - teilnahmen. Telefonisch befragt wurden 400 zufällig ausgewählte Privatpersonen, Unternehmen, Institutionen und Vereine zu Fachabteilungen mit überdurchschnittlicher Besucherfrequenz. Neben dem fachlichen und persönlichen Eindruck wurden auch organisatorische und infrastrukturelle Aspekte ins Visier genommen. **DK**

11. Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:

Am Puls der Zeit bleiben

Innovation ist Wandel, der mit der Zukunft Schritt hält. Auf der 11. Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg erwartete die Entscheider mittelständischer Betriebe, der Kommunen und Freien Berufe geballte Fachkompetenz in Vorträgen, moderierten Diskussionsrunden und individuellen Expertengesprächen. Erstmals wurden heuer auch Landwirte mit dem Special AgriBusiness/Landwirtschaft angesprochen.

Das Programm umfasste über 30 Wissensvorträge, abgerundet durch Impuls-, Keynote- und Best-Practice-Vorträge. Eingebettet in die Unternehmerkonferenz mit über 1.250 Teilnehmern war die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises. Diese höchste Auszeichnung für Unternehmer in Bayern wird für besondere und herausragende Erfolge beim Aufbau und Erhalt von Unternehmen verliehen.

Kategorie „Konzept“

Als bestes Unternehmen in der Kategorie „Konzept“ wurde die Eolotec GmbH aus Nürnberg ausgezeichnet, die sich auf Wälzlagertechnik konzentriert. Ihr Kernprodukt ist ein Lagerungskonzept speziell für Windkraftanlagen. In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an zwei junge Unternehmen aus dem IT- und E-Commerce-Bereich, die genau punktgleich abschnitten. Dabei handelt es sich zum einen um das IT-Dienstleistungsunternehmen Netz16 GmbH aus Augsburg, das Datenclouds für Firmenkunden anbietet, zum anderen um die Tradebyte Software GmbH aus Ansbach, die zentrale Tools für Online-Shops zur Anbindung an verbreitete E-Commerce-Kanäle bereitstellt.

Als „Aufsteiger“ geehrt wurde die VANTAGE Film GmbH aus Weiden, bei der sich alles um die Produktion und den weltweiten Verleih von Ultra High Precision Filmoptik und Filmtechnik dreht. In der Kategorie „Nachfolge“ konnte sich die die Glass GmbH Bauunternehmung aus dem Unterallgäu durchsetzen. Das familiengeführte Unternehmen wurde bereits erfolgreich an die dritte Generation übergeben.

Zwei Sonderpreise

Auch der Sonderpreis für besonders verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln wurde heuer zweimal vergeben: Im Bereich „Soziale Einrichtung“ erhielten die Mainfränkischen Werkstätten GmbH aus Würzburg die Auszeichnung. Der Zusammenschluss von fünf Behinderten-Organisationen in Unterfranken versteht sich als Partner der Wirtschaft und bietet als sog. Integrationsunternehmen ein sehr breites Arbeitsangebot für Mitarbeiter, die in unterschiedlichster Weise von Behinderung betroffen sind.

Mit dem zweiten Sonderpreis bedacht wurde die FENEBERG Lebensmittel GmbH aus Kempten, die sich als vorbildliches „Unternehmen für die Region“ präsentiert. Mit der Philosophie „kein Discount - hochwertige Lebensmittel - möglichst aus der Region“ vereint der Lebensmittelhändler Bio-Qualität und regionale Erzeugung: Produzenten und Verarbeitungsbetriebe dürfen maximal in einer Entfernung von 100 Kilometer um den Firmensitz in Kempten angesiedelt sein.

Kategorie „Lebenswerk“

Für sein „Lebenswerk“ wurde schließlich Manfred Zollner senior, Gründer und Aufsichtsratsvorsitzender der Zollner Elektronik AG in Zandt in der Oberpfalz, ausgezeichnet. Er gründete 1965 die erste Vorgängerfirma für die heutige Firmengruppe, damals noch ein Elektrofachgeschäft mit Installationsbetrieb für Kunden im Raum Cham. Heute ist daraus ein weltweit agierendes High-Tech-Unternehmen mit über 8.000 Mitarbeitern geworden. Vom Spezialisten für Elektrotechnik hat es sich zu einem der international erfolgreichsten Systemdienstleister für Electronics Manufacturing Services entwickelt. Es deckt heute die komplette Auftragsfertigung von elektronischen Baugruppen, Geräten und Systemen von der Entwicklung bis hin zur Auslieferung ab. Das Ein-Mann-Unternehmen ist dabei im Laufe der Jahrzehnte zum größten Arbeitgeber im Landkreis Cham geworden.

Wie der Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, Roland Schmautz, hervorhob, reichten die bayerischen Sparkassen 2012 rund 200 Millionen Euro Kredite für mehr als 1.600 Existenzgründungsvorhaben aus. Knapp die Hälfte davon wurden als öffentliche Förderkredite vergeben, die andere Hälfte aus Sparkassenmitteln.

Schmautz zufolge „bestätigt das hohe Eigenengagement der Sparkassen die Stärke der Gründungskultur in Bayern, es ist die Antwort auf das hohe Vertrauen, das Existenzgründer uns entgegenbringen“. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, trugen die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen zur Schaffung von ca. 5.000 neuen Jobs bei.

Der Bayerische Gründerpreis entstand aus dem 1997 ins Leben gerufenen StartUp-Wettbewerb für Existenzgründer. „Nicht das Konzept allein entscheidet. Auch Wachstum, Aufstieg und Nachfolge wollen gut organisiert sein, damit der Erfolg auch nachhaltig ist“, machte Roland Schmautz deutlich. Deshalb sei aus dem „StartUp“-Gedanken der ersten Stunde ein umfassender, praxisorientierter Unternehmerpreis entwickelt worden. Neu hinzugekommen sei außerdem eine Unternehmerkonferenz als Plattform für Wissen und Erfahrung.

Eine ausführliche Dokumentation der Unternehmerkonferenz wird die Bayerische Gemeinde-Zeitung in einer ihrer nächsten Ausgaben veröffentlichen. **DK**

Zum Bayerischen Gründerpreis für das Augsburger IT-Systemhaus Netz16 gratulierten von der Kreissparkasse Augsburg (v. l.) Horst Schönfeld (stv. Vorstandsvorsitzender), Wolfgang Zettl (stv. Vorstandsmitglied und Direktor Unternehmenskunden) und Stephan Kühne (Betreuer Unternehmenskunden). Rechts die beiden Firmengründer und Geschäftsführer von Netz16: Christian Popp und Dr. Andreas Herch. ❐

Verkauf eines Büroprojektes in Berlin-Charlottenburg:

BayernLB berät NDC

Der Berliner Projektentwickler NDC Nippon Development Corporation hat ein Bürogebäude in Berlin-Charlottenburg unweit des Ernst-Reuter-Platzes an einen von der Pullacher LHI-Unternehmensgruppe aufgelegten geschlossenen Immobilienfonds veräußert.

Das Gebäude ist komplett an einen Mieter mit öffentlichem Hintergrund vermietet. Der Kaufvertrag wurde bereits während der Bauphase abgeschlossen. Nach planmäßiger Fertigstellung und vorzeitiger Übergabe des Gebäudes an den Mieter wurde die Transaktion mit der vollständigen Zahlung des Kaufpreises Anfang April 2013 erfolgreich abgeschlossen. Die NDC wurde bei der Transaktion vom Immobilien-M&A-Team der BayernLB beraten.

Die BayernLB konnte dabei als Universalbank besonders ihr breites Kundennetzwerk und ihr ausgeprägtes Know-how im Bereich von Immobilieninvestments einbringen und damit zum Erfolg der Transaktion beitragen.

Das Gebäude umfasst rund 20.000 m² Mietfläche und ist energieeffizient konzipiert. Es wurde in nur 15 Monaten Bauzeit durch die BAM Deutschland AG komplett schlüsselfertig errichtet. Der Entwurf und die Ausführungsplanung stammen von WEP Effinger Partner Architekten BDA München/Berlin. Der Fassadenentwurf stammt von der Nöfer Gesellschaft von Architekten mbH. ❐

Fortsetzung des positiven Trends

BayernLB: Start ins Jahr 2013 mit Quartalsgewinn von 156 Mio. Euro vor Steuern

Der BayernLB-Konzern hat im ersten Quartal 2013 nach dem Rechnungslegungsstandard IFRS ein Ergebnis vor Steuern von 156 Mio. Euro erwirtschaftet, das deutlich über dem von negativen Bewertungseffekten geprägten Vorjahreswert von 54 Mio. Euro liegt. Das Kerngeschäft der Bank entwickelte sich in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres erneut zufriedenstellend und brachte einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 201 Mio. Euro ein. Dabei lieferten alle Kernsegmente einen positiven Ergebnisbeitrag.

Dem standen Belastungen aus den in der „Non Core Unit“ (NCU) gebündelten Nicht-Kernaktivitäten in Höhe von 45 Mio. Euro gegenüber, die sich im Wesentlichen aus der in der Restrukturierung befindlichen ungarischen Konzerntochter MKB ergaben. Der aus dem Verkauf der Anteile an der GBW AG resultierende positive Ergebnisbeitrag ist im Quartalsergebnis nicht berücksichtigt, sondern wird periodengerecht im zweiten Quartal abgebildet.

Gerd Häusler, Vorsitzender des Vorstandes der BayernLB: „Das gute Kundengeschäft spiegelt sich in einem insgesamt zufriedenstellenden ersten Quartal wider. Das Kerngeschäft der neuen BayernLB entwickelt sich weiter erfreulich, so dass Altlasten aus dem Nicht-Kerngeschäft bei weitem überkompensiert werden können. Mit der dritten Überweisung in dreistelliger Millionenhöhe hat der Freistaat in weniger als einem Jahr nach Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens mehr als eine Milliarde Euro von der Bank erhalten. Einschließlich der Hochschreibung der Stillen Einlage waren es sogar 1,5 Mrd. Euro. All dies zeigt, dass das Geschäftsmodell funktioniert, der Trend stimmt und die neue BayernLB auf gutem Weg zu einer normalen Bank ist.“

Die BayernLB hat zehn Monate nach Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens mehrere zentrale Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Kommission bereits erfüllt. So ist insbesondere die vereinbarte Bereinigung des Beteiligungsportfolios weit fortgeschritten. Nachdem die BayernLB vergangenes Jahr unter anderem die LBS Bayern an die bayerischen Sparkassen verkauft hatte, trennte sie sich im Januar 2013 von einem Lufthansa-Aktienpaket. Der Verkaufsprozess für die luxemburgische Konzerntochter Banque LBLux startete im darauffolgenden Februar. Im April schloss die BayernLB den Transaktionsprozess zur Abgabe ihrer 92-prozentigen Beteiligung an der GBW AG erfolgreich ab.

Die von der Europäischen Kommission auferlegte Rückzahlung von 5 Mrd. Euro Beihilfe an den Freistaat Bayern bis zum Jahr 2019 läuft planmäßig. Seit November 2012 hat die BayernLB rund 1,1 Mrd. Euro an den Freistaat Bayern überwiesen. Davon sind etwa 870 Mio. Euro auf die Beihilferückzahlung anrechenbar, der Restbetrag entfällt auf die erhöhte Gebühr für die Risikoabschirmung des ABS-Portfolios.

Die Bank hatte im vergangenem November 350 Mio. Euro gezahlt und im Februar 2013 weitere 451 Mio. Euro. Am 7. Mai 2013 folgte eine Überweisung in Höhe von 279 Mio. Euro. Inklusive der vollständigen Wertaufholung der Stillen Einlage des Freistaats Bayern in Höhe von rund 450 Mio. Euro hat die BayernLB damit mehr als 1,5 Mrd. Euro an den Freistaat geleistet. Darüber hinaus haben auch die Sparkassen und übrigen institutionellen Investoren der BayernLB von der Wiederauffüllung ihrer Stillen Einlagen profitiert.

Die Basis für weitere Rückzahlungen ist eine solide Kapitalisierung der BayernLB. Zum 31. März 2013 belief sich die Core Tier 1-Quote nach der Definition der European Banking Authority (EBA) auf 11,6 Prozent. Die Kapitalausstattung wird insbesondere durch den fortschreitenden kapitalfreisetzenden Abbau von Nicht-Kernaktivitäten gestärkt. Hier erzielte die Bank im ersten Quartal 2013 erneut Fortschritte, wodurch die Konzern-Bilanzsumme um 3,0 Prozent auf 278,1 Mrd. Euro weiter sank. ❐

Sparkassen unterstützen „Könner durch Erfahrung“

Wirtschaftliches Handeln mit der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung zu verbinden ist für Sparkassen ein wichtiges Element ihres Geschäftsmodells. So unterstützen die bayerischen Sparkassen regelmäßig auch Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, wie z. B. die Aktion „Könner durch Er-fahrung“ der Landesverkehrswacht Bayern.

Im Jahr 2012 haben die bayerischen Sparkassen für diese Verkehrssicherheitsaktion zentral knapp 9.000 Euro bereitgestellt: Als Anreiz und Anerkennung haben sie 16 Sparbücher mit einer Einlage von jeweils 550 Euro zur Verlosung unter den aktiven Kursteilnehmern gespendet. Dies wurde in Anwesenheit des Bayerischen Staatssekretärs des Innern, Gerhard Eck, anlässlich der jährlichen Bilanz-Veranstaltung von „Könner durch Er-fahrung“ in Straubing bekannt gegeben.

Die langjährige Unterstützung der Fahrsicherheitstrainings, die laut Studien das Unfallrisiko von Fahranfängern um ca. 30 Prozent senken, zeigt das verlässliche Engagement der Sparkassen für die Menschen in den Regionen Bayerns. ❐

Deutscher Sparkassentag in Dresden:

Krisenbewährtes Geschäftsmodell

DSGV-Präsident Fahrenschon: Eigenverantwortung und Dezentralität sind wichtige Werte Europas

Deutlich Position bezogen hat der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschon, beim 24. Deutschen Sparkassentag in Dresden. „Die Spareinlagen sind bei den Sparkassen sicher. Da muss sich niemand Sorgen machen", erklärte Fahrenschon auf der zweitägigen Veranstaltung unter dem Motto „Mit Menschen - für Menschen. Sparkassen. Gut für Deutschland".

Anlass zur Besorgnis bereite allerdings die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Europa: „Wir sehen heute bei den Staatsschulden und bei der Wettbewerbsfähigkeit Fehlentwicklungen in Europa, die korrigiert werden müssen", machte Fahrenschon deutlich. Notwendig seien Lösungen, die wieder zu den Stabilitätskriterien von Maastricht führten.

Einen wichtigen Beitrag dazu könne der bereits vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Altschuldentilgungsfonds leisten. Er könne helfen, die über die 60-Prozent-Marke hinausgehenden Altschulden schrittweise und verbindlich abzubauen. Dies müsse in Verantwortung der jeweiligen Schuldnerstaaten mit klaren und verbindlichen langfristigen Tilgungsverpflichtungen und Sicherheiten geschehen.

Sparen muss sich lohnen

Mit den teilweise unkonventionellen Rettungsmaßnahmen von EU und EZB habe man hingegen zwischenzeitlich nur Zeit erkauft. „Liquiditätshilfen und billiges Zentralbankgeld dürfen nicht zu einem dauerhaften Rettungskonzept werden. Denn das verschiebt Probleme nur in die Zukunft", so der DSGV-Präsident. Die europäische Politik müsse dafür sorgen, dass die Europäische Zentralbank wieder in ein normales Zinsumfeld steuern könne und sich Sparen wieder stärker lohne. Fahrenschon: „Europäische Staaten entschulden sich zurzeit auf Kosten von Millionen Sparern. Europa ergreift Partei für die Schuldner, zulasten der Gläubiger."

Fahrlässige Überlegungen

Als „geradezu fahrlässig" bezeichnete der DSGV-Präsident in diesem Zusammenhang Überlegungen, nationale Einlagensicherungssysteme in Europa zwangsweise zu verbinden. „Niemand sollte auf die Idee kommen, unser europäisches Haus ohne die Brandmauern eigenständiger europäischer Einlagensicherungssysteme zu bauen."

Eine vertiefte Europäische Union wird nach Ansicht Fahrenschons nur dann die Akzeptanz der Menschen finden, wenn sie Unterschiede und regionale Stärken in Europa respektiere und sie nicht „glattbügeln" wolle. Deshalb müsse auch die besondere Stabilität von Finanzverbünden in der Finanzmarktregulierung angemessen berücksichtigt werden. „Die europäische Finanzmarktregulierung darf nicht nur nach der Blaupause börsennotierter Großbanken erfolgen." Je höher das Risiko einer Bank, desto schärfer müsse auch die Regulierung sein.

Stabilisierende Funktion

Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Dr. Jens Weidmann, würdigte in Dresden besonders die stabilisierende Funktion der Sparkassen: „Sie haben für eine robuste und zuverlässige Kreditvergabe gesorgt. Und sie haben ihre Eigenkapitalbasis gestärkt." Dies sei eine wichtige Voraussetzung, um die absehbaren Herausforderungen – etwa anhaltender Druck auf die Margen oder steigende Risikovorsorgeaufwendungen im unweigerlich irgendwann kommenden nächsten Konjunkturabschwung – zu meistern.

Maßnahmenbündel

Weidmann, der auch Ratsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB) ist, verwies zugleich darauf, dass erhebliche Anstrengungen nötig seien, um die seit nunmehr fünf Jahren herrschende Finanzmarkt-Krise zu überwinden. In seinen Augen ist das Ziel eines stabilen, leistungsfähigen Finanzsystems nur mit einem Bündel an Maßnahmen zu erreichen. Dabei hob er folgende Punkte hervor:

- Im Finanzsystem sollen Risiken und die gegenseitigen Verflechtungen transparenter werden.
- Banken sollen mehr und höherwertiges Eigenkapital vorhalten.
- Systemisch relevante Akteure – die Knotenpunkte des Finanzsystems – müssen besondere, höhere Anforderungen erfüllen.
- Bei Schieflagen sollen auch große, internationale und besonders vernetzte Banken geordnet abgewickelt oder restrukturiert werden können.
- Bereiche des Finanzsystems, die bisher nicht oder kaum reguliert sind, die aber bankähnliche Aufgaben erfüllen und mit dem Banksystem mittelbar oder unmittelbar verbunden sind, sollen regulatorisch besser erfasst werden.

Haftungsprinzip

Zentrales Bindeglied zwischen den von ihm genannten Zielen und den Ansatzpunkten, um sie zu erreichen, ist laut Weidmann die Stärkung des Haftungsprinzips: Indem die Akteure im Finanzsystem Verluste und Risiken künftig wieder stärker selbst tragen müssten und auch selbst tragen könnten, werde das Finanzsystem stabiler. Es konzentriere sich eher auf auch gesamtwirtschaftlich rentable Geschäfte und mache die Haftung des Steuerzahlers wieder zur letzten statt zur ersten Verteidigungslinie bei Krisen.

Über die Regulierung des Finanzsystems sagte Weidmann, dass es „kein Selbstzweck" sei, denn Kosten und Nutzen der geplanten Maßnahmen müssten gegeneinander abgewogen werden. Dabei verwies er auf die Implikationen der geplanten Finanztransaktionssteuer für die Geldpolitik: „Die Einführung der Steuer ist grundsätzlich beschlossen, aber die nicht beabsichtigten Nebenwirkungen können erheblich sein." Daher bewerte er diese Steuer aus geldpolitischer Sicht vorerst als kritisch.

Offene Flanke schließen

Mit Blick auf die angestrebte Bankenunion in Europa erklärte der Bundesbank-Präsident, dass sie nun die „offene Flanke schließt", die bei der Errichtung der Währungsunion schon gesehen, aber nicht geschlossen worden sei. „Richtig ausgestaltet kann die Bankenunion tatsächlich den Ansteckungsrisiken entgegenwirken, die von Schieflagen in nationalen Finanzsystemen ausgehen", so Weidmann. Dafür müsse sie aber zwei Säulen umfassen: die einheitliche Bankenaufsicht bei der EZB, kurz SSM, und den einheitlichen Abwicklungs- und Restrukturierungsmechanismus SRM.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel lobte ebenfalls das Geschäftsmodell der deutschen Sparkassen und empfahl es auch zur Einführung in anderen europäischen Ländern. Zugleich hob sie die Vorzüge des Drei-Säulen-Systems in der deutschen Finanzwirtschaft hervor: „Diese Struktur hat sich sehr gut bewährt, und die Bundesregierung steht nach wie vor dazu." Das werde sich auch in ihrer zukünftigen Politik zeigen.

Die Kanzlerin rückte außerdem die Finanzierung des Mittelstandes durch die Sparkassen in den Vordergrund. Im vergangenen Jahr hätten sie die Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen ausgebaut. „Wir wissen, was das für den Mittelstand bedeutet", konstatierte Merkel. Die Sparkassen seien damit ein wichtiger Partner der Firmen und der Selbstständigen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel mit DSGV-Präsident Georg Fahrenschon. ❐

Stabile Balance

In punkto Eurokrise verwies die Kanzlerin darauf, dass es für die Krisenländer wichtig sei, eine stabile Balance zwischen Sparpolitik und Wachstumsimpulsen zu finden. „Wir müssen in diesen Ländern einen soliden Sparkurs hinbekommen aber zugleich dürfen darunter ihr Wachstum und ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht leiden." Daher sei es auch wichtig, insgesamt eine harmonisierte Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu etablieren.

„Neunzig Prozent des weltweiten Wachstums finden in der Welt statt und nur zehn Prozent in Europa. Wenn wir unseren aktuellen Wohlstand beibehalten wollen, brauchen wir mehr Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Ländern", stellte Merkel fest. Das sei „kein Ziel, sondern eine fundamentale Notwendigkeit." Vor diesem Hintergrund sei es auch wichtig, ein funktionierendes Finanzsystem zu haben, das mit fairen Krediten Wachstum und Innovationen fördere. In diesem Zusammenhang würdigte die Bundeskanzlerin den Umstand, dass die Sparkassen in den vergangenen Jahren eine Kreditklemme in Deutschland verhindert haben. **DK**

Finanzplanung: Wertvolle Tipps für Gründer

Workshop in der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg

Wer ein Unternehmen gründen und damit auf lange Sicht erfolgreich sein will, ist gut beraten, seine Finanzierung auf solide Füße zu stellen. „Wie plane ich meine Finanzen realistisch? Welche Fördermittel gibt es?" - Dies sind nur einige der Fragen, die sich jeder Existenzgründer stellen sollte. Hilfestellung gab ein Vortragsabend in der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg am Sendlinger-Tor-Platz, zu dem rund 130 Besucher gekommen waren. Der Vortrag war Teil der Initiative „StartUp München 2013", die Gründer an fünf Abenden auf dem Weg in die Selbstständigkeit unterstützt, nützliche Praxistipps gibt und zugleich Austausch und Netzwerken unter Gleichgesinnten anregt.

Carola Nowak, Regionaldirektorin bei der Kreissparkasse im Bereich Firmenkunden, erläuterte anschaulich den für Neugründungen unerlässlichen „Finanz- und Liquiditätsplan" und wies auf dessen erfolgsentscheidende Rolle hin: „Ein Großteil aller Unternehmensinsolvenzen, vor allem in den ersten fünf Jahren, geht auf Liquiditätsschwierigkeiten zurück", so die Finanzexpertin der Kreissparkasse. Am einfachen Beispiel eines kleinen Gastronomiebetriebs verdeutlichte sie Aspekte wie die Umsatz- und Ertragsvorschau und ging auf häufige Schwierigkeiten bei der Planung sowie die Kennzeichen besonders erfolgreicher Konzepte ein.

Wie Gründer sich fundiert auf ein Bankgespräch vorbereiten können und was sie hierbei beachten müssen, erläuterte Oliver Grünwald von der Stadtsparkasse München. Außerdem stellte er unterschiedliche Möglichkeiten der Finanzierung vor: vom innovativen Modell des Crowdfunding bis hin zum Bank- und Förderdarlehen.

Zahlreiche Teilnehmerfragen im Anschluss bewiesen, dass die Vortragenden mit ihren Themen den Nerv der angehenden Unternehmer getroffen hatten. Gelegenheit, auch individuelle Fragestellungen zu besprechen und das eigene Netzwerk zu erweitern, bot der abschließende Stehimbiss. ❐

BayernLB an der Finanzierung eines der größten Solar-Kraftwerke Europas beteiligt:

Bankengruppe stellt 150 Mio. Euro für Anlage „Groß Dölln" bereit

München – BayernLB und Unicredit finanzieren in führender Rolle den Bau und Betrieb des Photovoltaikparks „Groß Dölln" in Brandenburg. Beide Banken arrangierten und strukturierten rund 150 Millionen Euro Fremdkapital für das Projekt mit einem Gesamtvolumen von knapp 200 Mio. Euro. Mitzeichnende Banken in diesem Clubdeal sind die HSH Nordbank AG, die Landesbank Hessen-Thüringen sowie die NIBC Bank N.V. Die Mittel werden über das Programm „Erneuerbare Energien" der KfW für 18 Jahre bereitgestellt. „Groß Dölln" ist mit einer Leistung von 128 Megawatt und einer Fläche von knapp 200 Hektar der zweitgrößte Freiflächen-Solarpark Europas.

Entwickelt, gebaut und betrieben wird die Anlage durch die bayerische BELECTRIC Solarkraftwerke GmbH, mit Sitz im unterfränkischen Kolitzheim. Das Unternehmen ist Marktführer in der Realisierung hocheffizienter Solarkraftwerke.

30 Jahre Markterfahrung

Als Initiator des Projektes fungiert die deutsche Commerz Real Fonds Beteiligungsgesellschaft mbH (CFB), die das Eigenkapital durch die Auflage eines geschlossenen Fonds einwerben wird. Die CFB kann auf 30 Jahre Markterfahrung aus 180 realisierten Fonds zurückgreifen und zählt mit einem Investitionsvolumen von circa 13,5 Milliarden Euro zu den führenden Anbietern von unternehmerischen Beteiligungen in Deutschland.

Der Solarpark „Groß Dölln" wurde in Rekordzeit durch die Installation von circa 1,5 Millionen Modulen des Herstellers First Solar betriebsbereit fertig gestellt. Im Nachgang wurden die Kabeltrasse sowie zwei Umspannwerke gebaut, sodass ab April 2013 Strom für circa 34.000 Haushalte erzeugt werden kann. Dadurch lässt sich gegenüber der konventionellen Erzeugung der Ausstoß von 75.000 Tonnen CO2 pro Jahr vermeiden.

Positiver Nebeneffekt

Alexander von Dobschütz, Bereichsleiter Structured Finance der BayernLB: „Wir freuen uns, dass wir das Gelingen der Energiewende in Deutschland mit der Finanzierung des Solar-Kraftwerks Groß Dölln unterstützen. Positiver Nebeneffekt ist, dass wir dadurch auch zur Altlasten-Entsorgung und Sanierung einer Konversionsfläche beigetragen haben."

Projektablauf

„Groß Dölln" steht auf dem vormals größten sowjetischen Militärflugplatz außerhalb Russlands nahe der Stadt Templin in der Uckermark. Im Zuge des Baus wurde die Fläche professionell gesäubert und renaturisiert. Unter anderem wurden Kampfmittel und Kerosinrückstände entfernt und ein Müllberg abgetragen. Dazu wurden 220.000 Tonnen Abfälle sortiert und ordnungsgemäß entsorgt. Daneben wurden 25 Kasernen- und Bunkeranlagen abgerissen und die Fläche versiegelt beziehungsweise neu aufgeforstet.

Die BayernLB ist einer der großen Unternehmensfinanzierer in Bayern und Deutschland. Mit ihrer langjährigen Erfahrung in der Energiewirtschaft sowie als Export- und Projektfinanzierer stellt die Bank seit vielen Jahren Finanzierungslösungen für Kunden im Sektor Erneuerbare Energien bereit, deren Fokus auf Wind, Solar, Solarthermie und Geothermie liegt. ❐

Versicherungskammer Bayern zeigt Stärke

„Auch in schwierigen Zeiten erfüllen wir unsere Leistungsversprechen“
Ratingagentur Standard and Poor’s wertet den Konzern erneut auf

Der Konzern Versicherungskammer Bayern blüht, wächst und gedeiht. Mit diesem frühlingshaften Vergleich untermalte Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender des größten öffentlichen Versicherers in Deutschland, in der Bilanzpressekonferenz nicht nur das gute Abschneiden der Unternehmensgruppe mit ihren acht Komposit-, vier Lebens- und zwei Krankenversicherern im Berichtsjahr 2012, sondern gleichfalls die guten Aussichten für 2013. Im abgelaufenen Jahr seien die anspruchsvollen Ziele nicht nur erreicht, sondern teilweise sogar übertroffen worden. Deshalb sei das Unternehmen von Standard & Poor`s gegenüber 2011 erneut besser geratet worden, nämlich mit „A+ mit Ausblick stabil“.

Die Kammer sei einer der wenigen Versicherer am Markt, der in der Finanzmarktkrise ein besseres Rating erhalten habe. Auch im laufenden Jahr erwartet der Gesamtkonzern ein profitables Wachstum, denn die Fähigkeit, auch in schwierigen Zeiten die Leistungsversprechen erfüllen zu können, sei uneingeschränkt vorhanden. Der Konzern sei auf die kommenden Herausforderungen wetterfest vorbereitet. Besondere Betonung legte der Vorstand auf die in der Öffentlichkeit teilweise umstrittenen Sparten Lebens- und private Krankenversicherung.

Lebens- und private Krankenversicherung

Die gesamten Beitragseinnahmen wuchsen brutto um 3,2 Prozent auf 6,85 Milliarden Euro. Stärke liege in dem ausgeglichenen Portfolio. Auf die Lebensversicherung entfielen 38,5, auf die Krankenversicherung 31,8 und auf die Kompositversicherung (Sach und Unfall) 29,6 Prozent der Beitragseinnahmen. Der Kapitalanlagebestand all dieser Sparten nahm um 5 Prozent auf 40,51 Milliarden Euro zu. In den schwierigen Niedrigzinszeiten, die nach Darstellung von Finanzchef Helmut Späth schon 1981 begonnen haben und auch noch weiter anhalten werden, brachten diese Kapitalanlagen eine Nettoverzinsung von 4,4 Prozent.

Konzernergebnis

Die versicherungstechnischen Rückstellungen wuchsen um 5,2 Prozent auf 39,2 Milliarden Euro, dagegen nahmen die Versicherungsleistungen um 11,6 Prozent auf 5,22 Milliarden Euro ab. Dies sei zum großen Teil auf das schadenärmere Jahr zurückzuführen, aber auch darauf, dass man sich in der Kfz-Versicherung von schadenträchtigen Risiken in München und Berlin getrennt hat. Das Konzernergebnis vor Steuern legte um 8,2 Prozent auf 230,6 Millionen Euro zu. Da durch die geschickte Art der Kapitalanlagen der Steueraufwand auf 98,3 (121,8) Millionen Euro gedrückt wurde, stieg der Jahresüberschuss um satte 44,8 Prozent auf 132,3 Millionen Euro.

Ausbau der Vorsorgesysteme

Als eine große Herausforderung sieht die Versicherungskammer die demographische Entwicklung. Die drohende Altersarmut könne nur über den Ausbau der Vorsorgesysteme gemildert werden. Dabei werde die hohe Bedeutung der Lebensversicherung mit ihrer Möglichkeit des Risikoausgleichs im Kollektiv verkannt, erläuterte Vorstandsmitglied Barbara Schick. Die Beitragseinnahmen in dieser Sparte stiegen um 5,8 Prozent auf 2,62 Milliarden Euro, wobei das Geschäft mit Einmalbeiträgen, das um 14,8 Prozent zulegte, immer wichtiger wird, besonders für über 60-jährige Kunden, die so fürs Alter vorsorgen.

Stabile Kalkulation

Aber auch die Berufsunfähigkeitsversicherungen glänzten mit einem Plus von 35 Prozent. Die Kapitalanlagen warfen eine Nettoverzinsung von 4,6 (Vorjahr 4,3) Prozent ab, „so dass die Überschussbeteiligung noch deutlich über dem aktuellen Kapitalmarktzins liegt und eine langfristig stabile Kalkulation für die Altersvorsorge ermöglicht.“ Mit Bewertungsreserven von 3,43 Milliarden Euro (+14,5 Prozent) zähle die Kammer zu den Lebensversicherern mit den höchsten Reserven am Markt. Dennoch sei eine Anpassung an die Auswirkungen der Niedrigzinsphase nicht zu vermeiden, hieß es allerdings einschränkend. In der Lebensversicherung strebe man keine Fusion mit den neun anderen Lebensversicherern aus dem Sparkassenbereich an. Das bringe der Kammer nichts.

Für einen falschen Weg hält man bei der Kammer die in der Politik diskutierte Bürgerversicherung, also eine einheitliche Sozialversicherung für alle Bürger. Dies führe nur mangels Wettbewerb zu höheren Belastungen für Versicherte und Arbeitgeber, urteilte Vorstandsmitglied Harald Benzing. Im dualen Krankenversicherungssystem, „einem der besten Gesundheitssysteme der Welt“, garantiere die kapitalgedeckte Krankenversicherung allen Menschen ein hohes Versorgungsniveau, zumal man sich bedarfsgerechten Versicherungsschutz zusammenstellen könne, stellte er fest. Die Zahl der Privatversicherten, die ihre Beiträge nicht mehr aufbringen können, bezifferte Benzing auf „nur 2 Prozent“. Für sie gebe es den Notfalltarif, für den hoffentlich schon bald der Gesetzgeber definieren werde, was unter einem Notfall zu verstehen sei.

Unterschiedliche Entwicklung

Die Beitragseinnahmen in der Sparte private Krankenversicherung stiegen nur leicht um 1,5 Prozent auf 2,16 Milliarden Euro. Überdurchschnittlich, nämlich um 3,2 Prozent, nahmen die Zusatzversicherungen zu. In der Kranken- und Pflegeversicherung sind 2,9 Millionen Personen versichert, davon 1,9 Millionen in der Zusatzversicherung. Wie unterschiedlich die Entwicklung verlief, zeigt sich daran, dass die Zahl der Krankenvollversicherten auf 477.607 (Vorjahr: 491.371) zurückging, die in der Pflegezusatzversicherung aber auf 292.148 (250.519) anstieg. Die Kapitalanlagen in der Sparte legten auf 431,7 (381,7) Millionen Euro zu. Sie brachten 4,1 Prozent Nettoverzinsung.

Fokus auf Prävention

In der Schaden- und Unfallversicherung, deren Beitragseinnahmen um 2,3 Prozent auf 2,02 Milliarden Euro stiegen, die aber noch mit technischen Verlusten kämpft, legt die Kammer großen Wert auf Prävention. Mit zahlreichen Konzepten werden Hausbesitzer, Vermieter und Mieter angesprochen. Immer mehr werden auch Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung (Photovoltaik-, Solar-, Geothermie- und sonstige Wärmepumpenanlagen) versichert. Dies auch in der Landwirtschaft, denn schon mehr als jeder 7. Landwirt erzeugt heute Energie. Die Prävention richtet sich auch an Kommunen (Vermeidung von Leitungswasserschäden, Schäden in Schulen, Kindergärten, Sporthallen usw.), es gibt Unwetterwarnung über das System „WIND“ und Katastrophenwarnung über “KatWarn“. Das Wachstum der Sparte stammt vor allem aus der Haftpflicht- und der Sachversicherung. In Kfz hat man sich von schadenträchtigem Geschäft getrennt.

BavariaDirekt

Gut eingeführt hat sich, so Vorstandsmitglied Rainer Fürhaupter, der Internetversicherer BavariaDirekt. Die Schadenaufwendungen gingen leicht auf 1,45 (1,48) Milliarden Euro zurück. Reguliert wurden fast 580.000 Schadenfälle mit einem Volumen von 1,31 Milliarden Euro, darunter etwa 160 Großschäden mit einem Gesamtsamtaufwand von 140 Millionen Euro. Spektakulär waren der Großbrand in der Coburger Altstadt, der 2,3 Millionen Euro erforderte, und die Bombensprengung in Schwabing, wobei die Frage entstand, ob dabei Kriegsfolgeschäden entstanden sind oder nicht. Die Kammer hat insgesamt 44 Schadenmeldungen mit einem Gesamtschaden von 3 Millionen Euro reguliert.

Anlagestrategie

Für die durchaus heutzutage nicht ohne weiteres zu erreichende Verzinsung der Kapitalanlagen, wie die Kammer sie erzielt hat, gab Späth einen kleinen Einblick in die Anlagestrategie. Man achte vor allem auf Sicherheit und Inflationsschutz und lege langfristig an. Bei Direktinvestitionen bevorzuge man Anlagen in Deutschland und Österreich. Bei Investmentfonds habe man breit über verschiedene Assetklassen, Regionen und Sektoren gestreut. In Ländern wie Zypern sei man nicht engagiert.

Breit gestreut habe man auch investiert in alternative Investments wie Private Equity, Hedgefonds und Rohstoffe, des weiteren in Unternehmensanleihen und immer schon in Immobilien, besonders in Toplagen von Großstädten mit Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum. Schwankungen habe man seit Jahren über Swaptions abgesichert.

Auf Nachfrage teile Späth mit, dass er derzeit noch 3 bis 3,5 Prozent Verzinsung auf 7 bis 10 Jahre erziele. Er sagte aber auch, dass Zinsen unterhalb der Inflationsrate zu einer kalten Enteignung führen und den Anreiz zur privaten Vorsorge verringern. **dhg.**

Bayerische Sparkassenstiftung:

Aus dem Totenbuch lesen

Ein zentrales Ausstellungsobjekt des Staatlichen Museums Ägyptischer Kunst München ist das Totenbuch, dessen Texte sich über acht Meter im Museum erstrecken. Die Bayerische Sparkassenstiftung fördert modernste Vermittlungstechnik, die uns hilft, die ägyptische Bilderschrift zu lesen.

Totenbücher, die in Ägypten um 2500 v. Chr. entstanden, beinhalten im Wesentlichen Zaubersprüche, Beschwörungsformeln und liturgische Anweisungen, mit denen der Verstorbene um Einlass in die Unterwelt bittet. Sie geben uns so einen tiefen Einblick in die Jenseitsvorstellung des Alten Ägyptens.

Verschiebbare Displays

Um die Inhalte richtig zu verstehen, reicht allerdings eine wortgetreue Übersetzung keinesfalls aus. Vielmehr bedarf es zusätzlich weitergehender Erklärungen und der Vermittlung von Zusammenhängen. All dies erhält der Museumsbesucher über verschiebbare Displays. Ein Lineal-Positionssensor erfasst dabei die exakte Stelle, an der sich der Monitor auf dem Schlitten befindet. So gelingt es, die jeweils relevanten Informationen als Hilfestellung zuzuspielen. Dementsprechend unterstützt werden aus ganz normalen Menschen „kenntnisreiche Ägyptologen“.

Neue Wege

Neue Wege in der Museumspädagogik sind einer der Förderschwerpunkte der Bayerischen Sparkassenstiftung. Dazu gehören unter anderem GPS–gestützte Führungen mit mobilen Endgeräten (Smartphones und Tablets), ein onomatopoetisches (lautmalerisches) Kabinett im Donald Duck-Museum Schwarzenbach und dreidimensionale Multimedia-Projektionen zu den Grabungsfunden in Bernstorf, einer bronzezeitlichen Siedlung nördlich von München.

Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführender Vorstand der Bayerischen Sparkassenstiftung, unterstrich das gemeinwohlorientierte Engagement der Sparkassenorganisation: „Die Sparkassen sind in Deutschland mit einer Fördersumme von rund 150 Millionen Euro pro Jahr die größten nichtstaatlichen Kulturmäzene. ❐

Stadtsparkassen-Stiftung fördert Projekt von Refugio München

Stiftung Soziales München unterstützt Elterntraining
für besonders belastete Familien mit Migrationshintergrund

Seit rund 20 Jahren kümmert sich der Verein Refugio um Flüchtlinge und Folteropfer aus aller Welt, die nun in München leben. Häufig sind gerade Familien mit Kindern besonders belastet: Zu der oft angespannten wirtschaftlichen Situation und sprachlichen Problemen kommen Schwierigkeiten mit den ungewohnten kulturellen Normen und Werten hinzu, gerade im Bereich der Kinderziehung.

Refugio hat ein muttersprachliches Elterntraining entwickelt, um die Familien in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken. Die Stiftung Soziales München unterstützt das Projekt mit rund 15.000 Euro.

„Das Elterntraining von Refugio ist praktische Lebenshilfe für Familien, die in München eine neue Heimat suchen“, erklärte Ilona Ramstetter, Leiterin Kommunikation & Vorstandsservice der Stadtsparkasse München, bei der Scheckübergabe an Jürgen Soyer, Geschäftsführer von Refugio. „Das Projekt sorgt dafür, dass sich die Kinder in ihrer neuen Umgebung gut integrieren und auch die gebotenen Chancen bestmöglich nutzen.“

Das Training soll Eltern dabei helfen, sich besser in der deutschen Gesellschaft zurechtzufinden. Die muttersprachlichen Trainer stammen aus dem gleichen Kulturkurkreis wie die jeweiligen Familien. Sie unterstützen die Eltern dabei, sich die eigenen und die hiesigen Werte in der Erziehung bewusst zu machen und ihre Elternrolle so zu gestalten, dass sich die Kinder in Deutschland gut entwickeln können.

Neben konkreten Erziehungsratschlägen erfahren sie auch, wie die Kinder vom Erziehungs- und Schulsystem in Deutschland profitieren, wie wichtig ärztliche Vorsorgeuntersuchungen sind und welche kostenlosen und kindgerechten Freizeitangebote die Stadt bietet.

Das Elterntraining umfasst 12 Doppelstunden in der Familie und wird in 25 Sprachen angeboten. Die Landeshauptstadt München fördert das Projekt.

Weitere Informationen zur Stiftung im Internet unter: www.sskm.de/goto/stiftungen
Weitere Informationen zu Refugio unter: www.refugio-muenchen.de ❐

Neue Studie der HypoVereinsbank:

„Konzern Kommune“

Leistungen des öffentlichen Wirtschaftens werden nicht nur von der Gemeinde selbst erbracht, sondern auch von kommunalen Gesellschaften in öffentlicher und privater Rechtsform. Bei der Zielsetzung der Gesellschaften eröffnet sich ein Konfliktfeld zwischen erwerbswirtschaftlichen Bestrebungen (marktwirtschaftliche Ziele) auf der einen und der Gewährleistung des öffentlichen Auftrags (Daseinsvorsorge) auf der anderen Seite.

Gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig hat die HypoVereinsbank eine neue Studie mit dem Titel „Konzern Kommune“ erstellt. Ziel der Studie war es, auf Basis einer Kommunalbefragung diese enormen Herausforderungen der kommunalen Wirtschaft darzustellen und für die Kommunen nutzbar zu machen. Deutschlandweit nahmen 60 Städte und Gemeinden an der Studie teil.

Die Untersuchung bietet ein deutschlandweites Bild über die Struktur und Organisation öffentlicher Wirtschaftsbereiche. Sie ermöglicht Städten und Gemeinden über Strategien ihres Beteiligungsportfolios aus institutioneller und finanzieller Perspektive zu diskutieren, um gemeinsam Lösungen zu finden, die kommunalen Unternehmen für die Zukunft weiter zu stärken.

Daseinsvorsorge

„Die wirtschaftliche Aktivität der Städte und Gemeinden bildet einen wichtigen Baustein der Wirtschaftskraft Deutschlands. Die kommunale Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge sichert eine hohe Lebensqualität in den Städten und Gemeinden. Die Kommunalwirtschaft befindet sich jedoch seit Jahren in einem dynamischen Veränderungs- und Anpassungsprozess“, betont Prof. Dr. Thomas Lenk, Vorstandsvorsitzender des Kompetenzzentrums e.V. und Finanzwissenschaftler an der Universität Leipzig. Während sie in Deutschland traditionell ein großes und breites Dienstleistungsspektrum abdeckt, hätten seit den 1990er Jahren Ausgliederungstendenzen sowie Privatisierungs- und neuerdings Rekommunalisierungsprozesse Platz ergriffen.

Laut Ingrid Rogner-Pollmann, HypoVereinsbank-Segmentmanagerin Public Sector, ist eine strategisch ausgerichtete, konzentrierte Beteiligungssteuerung daher essentiell. „Etwaige Steuerungsmängel können sich in Form von wachsenden Verbindlichkeiten der Unternehmen letztlich sogar negativ auf die kommunalen Finanzen auswirken. Dies gilt es zu vermeiden. Hierzu sind starke Partner erforderlich, um diesen notwendigen Weg gemeinsam gehen zu können. Wir als HypoVereinsbank wollen einer dieser Partner sein.“

Treiber oder Hemmnis

Kommunales Wirtschaften folgt anderen Prämissen als das Wirtschaften privater Unternehmen, so die Studie. Kommunale Unternehmen nähmen im Gewährleistungsstaat eine wichtige Funktion ein, Leistungen der Daseinsvorsorge qualitativ und quantitativ hinreichend zu bezahlbaren Preisen für den Bürger zu erbringen. Unter anderem spiele die (häufig strukturell angespannte) kommunale Haushaltslage eine wichtige Rolle als Treiber oder Hemmnis öffentlichen Wirtschaftens. „Um die häufig zahlreichen kommunalen Unternehmen und Beteiligung auf die jeweilige kommunale Zielstruktur abzustimmen und auch innerhalb der Kommune für Ausgleichsprozesse zu sorgen, ist eine zielführende Beteiligungssteuerung essentiell.“

Privatisierungsvorhaben

Deutlich wurde, dass die vergangenen Jahre weniger stark durch Privatisierungsvorhaben geprägt waren. 90 % der teilnehmenden Städte und Gemeinden gaben an, in den letzten fünf Jahren keine Privatisierungen vorgenommen zu haben. Jene Kommunen, die privatisiert haben, führten diese Maßnahmen hauptsächlich mit dem Ziel durch, den Kommunalhaushalt zu entlasten. Teilweise spielt der Wunsch nach der Generierung von Effizienzgewinnen eine Rolle.

Darüber hinaus zeigte sich, dass der Anteil der Kommunen, die in der Vergangenheit privatisiert haben, nicht nur überdurchschnittlich verschuldet ist, sondern auch das explizite Ziel der Haushaltsentlastung verfolgte. 86 % der Kommunen, die jemals eine Privatisierung durchgeführt haben, gaben an, dass sich ihre Erwartungen erfüllt haben.

Rekommunalisierungen

Mit Blick auf die Frage, ob die Kommunen gewisse Leistungen der Daseinsvorsorge bereits wieder rekommunalisierten, ergaben sich ähnliche Ergebnisse wie bei der Privatisierung. Hier gaben drei Viertel der Kommunen an, keine Rekommunalisierungen durchgeführt zu haben. 13 % können mit derartigen Maßnahmen aufwarten, 12 % planen diese.

Die größten Herausforderungen sehen die Kommunen neben ihrer Daseinsvorsorgefunktion in erster Linie auf marktlicher Ebene. Dabei sind die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und das Wettbewerbsumfeld von zentraler Relevanz.

Das kommunale Beteiligungsinstrumentarium ist auf Basis der gewonnenen Daten ausbaufähig, lautet ein weiteres Ergebnis der Studie. Im Mittelpunkt vorhandener Instrumente stehen in erster Linie die kosengünstige Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge sowie standortpolitische Themen.

Häufige Sonderkredite

Die Nutzung des Kapitalmarktes erfolgt nur rudimentär. Ein Beteiligungscontrolling wird nur teilweise genutzt, allerdings verstärkt von Kommunen mit angespannter Haushaltslage. Als Sicherheiten werden von kommunaler Seite Bürgschaften gestellt (73 %), in nur knapp 4 % der Fälle Financial Covenants. 35 % der Kommunen stellen keine Sicherheiten. Drei Viertel der befragten Kommunen nutzt in diesem Rahmen Sonderkredite bei der Kreditaufnahme. Ihre Finanzierungsstrategie vollziehen die Gemeinden in erster Linie (83 %) mit öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten (Sparkassen) als Hausbank. 10 % arbeiten darüber hinaus mit genossenschaftlichen Banken zusammen. Private Geschäftsbanken sind in diesem Kontext (als Hausbank) unterrepräsentiert.

Basel III spielt eine Rolle

Über die Hälfte der Kommunen (56 %) können sich vorstellen, künftig stärker an den Kapitalmarkt zu gehen. Die intendierte Zielsetzung liegt dabei vor allem in der empfundenen restriktiveren Vergabe von Kommunaldarlehen im Zuge von Basel III (79 %), aber auch in der Verbreiterung des Investorenkreises (39 %). Knapp zwei Drittel der Städte und Gemeinden sind darüber hinaus sogar der Meinung, dass sich die Kreditaufnahmen für die Kommune und ihre Unternehmen in den nächsten Jahren massiv verändern werden. **DK**

Bayerische Wirtschaft:

Dynamische Entwicklung

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken konnten ihre Ausleihungen an Firmenkunden im ersten Quartal 2013 um 358 Millionen Euro oder 1,0 Prozent gegenüber Jahresbeginn steigern. Insgesamt haben die Genossenschaftsbanken im Freistaat damit zum 31.03.2013 Darlehen in Höhe von 35,9 Milliarden Euro an Unternehmen und Selbstständige ausgereicht.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Entwicklung der Kreditvergabe zwar etwas abgeschwächt. So stand im ersten Quartal 2012 noch ein Plus von 1,7 Prozent zu Buche.

Anhaltendes Kreditwachstum

Allerdings zeigt das anhaltende Kreditwachstum, dass die mittelständischen Kunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken auch 2013 in Bayern weiter investieren. Dies gilt insbesondere für das Baugewerbe und den Dienstleistungssektor, die Zuwächse von 98 Millionen Euro (+2,8 Prozent) beziehungsweise 287 Millionen Euro (+1,9 Prozent) verzeichneten.

Angesichts dieser Daten ist sich Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), sicher: „Die bayerische Wirtschaft wird sich in den nächsten Monaten weiter dynamisch entwickeln.“ ❐

Bayerische Kommunen:

Weitere Reduzierung der Schuldenlast

Außerhalb der Kernhaushalte jedoch deutliche Schuldenzunahme

Die Kernhaushalte der kommunalen Körperschaften in Bayern wiesen am 31. Dezember 2012 Schulden in Höhe von 14,5 Milliarden Euro aus. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, waren das um 3,1 Prozent oder 461 Millionen Euro weniger Schulden als im Jahr davor. 14,3 Milliarden Euro der kommunalen Schulden waren Schulden beim nichtöffentlichen Bereich und knapp 186 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Schulden der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen sind dagegen kräftig um 8,5 Prozent auf 22,3 Milliarden Euro angewachsen.

Der Schuldenstand der Kernhaushalte der kommunalen Körperschaften in Bayern (Gemeinden, Gemeindeverbände, nichtkaufmännisch buchende kommunale Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften) belief sich am 31. Dezember 2012 auf 14.523,8 Millionen Euro.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, hat sich damit die Verschuldung im Laufe des Jahres um 3,1 Prozent oder rund 461 Millionen Euro verringert. Bereits im vorhergehenden Jahr wurden Schulden abgebaut: Im Jahr 2011 verringerte sich der Schuldenberg um 260,6 Millionen Euro bzw. um 1,7 Prozent.

Mehr Schulden als im Vorjahr wurden lediglich für zwei Teilgruppen der kommunalen Körperschaften ermittelt: Die Landkreise erhöhten ihren Schuldenstand um 19,5 Millionen Euro bzw. 0,9 Prozent auf 2.140,6 Millionen Euro, bei den nicht-kaufmännisch buchenden Zweckverbänden nahm dieser um 3,5 Millionen Euro bzw. 0,4 Prozent auf 836,3 Millionen Euro zu. Dagegen verminderten die kreisfreien Städte ihren Schuldenstand zum 31. Dezember 2012 um 310,1 Millionen Euro bzw. 5,9 Prozent auf 4.982,9 Millionen Euro.

Auch die kreisangehörigen Gemeinden haben einen Schuldenabbau gemeldet, und zwar um 21,9 Millionen Euro bzw. 0,3 Prozent auf 6.368,5 Millionen Euro. Besonders kräftig reduzierten die Bezirke ihre Schuldenlast um 47,9 Prozent auf 165,3 Millionen Euro.

Die Schulden aller kommunalen Haushalte setzten sich Ende 2012 aus 14.337,9 Millionen Euro Schulden beim nicht-öffentlichen und 185,9 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich zusammen.

Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner gelten in der Schuldenstatistik als ein Maßstab für die Höhe der kommunalen Verschuldung. Zum 31. Dezember 2012 ergab sich hier ein Betrag von 1.069 Euro je Einwohner. In den Schulden beim nichtöffentlichen Bereich und den Schulden beim öffentlichen Bereich sind bei den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften auch Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe enthalten. Diese hatten am 31. Dezember 2012 einen Stand von 274,0 Millionen Euro, 30,3 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Nicht in den 14.523,8 Millionen Euro Schulden enthalten sind die Schulden der dem kommunalen Bereich zuzuordnenden kaufmännisch buchenden öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung (FEU). Diese beliefen sich Ende 2012 auf insgesamt 22.266,4 Millionen Euro, was einer Zunahme um 8,5 Prozent entspricht.

Zu den kommunalen FEU zählen unter anderem die kommunalen Eigenbetriebe (inklusive Krankenhäuser) mit einem Schuldenstand von 4.228,3 Millionen Euro (+1,4 Prozent), in öffentlichrechtlicher Rechtsform geführte FEU mit 1.439,5 Millionen Euro (+17,1 Prozent) und privatrechtliche Wirtschaftsunternehmen mit 16.598,6 Millionen Euro (+9,7 Prozent). Bei allen FEU ist die Mehrheit der Anteile in öffentlicher Hand. ❐

Frist für Sepa-Umstellung läuft bald ab

Kommunen, Vereine und Unternehmen müssen jetzt handeln

Zum 1. Februar 2014 wird der bargeldlose Zahlungsverkehr in Europa vereinheitlicht. Dann gelten in 32 Ländern die Regeln der Single Euro Payments Area (Sepa), und es gibt keinen Unterschied mehr zwischen Inlands- und Auslandsbankgeschäften. Vor allem bei Lastschriftverfahren wird es durch Sepa viele Neuerungen geben.

„Vereine und Unternehmen in Deutschland sind darauf nur unzureichend vorbereitet“, betont Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), und verweist auf aktuelle Informationen der Deutschen Bundesbank. Um künftig Lastschriften einziehen zu dürfen, ist eine Gläubiger-Identifikationsnummer notwendig, die bei der Zentralbank beantragt werden muss. Bislang wurden deutschlandweit aber erst knapp 300.000 dieser Nummern vergeben.

„Bei mehr als 680.000 Betrieben und rund 85.000 registrierten Vereinen allein in Bayern ist das eine erschreckend niedrige Zahl“, stellt Götzl fest. Insbesondere bei gemeinnützigen Organisationen wie Vereinen, aber auch Parteien und Verbänden, bei denen der Einzug der Mitgliedsbeiträge per Lastschrift gängig sei, besteht deshalb großer Informations- und Handlungsbedarf. Da im Gegensatz zu Privatpersonen für Unternehmen und Institutionen die Regeln ab Februar 2014 verpflichtend sind, bleibt ihnen nur noch ein Dreivierteljahr, um sich auf das neue Zahlverfahren vorzubereiten. Götzl: „Gerade für ehrenamtlich Tätige in den Vereinen wird da die Zeit schnell knapp.“

Götzls Warnung

Denn mit der Umstellung ändern sich auch Fristen und Abläufe für Lastschriften. Zudem ist die gesamte Software-Architektur auf Sepa hin zu überprüfen. Das betrifft Programme zur Mitgliederverwaltung, Onlinebankingsoftware sowie Lohnbuchhaltungssysteme. „Je nach Umfang der Nutzung, vor allem von Lastschriften, kann das sehr aufwendig sein“, warnt der Präsident der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Kontakt zur Hausbank

Götzl rät daher, jetzt den Kontakt zur Hausbank zu suchen: „Die bayerischen Kreditgenossenschaften sind hilfsbereite Ansprechpartner, wenn es darum geht, sich sepa-fit zu machen.“ Bankberater in den Geschäftsstellen geben Auskunft über die individuellen Sepa-Anforderungen und weisen auf mögliche Informationsveranstaltungen speziell für Firmenkunden sowie Vereine hin. ❐

Aktuelle Commerzbank-Studie:

Bayerischer Mittelstand international gut aufgestellt

Vier von fünf mittelständischen Unternehmern in Bayern rechnen für den Euroraum mit einer schwachen Konjunktur in den nächsten Jahren. Grund dafür ist die anhaltende Euro- und Finanzkrise.

Neue Märkte, neue Chancen

Die Verunsicherung ist so groß, dass sich fast 86 Prozent der Unternehmer generell auf Grenzen des Wachstums einstellen. Gleichzeitig fordern 83 Prozent eine Intensivierung des Außenhandels jenseits der EU. Das sind Ergebnisse einer neuen Studie der Commerzbank-Mittelstandsinitiative UnternehmerPerspektiven mit dem Titel Neue Märkte, neue Chancen – Wachstumsmotor Internationalisierung.

„Die Studie zeigt aber auch, dass der Mittelstand in Bayern bei aller Skepsis im internationalen Geschäft gut aufgestellt ist“, erklärt Marc Steinkat, Vorsitzender der Geschäftsleitung Mittelstandsbank Bayern-Süd der Commerzbank AG.

Bundesweit 4.000 Befragte

Für die inzwischen 13. Studie aus der Reihe UnternehmerPerspektiven wurden in Bayern 692, bundesweit 4.000 Inhaber und Geschäftsführer aus dem Mittelstand befragt. Darüber hinaus nahmen an der Studie auch je 145 Verantwortliche von Auslandsstandorten deutscher Unternehmen sowie Wirtschaftswissenschaftler an deutschen Universitäten teil.

Aktuelle Studie unter: www.unternehmerperspektiven.de ❐

Kommunalfinanzierung:

Nürnberg und Würzburg mit 100-Mio.-Euro-Anleihe

Zum ersten Mal haben zwei Städte in Deutschland gemeinsam eine Anleihe emittiert: Nürnberg und Würzburg platzierten erfolgreich eine 100 Millionen-Euro-Anleihe am Kapitalmarkt, wobei Nürnbergs Anteil 80 Millionen Euro beträgt. Die Anleihe richtet sich ausschließlich an sogenannte institutionelle Anleger, insbesondere Versicherungen, Vermögensverwalter und Banken.

Konsortialführer sind Bayerische Landesbank, Deutsche Bank, Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und UniCredit Bank (HypoVereinsbank). Beide Städte beabsichtigen mit der Ausgabe der Anleihe eine Erweiterung ihres Gläubigerkreises.

Win-win-Situation

Die Laufzeit der Anleihe wird zehn Jahre betragen. Die Verzinsung für die Investoren beläuft sich auf 1,965 Prozent p.a (nomineller Coupon 1,875 Prozent p.a.). Laut Nürnbergs Stadtkämmerer Harald Riedel habe man gemeinsam mit dem Partner aus Würzburg „ein Stück Geschichte in der Kommunalfinanzierung“ geschrieben. „Wir haben gezeigt, dass zwei Städte unterschiedlicher Größe, aber mit vergleichbar soliden Haushalten gemeinsam an den Kapitalmarkt gehen können. Unsere Abhängigkeit von Bankdarlehen ist damit ein gutes Stück geringer geworden.“ Auch dem Würzburger Kollegen Christian Schuchardt ist die Diversifikation in seinem Kreditportfolio ein wichtiges Anliegen: „Nur gemeinsam haben wir für diese Art der Finanzierung das notwendige Volumen erreicht, es war eine klassische Win-win-Situation.“

In beiden fränkischen Städten wird die Anleihe für Umschuldungen und Investitionen genutzt. Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly wertet die gelungene Emission als Zeichen dafür, dass Investoren am Kapitalmarkt die deutschen Kommunen als sichere und sinnvolle Anlagealternative wahrgenommen haben. Die deutlich erkennbare Bereitschaft, sich hier langfristig zu engagieren, ist nach Ansicht des OB ein deutlicher Vertrauensbeweis für die Kommunen. **DK**

VKU-Eckpunkte zur Bundestagswahl 2013:

Kommunalwirtschaft stärken, Infrastrukturen sichern

Unter dem Motto „Kommunalwirtschaft stärken - Infrastrukturen sichern“ hat der Spitzenverband der kommunalen Wirtschaft, der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), seine zentralen Forderungen für die politische Agenda der nächsten Bundesregierung formuliert. Aufgabe der nächsten Bundesregierung wird es nach Darstellung des VKU sein, verlässliche Entwicklungsmöglichkeiten und dazu passende wirtschaftspolitische und rechtliche Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige und investitionsstarke Kommunalwirtschaft zu schaffen. Dazu zähle ein zeitgemäßer gemeindewirtschaftsrechtlicher Rahmen ebenso wie die richtigen fachpolitischen Akzente in den Bereichen Energie, Wasser, Entsorgung, Breitband und Verkehr.

„Kommunale Unternehmen sichern die grundlegenden Infrastrukturen der Gesellschaft effizient und vor allem verlässlich“, heißt es in dem Papier. Die kommunale Organisations- und Kooperationshoheit sei deshalb zu Recht verfassungsrechtlich als kommunales Selbstverwaltungsrecht garantiert.

Forderung nach Gemeindewirtschaftsrecht

Der Vertrag von Lissabon (2009) erkenne ebenfalls die kommunale Gestaltungsfreiheit in der Daseinsvorsorge an und schütze so das Recht auf kommunale Selbstverwaltung im europäischen Primärrecht. Initiativen der EU dürften deshalb bewährte kommunalwirtschaftliche Strukturen nicht gefährden. Die Bundesregierung sollte sich künftig noch stärker dafür einsetzen, das deutsche Erfolgsmodell der kommunalen Wirtschaft zu sichern.

„Um die Handlungsfähigkeit kommunaler Unternehmen gewährleisten zu können, müssen die Gemeindeordnungen der Länder zu einem kommunalfreundlichen Gemeindewirtschaftsrecht harmonisiert werden“, lautet eine weitere VKU-Forderung. Empfohlen wird eine Bund-Länder-Kommission sowie die Koordination durch einen Staatsminister im Bundeskanzleramt für kommunale Angelegenheiten.

Wege zum Erfolg

Stichwort Energieversorgung: Nur die Stärkung des Wettbewerbs, eine stringente nationale Koordination der Energiewende und deren Umsetzung unter der Mitwirkung starker lokaler Akteure sichern laut VKU Erfolg und Akzeptanz der Energiewende. Dazu müsse der Energiemarkt in einem integrierten Ansatz weiterentwickelt werden. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit hätten dabei höchste Priorität. Die kommunale Energiewirtschaft habe dazu Vorschläge vorgelegt, die die Versorgungssicherheit auf wettbewerblichem Wege über Leistungszertifikate gewährleisten und die effiziente Förderung erneuerbarer Energien durch eine Mengenausschreibung sowie einen innovations- und investitionsfördernden Regulierungsrahmen für die Verteilnetze vorsehen.

Energieeffizienz als Säule

Eine weitere wichtige Säule der Energiewende sei die Energieeffizienz. Die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung kommunaler Unternehmen sei hierfür unverzichtbar und müsse weiter unterstützt werden. Der VKU fordert zudem eine praktikable und flexible Umsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie, „denn nur so werden die richtigen Impulse gesetzt und der Markt für Energiedienstleistungen in Gang gebracht“. Die Initiative kommunaler Unternehmen in der Region sei auch deshalb für den Erfolg der Energiewende unverzichtbar, weil sie bürgernah handeln und so die notwendige Akzeptanz schaffen.

Was die kommunalen Wasserunternehmen anbelangt, so garantieren diese nach Auffassung des VKU eine hohe Qualität, Sicherheit und Effektivität der Ver- und Entsorgung. Die geplanten Verschärfungen im europäischen Wettbewerbs- und Vergaberecht beschnitten die kommunale Organisationsfreiheit erheblich und seien daher abzulehnen. Der Verband fordert eine Entgeltkontrolle, bei der auch örtliche Gegebenheiten, Qualitäts- und Nachhaltigkeitsaspekte adäquat berücksichtigt werden.

Pro Benchmarking

Etwaige Regulierungsforderungen in der Wasserwirtschaft werden entschieden abgelehnt. Vielmehr sei Benchmarking das zentrale Element zur Gewährleistung von Effizienz und Qualität in der Erfüllung der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Im Sinne des Verursacherprinzips sollten zudem weitergehende Maßnahmen zuerst bei der Emission durch den Verursacher bzw. dem jeweiligen Wirkstoff ansetzen. Plädiert wird für eine gezielte Förderung der von den kommunalen Wasserunternehmen identifizierten und genutzten Energiepotenziale.

Planungssicherheit im Visier

Mit Blick auf die Abfallwirtschaft fordert der VKU Planungssicherheit und die verlässliche Absicherung der kommunalen Entsorgungszuständigkeit. Die Organisationshoheit für die gesamte Hausmüllentsorgung einschließlich der Entsorgung von gewerblichen Beseitigungsabfällen gehöre in die Hände der Kommunen. Die Schädigung hochwertiger kommunaler Sammelsysteme durch die falsche Deklarierung von Beseitigungsabfällen als Verwertungsabfälle und gewerbliches Rosinenpicken müsse auf der Grundlage des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes konsequent unterbunden werden.

Erforderlich sei eine grundlegende Reform der Verpackungsentsorgung, um das Recycling zu stärken, Trittbrettfahrerei zu bekämpfen und intransparente Systemstrukturen zu überwinden. Das Wertstoffgesetz müsse anspruchsvolle, einheitlich an den tatsächlich in Verkehr gebrachten Abfallmengen orientierte Recyclingquoten vorgeben. Die Kommunen müssten die Freiheit haben, diese passgenau zu den individuellen Gegebenheiten vor Ort flexibel umzusetzen.

Breitbandausbau

Stichwort Breitbandausbau: „Kommunale Unternehmen treiben den flächendeckenden Breitbandausbau als Teil der Daseinsvorsorge im Wettbewerb voran und nutzen Synergien mit ihren anderen Infrastrukturen“, so der VKU. Glasfasernetze seien für die Kommunalwirtschaft ein Geschäftsfeld mit Zukunft, stelle doch eine flächendeckende Versorgung mit modernen und hochleistungsfähigen Kommunikationsnetzen einen entscheidenden Standortfaktor für Kommunen, Bürger und Wirtschaft dar. Zugleich plädierten die kommunalen Unternehmen dafür, den Breitbandausbau im Wettbewerb technikoffen zu realisieren, nur so könnten die volkswirtschaftlich besten Lösungen gefunden werden.

„Dafür brauchen wir eine Anerkennung der Kosten in den regulatorischen Rahmenbedingungen der Bundesnetzagentur beim Ausbau der Energienetze.“ Der bisherige Leitfaden der Bundesnetzagentur zur Verlegung von Glasfaserkabeln bietet nach Meinung des VKU keine langfristige Investitionssicherheit, da eine investitionsbezogene pauschalierte Kostenanerkennung nicht möglich ist. Die regulatorisch-administrativen Anforderungen seien zudem hoch und verursachten unangemessenen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen.

Neue Technologien

„Dafür brauchen wir insgesamt mehr Investitions- und Planungssicherheit.“ Mit Blick auf die Erreichung der Breitbandziele der Bundesregierung seien stabile Rahmenbedingungen für investitionsbereite Unternehmen notwendige Voraussetzung für ihren weiteren Breitbandausbau. Auch neue Technologien wie das Vectoring müssten für alle Unternehmen nutzbar sein, um Endnutzern höhere Bandbreiten anbieten zu können. Exklusive Nutzungsrechte seien kontraproduktiv.

Versorgungslücken schließen

„Bessere und gezieltere Förderprogramme statt investitionshemmender Maßnahmen wie der Einführung eines Breitband-Universaldienstes“ lautet eine weitere Forderung. Dabei könne es sich um entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten in Form von Bürgschaften und zinsgünstigen, langfristigen Darlehen durch beispielsweise die KfW-Bank handeln. Denn nur im flankierten Wettbewerb könnten Versorgungslücken volkswirtschaftlich effizient geschlossen und die erforderlichen Datenübertragungsraten gewährleistet werden. **DK**

Energieprojekte aus Bürgerhand

Auftaktveranstaltung einer Seminarreihe der Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Klosterlangheim

Wie lässt sich die Akzeptanz der Energiewende dauerhaft sichern und welche Möglichkeiten gibt es, Bürgerinnen und Bürger an erneuerbaren Energieprojekte zu beteiligen? Diesen Fragen widmete sich eine Seminarreihe der Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Genossenschaftsverband und dem Bayerischen Gemeindetag.

Knapp 40 Teilnehmer, von Bürgermeistern bis hin zu den Energieexperten der Ämter für Ländliche Entwicklung, kamen zur Auftaktveranstaltung an die Schule für Dorf- und Flurentwicklung in Klosterlangheim. Besonderes Interesse galt den Nahwärmenetzen, der dezentralen Kraft-Wärme-Koppelung und den Windkraftanlagen. Dabei interessierte weniger die technische Umsetzung als vielmehr die Einbindung der Grundstückseigentümer und Bürger.

Wertschöpfung vor Ort

Wie die Nahrungsmittel, so kommt auch künftig die Energie „vom Land“. In Energiekonzepten planen die Kommunen „ihre Energiewende“ mit allen Chancen und Herausforderungen. Der Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung sind von Bürgerinnen und Bürgern getragene Unternehmen, die das Potential der „Erneuerbaren Energien“ so erschließen, dass die Wertschöpfung vor Ort bleibt.

Eigenständige Planung und Umsetzung

Nach der Begrüßung durch den Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberfranken, Leitenden Baudirektor Anton Hepple zeigte Diplomvolkswirt Robert Spannheimer von der Agrokraft GmbH unter dem Motto „Die Energie des Dorfes dem Dorfe“ die Chancen der Bürgerinnen und Bürger bei der Energiewende auf. „Wind verkaufen ist wie Grund und Boden verkaufen“! Deshalb sei es besser, Projekte der „Erneuerbaren Energien“ eigenständig unter der Mitwirkung von Fachleuten zu planen und umzusetzen. „Jeder soll mitmachen können“, wenn Beteiligungsmodelle für Kleinanleger geschaffen werden.

Schlüsselrolle der Gemeinden

Dr. Andreas Gaß vom Bayerischen Gemeindetag sieht die Gemeinden zukünftig bei der Umsetzung der Energiewende in einer Schlüsselrolle. Sie sind Moderatoren, z. B. bei er Erstellung gemeindlicher Energienutzungspläne und in der politischen Diskussion vor Ort; sie sind Anwälte der örtlichen Interessen bei Planungsverfahren; sie sind zuständig für die Energieversorgung der Bevölkerung und haben eine Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb kann die Energiewende in den Gemeinden nur mit und nicht gegen diese gelingen.

Akzeptanz vor Ort sichern

Die Energiewende wird im Wesentlichen dezentral und damit im ländlichen Raum stattfinden. Für die Menschen im ländlichen Raum bedeutet das erhebliche Belastungen, die durch eine möglichst hohe kommunale Wertschöpfung ausgeglichen werden müssen. Andernfalls wird die für den Erfolg der Energiewende notwendige Akzeptanz vor Ort nur schwer erreichbar sein, so Dr. Gaß. Unbestritten ist die Wertschöpfung der Gemeinde am höchsten, wenn der Betreiber der Energieanlage in der Kommune ansässig ist.

Dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie sich Gemeinden einbringen können, um kommunale Wertschöpfung zu generieren und die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Diese reichen von der Unterstützung von Bürgerprojekten durch Bauleitplanunginformation und Moderation, Verpachtung gemeindlicher Flächen über den gemeindeeigenen bzw. interkommunalen Betrieb von erneuerbaren Energieanlagen bis hin zum gemeindlichen Betrieb solcher Anlagen mit den Bürgern.

Gründungsprozess

Wolfdieter von Trotha vom Genossenschaftsverband Bayern erläutere in seinem Vortrag den Gründungsprozess einer Energiegenossenschaft und stellte dar, dass es für jedes Energiethema eine vorteilhafte genossenschaftliche Konzeption gibt. Das kapitalunabhängige Stimmrecht und die auf die Höhe der Einlage begrenzte Haftung sind u. a. die Vorteile einer Genossenschaft.

Den nächsten Schritt wagen

Reinhold Bähr, Vorstand der Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energiegenossenschaft Großbardorf, brachte es in seinem Vortrag auf den Punkt: „In unserem Dorf fanden sich erst dann genügend Leute, die bei der Umsetzung eines Nahwärmenetzes mitmachen wollten, als wir es in einer Genossenschaft selbst umgesetzt haben.“

Genau das ist die Zielsetzung der Verwaltung für Ländliche Entwicklung bei diesem Seminar. Auf die Bewusstseinsbildung für die „Energetische Wende“ soll die aktive Umsetzung folgen: Sich trauen und den nächsten Schritt wagen, nämlich ein Bürgerunternehmen gründen, bei dem die Wertschöpfung vor Ort bleibt. ❒

Bürgerenergiepreis Niederbayern:

Pfiffige Ideen gesucht!

Initiator E.ON Bayern AG mit Unterstützung der Regierung von Niederbayern

Um die Energiewende in den Kommunen weiter voranzubringen und die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen, hat die E.ON Bayern AG mit Unterstützung der Regierung von Niederbayern den Bürgerenergiepreis Niederbayern „Mein Impuls. Unsere Zukunft!“ ins Leben gerufen.

Wer kann teilnehmen?

Der mit insgesamt 10.000 Euro dotierte Preis richtet sich an Privatpersonen, Vereine, Schulen und andere nichtgewerbliche Gruppierungen. Gefördert werden außergewöhnliche Ideen und Maßnahmen, die einen Energiebezug haben und sich mit den Themen Energieeffizienz oder Ökologie befassen. Die Projekte sollen eine Vorbildfunktion einnehmen.

„Menschen, die Impulse für die Energiezukunft setzen, sorgen für Motivation in der Region und fördern letzlich auch die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz“, so Regierungspräsident Heinz Grunwald bei der Vorstellung des Projekts an der Hochschule Landshut.

Welche Projekte können eingereicht werden?

Der Umfang des Projekts ist kein Auswahlkriterium. Eine Aktion zur Energiezukunft mit pfiffigem Thema an einer Grundschule kann genauso gewinnen wie die Sanierung eines Gemeinschaftshauses durch eine Dorfgemeinschaft.

„Uns geht es um den Impuls, den Bürger vor Ort in ihrem persönlichen Umfeld für unsere gemeinsame Energiezukunft setzen“, erklärt Christoph Henzel, Mitglied der Geschäftsleitung der E.ON Bayern AG. Auch Projekte, die schon vor längerer Zeit begonnen haben, die aber wegen ihrer inhaltlichen Qualität nach wie vor Bestand haben, können teilnehmen.

Wie bewirbt man sich?

Die Kommunen können E.ON Bayern unterstützen. „Da sie vor Ort die jeweiligen Projekte gut kennen und beurteilen können, bitten wir die Kommunen, die Bürger über diesen Preis zu informieren und sie zu ermutigen, sich zu bewerben“, so Henzel. Die jeweilige Gemeinde gibt eine individuelle Bewerbungsfrist vor und leitet die drei geeignetsten Vorschläge bis 31. Juli 2013 an E.ON Bayern weiter.

Die Auswahl der letztlich drei Gewinner und die Aufteilung des Preisgeldes erfolgt durch eine Fachjury. Eine ausführliche Projektbeschreibung und der Bewerbungsbogen sind im Internet abrufbar unter www.eon-bayern.com/buergerenergiepreis. ❐

Matthias Schwanitz, Leiter Vertrieb Privatkunden bei den Lechwerken, Pfarrer Hans Fischer, Kindergartenleiterin Christine Ziegler, Diedorfs Bürgermeister Otto Völk, Erzieherin Roswitha Scholz (v. l.) und die Kindergartenkinder vor dem Info-Display der neuen Fotovoltaikanlage. Bild: LEW/Plössel

LEW-Wettbewerb:

Fotovoltaikanlage für „Herz Mariä“ in Diedorf

Im vergangenen Jahr haben die Lechwerke (LEW) erstmals den Wettbewerb „Unsere Sonne – Euer Strom“ für Kindergärten aus der Region ausgeschrieben. Die Hauptpreise: je eine Fotovoltaikanlage im Wert von 7.000 Euro. Der Förderfonds des vom TÜV Süd-zertifizierten Ökostromprodukts LEW Strom Aqua Natur war zur Finanzierung der Fotovoltaikanlagen eingesetzt worden. Der Kindergarten „Herz Mariä“ aus Diedorf gewann eine der sechs Fotovoltaikanlagen.

Vor kurzem haben Kindergartenleiterin Christine Ziegler und Erzieherin Roswitha Scholz die Anlage gemeinsam mit Pfarrer Hans Fischer, Diedorfs Bürgermeister Otto Völk, sowie Matthias Schwanitz, Leiter Vertrieb Privatkunden bei den Lechwerken, offiziell in Betrieb genommen.

Ausgezeichnet wurde das Projekt zum Thema Sonnenenergie, das Roswitha Scholz gemeinsam mit den Kindern entwickelt und umgesetzt hatte. Die Jungen und Mädchen hatten sich im Rahmen des Projekts intensiv mit den Grundlagen elektrischer Energie beschäftigt und selber eine ganze Reihe von Experimenten durchgeführt. So untersuchten die jungen Forscher in kleinen Tests wie Fotovoltaikzellen funktionieren, und lernten auch, wie diese hergestellt werden.

Die nun auf dem Dach installierte Anlage hat eine Leistung von 3,5 Kilowatt und erzeugt jährlich etwa 3.500 Kilowattstunden Strom. Das entspricht in etwa dem durchschnittlichen Stromverbrauch eines Vierpersonenhaushalts. Ein Display in der Halle des Kindergartens informiert die Kinder über die aktuelle Einspeisung und die Gesamterzeugung der Anlage. Zusätzlich erhielt der Kindergarten einen Solarspiel- und Experimentierkoffer.

Der Wettbewerb „Unsere Sonne – Euer Strom“ geht in diesem Jahr weiter: Zu gewinnen gibt es fünf Fotovoltaikanlagen im Wert von jeweils 7.000 Euro. Die Erlöse der Anlage, jährlich etwa 500 bis 600 Euro, verbleiben in den Kindergärten und können in Bildung und Erziehung investiert werden. Zusätzlich erhalten die Gewinner-Kindergärten je zwei E-Bikes im Wert von insgesamt knapp 3.000 Euro sowie einen Energiespiel- und Experimentierkoffer. Mitmachen lohnt sich für die Kindergärten in jedem Fall, alle teilnehmenden Kindergärten bekommen ein LEGO®-Energie-Effizienzhaus zum selber aufbauen und spielen.

Bewerben können sich Kindergärten aus dem Gebiet der Lechwerke AG und der Tochtergesellschaften Elektrizitätswerke Landsberg (EWL) und Überlandwerk Krumbach (ÜWK). Um zu gewinnen, müssen die Kindergärten ein Projekt rund um die Themen Sonne, Strom und Energie durchführen und umfassend dokumentieren. Weitere Informationen gibt es unter www.lew.de .

Die Lechwerke bieten bereits seit 2006 ein Ökostromprodukt an, das zu 100 Prozent aus Wasserkraft stammt und durch den TÜV SÜD zertifiziert wird. Ein fixer Anteil des Verbrauchspreises fließt in einen Fördermittelfonds. Diese Geldmittel vergibt LEW in Abstimmung mit dem TÜV SÜD zur Förderung sinnvoller neuer Erzeugungsmaßnahmen aus umweltverträglichen und regenerativen Energiequellen. Zusätzlich investieren die Lechwerke einen Euro pro Monat und Vertrag in die Förderung regionaler Naturschutzprojekte. ❐

Beratung und Unterhaltung am EnergieMobil:

Energie Südbayern tourt durch die Region

Unter dem Motto „Ein Stück Bayern“ ist das EnergieMobil von Energie Südbayern auch dieses Jahr wieder in der Region unterwegs. An zahlreichen Standorten erwartet interessierte Besucher eine fachkundige Beratung rund um die Themen Energieversorgung und neue Technologien, verknüpft mit einem bunten Unterhaltungsprogramm für die ganze Familie.

Wie schon im letzten Jahr sind die Experten von Energie Südbayern auch 2013 von Frühjahr bis Herbst wieder in Städten und Gemeinden in Nieder- und Oberbayern vor Ort, um Kunden und interessierten Verbrauchern Informationen, Service und Beratung zu neuesten Entwicklungen in den Bereichen Energieversorgung, Energieeffizienz und Technologien anzubieten.

Am EnergieMobil erwartet Besucher unter dem Motto „Ein Stück Bayern“ ein umfangreiches Beratungs-, Service- und Unterhaltungsprogramm. Fachkundige Experten beraten zu modernen Strom- und Heiztechnologien und geben wertvolle Tipps zur optimalen Energieversorgung sowie zu Modernisierungsmöglichkeiten von Heizanlagen.

Individuelle Kundenberatung vor Ort

Interessenten werden über effiziente Wärme- und Stromerzeugung mit Mini- und Mikro-Blockheizkraftwerken ebenso informiert wie über ökologisches Heizen mit Mini-Gaswärmepumpen. Erfahrene Servicemitarbeiter der Energie Südbayern stellen neueste Tarife und Produkte aus den Bereichen Erdgas und Ökostrom vor und klären unmittelbar vor Ort Fragen zu Angeboten und Verträgen. Auch individuelle Energiechecks können direkt am EnergieMobil durchgeführt werden. „Ein Stück Bayern ist für uns mehr als ein Motto“, erklärt Jürgen Hitz, Leiter Handel und Vertrieb bei Energie Südbayern. „Die Stärkung und Förderung der Region und der direkte Kontakt zu unseren Kunden zählt seit jeher zu den wichtigsten Anliegen unseres Hauses. Kundenorientierung und Servicekompetenz sind wichtige Grundpfeiler für unsere Rolle als zuverlässiger Partner und Energieversorger der Region.“

Für die richtige Unterhaltung sorgt ein stimmungsvolles Programm für Jung und Alt. Energie- und Sportspiele an interaktiven Bildschirmen und der beliebten Wii-Spielekonsole fordern zu sportlichen Duellen und vollem Energieeinsatz heraus. Das Online-Spiel „Energiepackerl“ erfordert Geschicklichkeit und Effizienz, um Erdgas- und Stromprodukte erfolgreich nach Hause zu tragen. Im ESB-Kasperltheater erklärt der Energiekasperl spielerisch aufbereitet, wie bereits Kinder beim Energiesparen helfen können.

Am Ende der Energie Südbayern-Tour werden im Rahmen eines Gewinnspiels unter allen Teilnehmern attraktive Preise verlost. **Weitere Informationen sowie aktuelle Termine und Stationen des EnergieMobils finden sich unter: www.esb.de/tour2013** ❐

Investitionshilfen für Energieprojekte

Eine leistungsfähige kommunale Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Doch sind für moderne Rahmenbedingungen weitreichende Investitionen nötig und die Finanzierung ist für viele Kommunen zunächst ein Kraftakt. Die LfA Förderbank Bayern hilft, den Aus- und Umbau der Infrastruktur zu finanzieren und bietet spezielle Förderprogramme für Energieprojekte.

Als staatliche Spezialbank stellt die LfA Förderbank Bayern Kommunen bei der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben zinsgünstige, langfristige und flexible Programme bereit. Damit haben Städte und Gemeinden die Möglichkeit, Kredite auch für weitreichende Investitionen aufzunehmen ohne sich finanziell zu überfordern.

Die größte Fördernachfrage besteht in den Bereichen Verkehr, Wasser und Abwasser sowie immer mehr bei Energieeinsparung und erneuerbaren Energieträgern. Weitere Vorhabensbereiche werden im Freistaat von der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt gefördert. Darüber hinaus steht die LfA den Geschäftsbanken als verlässliche Konsortialpartner zur Verfügung; auf diese Weise können Finanzierungspakete geschnürt werden, mit Hilfe derer auch Infrastrukturgroßprojekte realisiert werden können.

Diese Angebote im Bereich der Infrastrukturfinanzierung ergänzen die hauptsächliche Aufgabe der Förderbank, den Mittelstand und Firmenneugründungen zu unterstützen. Die Nachfrage nach passgenauen Finanzierungs- und Förderkonzepten für Kommunen wächst dabei immer mehr, aber auch das Förderangebot wird breiter – vor allem im Energiebereich.

Um die Kommunen bei ihrer wichtigen Rolle im Rahmen der Energiewende zu unterstützen, hat die LfA zusätzlich zu ihrem Basisangebot Infrakredit Kommunal spezielle Kredite aufgelegt. Ein Beispiel ist etwa der Infrakredit Tiefengeothermie, mit dem der Freistaat Bayern über die LfA die günstige Finanzierung von Wärmenetzen fördert, in die überwiegend Wärme aus Tiefengeothermieanlagen eingespeist wird. Hierbei ist sowohl die Neuerrichtung als auch die Erweiterung bereits bestehender Wärmenetze durch Kommunen oder auch gewerbliche Unternehmen förderfähig, wahlweise mit einem Investitions- oder Zinszuschuss.

Sind kommunale Maßnahmen für mehr Energieeffizienz geplant und beträgt die Energieeinsparung dabei mindestens 20 Prozent, hat die LfA ein weiteres spezielles Förderprodukt, den Infrakredit Energie, im Angebot. Der Förderkredit mit äußerst günstigen Zinssätzen und einem Darlehenshöchstbetrag bis zu vier Millionen Euro ist auch einsetzbar bei Maßnahmen zur Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger sowie für die Finanzierung energieeffizienter Stadtbeleuchtungen und einer energieeffizienten Quartiersversorgung. Letzteres beinhaltet beispielsweise den Bau von Anlagen zur Nutzung industrieller Abwärme oder moderner Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen.

Informationen und Beratung bietet die LfA auf dem Energieforum der Bayerischen Gemeindezeitung am 13. Juni in Garching und durch ihren Infrastrukturexperten unter Telefon 089 / 21 24 - 15 05 oder per E-Mail an infra@lfa.de. Internet: www.lfa.de ❐

Thüga auf solidem Wachstumskurs

Das kommunal ausgerichtete Geschäftsmodell überzeugt immer wieder neue Interessenten
Ewald Woste: Energiewende braucht bessere Rahmenbedingungen

Die Ausgliederung aus dem E.ON-Konzern vor vier Jahren und ihre anschließende Verselbständigung sind der Thüga-Gruppe, die ihre Ursprünge auf die 1867 gegründete Thüringer Gasgesellschaft zurückführt, gut bekommen. Trotz der schwierigen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die Gruppe, die unter dem Dach der Thüga Holding zusammengefasst ist, seit 2010 mehr als 500 Millionen Euro in ihr Beteiligungsportfolio investiert und wird im laufenden Jahr, ähnlich wie im Berichtsjahr 2012, ein stabiles operatives Ergebnis erzielen, berichtete Finanzvorstand Christof Schulte in der Bilanzpressekonferenz.

Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender, ergänzte die Aussage mit der Feststellung, 2013 werde ein Jahr der Konsolidierung und des moderaten Wachstums, vor allem aus eigenen Mitteln. Die Verschuldung soll in engen Grenzen gehalten werden. Thüga sei und bleibe auf Kurs, wie die Eigenkapitalquote von 45 Prozent beweise.

Hohe Nachfrage

Nach Wostes Darstellung erlebt die Gruppe nach wie vor eine hohe Nachfrage nach ihrem kommunal ausgerichteten Geschäftsmodell, das seine Aufgabe in der Vorsorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sieht. 450 Städte und Gemeinden mit einem Lebensraum für rund 8 Millionen Menschen haben ihre 100 kommunalen Energie- und Wasserversorgungsunternehmen in die Gruppe eingebunden. Die insgesamt 18000 Mitarbeiter versorgen knapp 3,6 Millionen Kunden mit Strom, gut 2,1 Millionen mit Erdgas, 0,9 Millionen mit Trinkwasser und 0,1 Millionen mit Wärme.

Die Thüga als das deutschlandweit größte kommunale Netzwerk lokaler und regionaler Energieversorger erreichte im Berichtsjahr einen Umsatz von 22,3 Milliarden Euro und nach einem Beteiligungsergebnis von 356,7 (Vorjahr: 382,1) Millionen einen Konzernüberschuss von 297,7 (296,2) Millionen Euro. Die Beteiligungen der Thüga haben im Vorjahr 115,6 Milliarden kWh (Kilowattstunden) Erdgas (+ 4,0 Prozent), 43,0 Milliarden kWh Strom (+ 7,0 Prozent), 9,0 kWh Wärme (+ 3,4 Prozent) und 287,4 Millionen Kubikmeter Wasser abgesetzt.

Beteiligungserwerbe

Zu den jüngsten Beteiligungserwerben, für die 126 Millionen Euro investiert wurden, gehören die Koblenzer Elektrizitätswerk- und Verkehrs-AG (KEVAG), die Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH und die E.ON Thüringer Energie AG, die demnächst als Thüringer Energie AG firmieren wird. Aussichten auf weitere Beteiligungen bestehen in Fulda, Stuttgart und vielleicht auch in Berlin. Anteilseigner der Muttergesellschaft Thüga Holding GmbH & Co KGaA sind mit je 20,5 Prozent die Stadtwerke in Frankfurt (Mainovia), die Stadtwerke Hannover, die Stadtwerke Nürnberg (N-Ergie) und über KOM9 mit 38,4 Prozent 55 Energiedienstleister aus dem Thüga-Netzwerk.

Neues Energiemarktmodell vonnöten

Die Gruppe, die sich stark für die Energiewende engagiert, empfindet die unternehmerische Situation in der Erzeugung, im Vertrieb und in den Netzen alles andere als zufrieden stellend. Eine Vielzahl von Rahmenbedingungen für Investitionsentscheidungen sei unsicher, klagte Woste. Sinnvolle Investitionen wie zum Beispiel in Erdgaskraftwerke hätten wegen des starken Zubaus der erneuerbaren Energien erhebliche Rentabilitätsprobleme. Deshalb sei ein neues Energiemarktmodell nötig.

Thüga setzt auf einen ausgewogenen Energiemix. 2012 wurde das Winderzeugungsportfolio gegenüber 2011 nahezu verdoppelt auf eine installierte Leistung von 103 Megawatt. Die Gruppe verfügt jetzt über 66 Windenergieanlagen in fünf Bundesländern. Bayern ist nicht vertreten. Man setzt nur auf Onshore-Anlagen (also Windräder auf dem Festland, nicht vor der Küste). An den Aktivitäten für erneuerbare Energien sind u.a. die Energie Südbayern, die Erdgasversorgung Erding, erdgas Schwaben und die Heizkraftwerke Würzburg beteiligt. Bis 2020 will Thüga in Windkraft 1 Milliarde Euro investieren. Es sei allenfalls sinnvoll, noch ein oder zwei Windparkprojekte zu kaufen, darüber hinaus werde man sich stärker auf die eigene Projektentwicklung konzentrieren.

Demonstrationsanlage

In Bioenergie hat die Gruppe bis jetzt 540 Millionen Euro gesteckt. Um auch bei Windstille über Energie zu verfügen, errichten derzeit 13 Unternehmen der Gruppe eine Demonstrationsanlage zur Speicherung von erneuerbaren Energien in Frankfurt. Durch die Nutzung von Strom aus Sonnen- und Windkraft wird durch Aufspaltung von Wasser Wasserstoff gewonnen, den man zu synthetischem Methan weiterverarbeiten kann. Dieses Gas lässt sich dann ins Erdgasnetz einspeisen, wobei das Erdgasnetz sowohl zum Transport als auch als Speicher genutzt wird.

Netzausbau bereitet Sorge

Große Sorgen bereitet der Netzausbau, und zwar mehr noch bei den Verteiler- als den Vertriebsnetzen. Allein an Verteilernetzen betreut die Gruppe 124.000 km. In den kommenden zehn Jahren muss Thüga in den Aus- und Umbau seiner Gas- und Stromnetze 6,7 Milliarden Euro investieren. Da es aber an Investitionsanreizen fehle, ermögliche das bestehende Regulierungsregime keine angemessene Verzinsung der notwendigen Investitionen.

Generell ist man bei Thüga der Meinung, dass für die Energiewende ein neues „Marktdesign" nötig sei, womit wohl ein neues Modell gemeint ist. Die Münchner schlagen vor, dass man bei Investitionen nicht länger vom Energieangebot ausgeht, sondern von der Nachfrage, denn es komme letztlich auf den Kunden an. Im Gegensatz zur bisherigen Förderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) je produzierter Kilowattstunde Strom sollte der Staat Auktionen zum Bau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen durchführen. So ließen sich der Zubau der erneuerbaren Energien und damit die Geschwindigkeit der Energiewende exakt steuern.

Zuschuss wäre sinnvoll

Die Gewinner der zeitlich gestaffelten Auktionen sollten einen Investitionskostenzuschuss zum Bau der Anlagen erhalten. Im Gegenzug müssten sie ihre Produktion zu Grenzkosten auf dem Markt anbieten. So würden auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft jene Anlagen bevorzugt eingesetzt, die in der jeweiligen Situation die niedrigsten variablen Kosten haben. Dies wären in vielen Stunden des Jahres Wind- und Photovoltaikanlagen. Die Anlagenbetreiber würden – bei Marktpreisen unter ihren Grenzkosten – ihre Erzeugung dem Bedarf anpassen.

Entgelt für Betreiber

Da trotz des zunehmenden Ausbaus der Stromerzeugung aus Wind und Sonne aber weiterhin Kraftwerke benötigt werden, die Versorgungssicherheit garantieren, sollen die Betreiber dieser Kraftwerke ein Entgelt für die Bereitstellung von Leistung erhalten. Nur so sei die dauerhafte Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn die Vorhaltung und der Betrieb der konventionellen Kraftwerke sei nicht aus den wenigen Stunden im Jahr zu finanzieren, in denen sie Strom erzeugen (müssen).

Einfuss auf Strompreis

Die Thüga geht davon aus, dass nach ihrem marktorientierten „Design" der Verbraucher bestimmt, welche Leistung für ihn vorzuhalten ist, wenn weder Wind- noch Sonnenstrom zur Verfügung stehen. Auf diese Weise könne der Kunde nicht nur über seinen Verbrauch, sondern auch über die von ihm bestellte Mindestleistung unmittelbaren Einfluss auf die Höhe des Strompreises nehmen. Auf Nachfrage hieß es, dass sich dieses Modell in erster Linie an Großkunden wie Industrie, Handwerk und Gewerbe richte. **dhg.**

Thüga Erneuerbare Energien:

Aufstockung des Windanlagenportfolios

„Wir konnten unser Windparkportfolio nochmal um nahezu 50 % erweitern und liegen nun bei insgesamt 145 Megawatt", so Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben. Die insgesamt 66 Windenergieanlagen der Thüga Erneuerbare Energien - eine Beteiligung von erdgas schwaben - befinden sich in fünf verschiedenen Bundesländern: Brandenburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Zusammen produzieren sie jährlich circa 352 Millionen Kilowattstunden Strom. Bei ihrer Auswahl setzt das Unternehmen auf erprobte Technologien von Enercon, Vestas und REpower.

„Unsere Entscheidung, auf Windkraft vom Festland zu setzen, war richtig. Wir haben heute in unserem Portfolio eine angemessene Rendite-Risiko-Struktur", ist Dietmayer überzeugt. Hinter der Thüga Erneuerbare Energien stehen neben der erdgas schwaben noch weitere 45 kommunale Gesellschafter.

Attraktives Modell

Gestartet ist das Unternehmen mit 17 Gründungsgesellschaftern. Alleine seit Ende 2012 sind neben erdgas schwaben zehn neue Unternehmen dazu gekommen: badenova, Energieversorgung Sylt, Energie Südbayern (über KomEE), Erdgasversorgung Erding, Heizkraftwerk Würzburg, Thüga Energie sowie die Stadtwerke aus Jena, Radolfzell, Reichenbach im Vogtland und Villingen-Schwenningen (über SVS Thüga Beteiligungsgesellschaft).

„Das zeigt, dass dieses Geschäftsmodell für Kommunen interessant ist. Die Versorgung mit erneuerbaren Energien ist eine Jahrhundertaufgabe, die nur gemeinsam, über Bundesländergrenzen hinweg, gelöst werden kann" so Dietmayer. ❐

Erdgas für die bayerische und deutsche Energiezukunft

Von Dr. Thomas Hüwener,
Technischer Geschäftsführer Open Grid Europe GmbH

Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie stehen Wirtschaft und Politik gemeinsam vor der enormen Aufgabe, die Energieversorgung in Deutschland umzustellen und gleichzeitig deren Sicherheit, Bezahlbarkeit und Klimafreundlichkeit zu gewährleisten. Die große Herausforderung liegt hierbei aber nicht bei der Erreichung ambitionierter Zielvorgaben. Vielmehr wird mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien immer klarer, dass ein Energieversorgungssystem, bei dem der Hauptanteil der Energie nachfrageunabhängig erzeugt wird, vor allem technische Grenzen überwinden muss. Innovation und Investitionen gehen deshalb bei der Energiewende Hand in Hand. Bayern hat die Chance, sich hier als innovativer Vorreiter unter den Bundesländern zu positionieren.

Dr. Thomas Hüwener

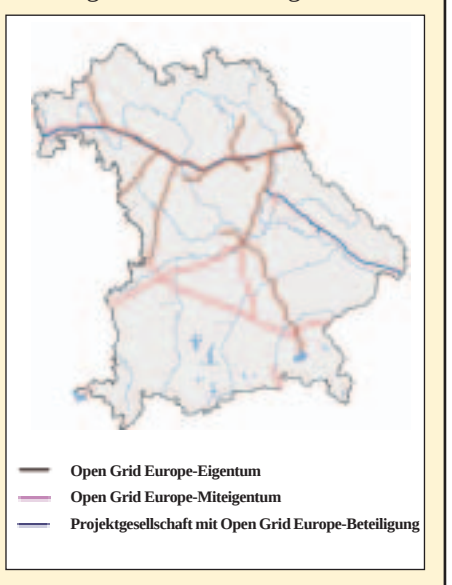
Erdgas ist das Rückgrat der Energiewende

Trotz des massiven Ausbaus der Wind- und Solarkraft wird auf den Energieträger Erdgas langfristig nicht verzichtet werden können. Regenerativ erzeugte Energie zu speichern und bedarfsgerecht den Verbrauchern zuzuführen, ist eine Hürde, die für das Gelingen der Energiewende erst noch genommen werden muss. Erdgas und dem Erdgasnetz kommt hier eine wichtige Funktion zu. Wind- und Sonnenstrom über Elektrolyse und Methanisierung als Synthetisches Erdgas (SNG) ins Erdgasnetz einzuspeisen, ist die vielversprechendste Möglichkeit, diesen Strom längerfristig zu speichern. Auch um den Wegfall von Kernenergie zu kompensieren, kann auf Erdgas auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden. Moderne Gaskraftwerke eignen sich besonders gut zur Ergänzung einer zunehmend auf erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung. Voraussetzung für die Speicherung wie für die schnelle Bereitstellung von Kapazitäten durch Gaskraftwerke ist es, das Erdgasnetz und dessen Leistungsfähigkeit weiter auszubauen.

Ein weiteres Argument spricht für Erdgas: Es ist der umweltfreundlichste fossile Energieträger. Konsequenterweise verzichten seit mehr als 50 Jahren immer mehr Haushalte auf den Einsatz von Heizöl oder Brennkohle. Nicht zuletzt hat der technologische Fortschritt dazu beigetragen, den Wirkungsgrad der erzeugten Wärme zu erhöhen und somit die Energieeffizienz von Erdgas zu verbessern. Der Einsatz von Erdgas gegenüber dem von Kohle oder Heizöl ist somit nicht nur besser für die Umwelt sondern auch besser für die Energiebilanz in den Haushalten.

Bayern als energiepolitisches Vorbild

Das von Ministerpräsident Horst Seehofer, Wirtschaftsminister Martin Zeil und Finanzminister Markus Söder erklärte Ziel, die Energieversorgung im Freistaat zum Modell für die Energiewende zu machen, ist ambitioniert. Tatsächlich hat gerade Bayern das Potenzial, wegen seiner herausragenden Stellung in Deutschland zum Vorbild für die anderen Bundesländer zu werden. Als Wirtschaftsmotor und mit der zweitgrößten Bevölkerung ist das Innovations- und Industrieland Bayern aber auch darauf angewiesen, dass das energiepolitische Zieldreieck einer sicheren, bezahlbaren und umweltverträglichen Energieversorgung Gültigkeit behält. Erfreulich ist, dass der Freistaat die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Erdgasinfrastruktur für eine sichere Energiezukunft erkannt hat und im Konzept „Energie Innovativ" den Willen zum bedarfsgerechten Ausbau des Erdgasnetzes bekundet. Wenn im Jahr 2022 mit dem Kraftwerk Isar II auch der letzte bayerische Meiler vom Netz geht, wird es vor allem Erdgas sein, das als Back-up für die erneuerbaren Energien die Versorgungssicherheit gewährleistet.



Investition und Innovation

Die Schlüsselwörter für den Umbau der bayerischen Energieversorgung lauten Investition und Innovation. Neue Konzepte wie Power-to-Gas und entsprechendes Know-how sichern die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bayern. Innovationen sind aber immer eng verbunden mit Investitionen, nicht nur in die Effizienz von Gaskraftwerken, sondern vor allem in die höchst komplexe Energieinfrastruktur.

So ist im Netzentwicklungsplan Gas 2012 vorgesehen, dass Open Grid Europe zum einen die Leitung zwischen den bayerischen Orten Schwandorf und Arresting mit einer Gesamtlänge von 58 Kilometern und zum anderen die Leitung Arresting-Finsing mit einer Gesamtlänge von etwa 78 Kilometern ausbauen wird.

Diese Maßnahmen wirken sich nicht nur aktuell auf die Verbesserung der Versorgungssicherheit aus, sondern sind vor allem eine Investition in die Zukunft. ❐

Lechwerke AG und Stadt Memmingen:

Neue E-Bike-Ladestation in Betrieb

Die Lechwerke AG und die Stadt Memmingen treiben das Thema Elektromobilität weiter voran und haben jüngst eine neue E-Bike-Ladestation in Betrieb genommen. Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger und Norbert Schürmann, Vorstandsmitglied bei den Lechwerken (LEW), präsentierten die neue Ladestation für Elektrofahrräder am Schrannenplatz, Ecke Kramerstraße. Damit bietet die Stadt nun Pendlern, Schülern und Touristen die Möglichkeit, bis zu drei Elektrofahrräder gleichzeitig aufzuladen. LEW baut mit der Ladestation die Infrastruktur für Elektromobilität in der Region weiter aus.

„Die Stadt Memmingen hat bereits umfangreiche Schritte zur Umsetzung eines integrierten Klimaschutzkonzepts unternommen. Elektromobilität bietet eine neue Perspektive, Klimaschutz aktiv zu betreiben“, erklärte Dr. Ivo Holzinger.

Modernere Stadt

Die Initiative für die neue Ladesäule ging vom Memminger Stadtmarketing aus. „Die Ladestation macht unsere Stadt noch moderner. Jetzt können die Radfahrer in der Memminger Innenstadt Station machen, die Stadt in Ruhe besichtigen und währenddessen die Akkus ihrer E-Bikes aufladen“, sagt Alexandra Störl vom Stadtmarketing Memmingen.

Verbreitung erhöhen

„Wir fördern den bedarfsorientierten Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Vor zwei Jahren haben wir hier in Memmingen, am Westertorplatz, unsere erste öffentliche Ladesäule für Elektroautos in Betrieb genommen“, sagte Norbert Schürmann. „Außerdem engagieren wir uns in zahlreichen Kommunen und in Kooperationen mit Tourismusverbänden und Unternehmen, um die Elektromobilität für Bürger und Touristen attraktiver zu gestalten. Wir wollen die Verbreitung der Technologie hier in der Region erhöhen.“

Unkomplizierte Bedienung

Die neue Ladestation für E-Bikes befindet sich im Zentrum der Stadt Memmingen am Schrannenplatz, Ecke Kramerstraße. Sie ermöglicht durch eine unkomplizierte Bedienung das einfache und sichere Aufladen von drei Elektrofahrrädern gleichzeitig. In drei Ablagefächern können weitere Akkus geladen werden. Dabei sind sowohl die Akkus als auch die angeschlossenen Fahrräder vor Diebstahl geschützt.

Kooperation

Auch wer noch kein eigenes E-Bike besitzt, kann in Memmingen elektrisch unterstützt radeln. Seit 2012 kooperiert das Cineplex in Memmingen mit den Lechwerken und bietet vier E-Bikes zum Verleih an. Bei den Fahrrädern handelt es sich um zwei Modelle vom Typ „LEW City E-Bike“ sowie zwei der Marke „Bergziege“. Die E-Bikes können unter folgendem Kontakt reserviert und abgeholt werden: Fraunhoferstraße 21, 87700 Memmingen, Tel.: 08331/9745022, E-Mail: memmingen@cineplex.de

Ein E-Bike kostet am ersten Tag 20 Euro, für jeden weiteren Tag werden 10 Euro berechnet.

Die Lechwerke haben verschiedene Elektroautos in ihrem Fuhrpark und betreiben derzeit rund 20 öffentlich zugängliche Ladesäulen in ihrem Netzgebiet. Außerdem haben Fahrer von Elektroautos über den Verbund „Ich tanke Strom“ den Zugang zu mehr als 70 Autoladesäulen in der gesamten Region Bayerisch-Schwaben. ❐

Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger (r.) und Norbert Schürmann, Vorstandsmitglied bei den Lechwerken (LEW), präsentierten die neue Ladestation für Elektrofahrräder am Schrannenplatz, Ecke Kramerstraße. Bild: LEW/Sanz

Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG:

Fluss-Sanierung mit Energienutzung

Die vorgestellten Ideen eines Naturpark Salzachauen bestätigen die Richtigkeit des Weges der Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG (ÖBK). Ihr Vorschlag der Fluss-Sanierung mit Energienutzung stellt die Schutzgüter Salzach und Auen in den Mittelpunkt.

Die Auen wurden als feuchte Auen unter Schutz gestellt. Die ebenfalls unter Schutz stehende Salzach tieft sich jedoch immer stärker ein. Dies lässt den Grundwasserspiegel absinken, was zur Austrocknung und Umwandlung der Auen führt: Die typisch feuchten Auen wandeln sich in trockene Auen um, was den Verlust einer typischen Fauna und Flora zur Folge hat.

Umgang mit Schutzgütern

Die Sanierung der Salzach im Freilassinger Becken sowie die Rettung der feuchten Auen können nur durch Eingriffe des Menschen erfolgen. Das bedeutet, dass jedenfalls schwere Geräte zum Einsatz kommen werden und Baumaßnahmen ausgeführt werden müssen. Dabei ist die Entscheidung zu treffen, wie mit den Schutzgütern Salzach und Auen umgegangen wird: Soll das eine zu Lasten des anderen bevorzugt werden?

Die Fluss-Sanierung mit Energienutzung respektiert beide Schutzgüter - Salzach und Auen - gleichermaßen. Andere diskutierte Vorschläge würden - wie bereits umgesetzte Maßnahmen zeigen - unweigerlich zum Verlust von Auwaldflächen führen, die unter Schutz stehen.

Wertvolle Salzach und Auen

Die Idee eines Naturparks Salzachauen an der Unteren Salzach im Freilassinger Becken unterstreicht den Wert von Salzach und Auen. Mit der Fluss-Sanierung mit Energienutzung wird die Salzach saniert, die Sohle stabilisiert und der Wasserspiegel an ein ursprüngliches Niveau angenähert. Dies fördert die Entwicklungsmöglichkeiten des gesamten Naturraums, indem wieder Wasser in die Auen gelangen kann.

Die vorgesehene Salzach-Querung für Radfahrer und Fußgänger würde das Ziel eines für Menschen erlebbaren Naturparks Salzachauen zusätzlich unterstützen, folglich für Mensch, Tier und Naturlandschaft den Zustand nachhaltig verbessern und einen einzigartigen Erholungsraum sichern.

Aktuelle und umfassende Informationen zum Wasserkraftwerkskonzept im Freilassinger Becken: www.untere-salzach.eu/uploads/media/20130503_UntereSalzachGESAMT-01-FB.PDF ❐

N-ERGIE Jahresabschluss 2012:

Herausforderndes Geschäftsjahr

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2012 mit einem Konzernumsatz von 2.587,1 Mio. Euro (Vj.: 2.524,8 Mio. Euro) in einem wettbewerbsintensiven Umfeld gut behauptet und dabei die Energiewende aktiv mitgestaltet.

An die Städtische Werke Nürnberg GmbH (StWN) konnte eine Dividende von 54,4 Mio. Euro (Vj.: 52,7 Mio. Euro) abgeführt werden. Die Thüga Aktiengesellschaft erhält als außenstehender Aktionär eine Ausgleichszahlung in Höhe von 28,0 Mio. Euro (Vj.: 33,7 Mio. Euro). Insbesondere aufgrund der finanziellen Belastungen aus dem Gemeinschaftskraftwerk Irsching 5 konnte jedoch lediglich ein Konzernjahresüberschuss von 6,0 Mio. Euro (Vj.: 24,2 Mio. Euro) erwirtschaftet werden.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 2.587,1 Mio. Euro stammten zu 97,4 Prozent aus dem Energie- und Wassergeschäft. Der Stromabsatz stieg im Berichtsjahr um 10,1 Prozent auf 11,01 Mrd. Kilowattstunden (kWh). Die N-ERGIE erwirtschaftet mehr als 50 Prozent ihres Stromumsatzes außerhalb ihres Netzgebietes. Der Erdgasabsatz erhöhte sich um 8,4 Prozent auf 6,38 Mrd. Kilowattstunden (kWh). Dies war vor allem durch niedrigere Temperaturen gegenüber dem Vorjahr sowie durch Kundengewinne im Key-Account-Segment bedingt.

Der Absatz von Fernwärme stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent auf 1,15 Mrd. kWh. Der Wasserabsatz nahm um 2,9 Prozent zu und lag damit bei 31,2 Mio. Kubikmetern.

Der Materialaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,7 Prozent auf 2,24 Mrd. Euro. Ausschlaggebend hierfür waren die gestiegenen Gasbezugskosten, der höhere Aufwand für die Einsatzstoffe der Wärmeerzeugung, die Zunahme der EEG-Einspeisung, die erhöhten Fremdleistungen sowie gestiegene Netznutzungsentgelte.

Das Finanzergebnis weist einen Fehlbetrag von 14,0 Mio. Euro aus und ging gegenüber dem Vorjahr um 42,1 Mio. Euro zurück. Ursachen hierfür waren vor allem die Abschreibungen auf Finanzanlagen, geringere Beteiligungserträge sowie das aufgrund höherer Zinsaufwendungen für Bankdarlehen und geringerer Zinserträge um 17,9 Prozent niedrigere Zinsergebnis.

Das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit der N-ERGIE reduzierte sich von 129,1 Mio. Euro auf 98,0 Mio. Euro. Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 82,6 Mio. Euro bzw. 4,1 Prozent auf 2.101,9 Mio. Euro.

Richtungsweisend für die strategische Ausrichtung der N-ERGIE war, ist und bleibt die Energiewende. Das Engagement im Bereich der erneuerbaren Energien wurde 2012 über die Tochtergesellschaft N-ERGIE Regenerativ GmbH fortgesetzt. Das derzeitige regenerative Erzeugungsvolumen beträgt rund 44 Megawatt (MW). Gemeinsam mit der Stadtwerke Schwabach GmbH, der infra fürth gmbh, der Flemma GmbH & Co. KG sowie der Gemeinde Illschwang begann die N-ERGIE den Bau von fünf Windrädern bei Illschwang. Im Juli 2012 weihte die N-ERGIE das Biomasse-Heizkraftwerk am Standort Nürnberg-Sandreuth ein.

In das Netz der N-ERGIE speisen inzwischen mehr als 40.000 EEG-Anlagen ein. Um die zunehmenden und schwankenden Strom mengen aus regenerativen Erzeugungsanlagen aufnehmen zu können, investierte die N-ERGIE in den vergangenen Jahren rund 15,0 Mio. Euro jährlich in das Stromnetz. In Zukunft steht insbesondere auch die 110 kV-Netzerweiterung mit dem Bau neuer Leitungen und Umspannwerke im Vordergrund.

Im Bereich der erneuerbaren Energien wird die 2011 begonnene verstärkte Investitionstätigkeit fortgesetzt. Der Investitionsfokus liegt dabei in der Region und zwar primär im Bereich Windenergie sowie in zweiter Priorität im Bereich Photovoltaik. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie von allen Akteuren mitgetragen wird. Kooperationen und der Ausbau von Partnerschaften bilden deshalb einen Schwerpunkt in den Aktivitäten der N-ERGIE. Das Unternehmen arbeitet sehr eng mit den Kommunen in der Region zusammen. Investitionsprojekte setzt die N-ERGIE zunehmend in Form von Kooperationen um und bezieht die Menschen vor Ort über Bürgerbeteiligungsmodelle mit ein.

Zudem plant die N-ERGIE, im Herbst 2013 mit dem Bau eines Wärmespeichers zu beginnen, der die Einsatzmöglichkeiten des bestehenden Kraftwerks weiter flexibilisieren und so einen Beitrag zur sinnvollen Nutzung von erneuerbaren Energien leisten soll. Der Wärmespeicher wird für eine jährliche Einsparung von 40.000 Tonnen CO2-Ausstoß sorgen. ❐

Rahmenvertrag mit der Diözese Augsburg

Katholische Kirche setzt weiter auf klimaschonendes Erdgas

Das Bistum Augsburg setzt weiter auf Erdgas als klimaschonenden Energieträger. Die Diözese mit 1001 Pfarreien umfasst nahezu den ganzen bayerischen Regierungsbezirk Schwaben, aber auch Teile östlich des Lechs sowie Gebiete im westlichen Mittelfranken. In allen Dekanaten besitzt die Diözese Immobilien, die mit Erdgas versorgt werden. Insgesamt bezieht die Diözese über rund 430 Hausanschlüsse den umweltschonenden Energieträger, davon ca. 350 im Netzgebiet von erdgas schwaben, rund 70 bei Erdgas Kempten Oberallgäu (EKO) und knapp 10 bei Erdgas Allgäu Ost (EAO).

Mitte April konnte der Vertrag unterzeichnet werden. Mit der Augsburger Diözese hat erdgas schwaben einen der größten Rahmenverträge geschlossen - seit 2002 sind darin alle Einzelanlagen der katholischen Kirche in Schwaben gebündelt. Sie werden von erdgas schwaben, EKO und EAO mit klimaschonendem Erdgas versorgt. „Die Entscheidung der Diözese ist ein Bekenntnis zum Klimaschutz: Erdgas als klimaschonendster fossiler Energieträger spielt eine entscheidende Rolle bei der Energiewende – als Partner der Erneuerbaren Energien“, ist Vertriebsleiter Jens Dammer überzeugt. CO2 einsparen heißt Gottes Schöpfung bewahren. ❐

Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben (l.) gemeinsam mit Dr. Marcel Huber, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit. ❐

erdgas schwaben-Jubiläumsveranstaltung:

„Von der Gasfabrik zum Partner der Energiewende“

150 Jahre Gasversorgung in Donauwörth

Die Stadt Donauwörth und erdgas schwaben verbindet eine lange gemeinsame Geschichte. Entsprechend feierte erdgas schwaben das 150. Jubiläum der Gasversorgung in Donauwörth als Teil der Stadtgesellschaft Donauwörth. Beim Festakt im Tanzhaus machte Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, vor rund 200 geladenen Gästen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Medien klar: „Erdgas ist unsere Zukunftsenergie. 150 Jahre Gasversorgung in der Großen Kreisstadt sind der Auftrag für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung zu sorgen. Diese Verantwortung übernehmen wir.“

„Die Stadt Donauwörth“, hob Oberbürgermeister Armin Neudert in seiner Festrede hervor, „sieht in erdgas schwaben einen zuverlässigen Partner und einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor.“ Mittlerweile werden nahezu alle Gebäude der Stadt Donauwörth mit umweltschonendem Erdgas beheizt. Städtische Baugebieten werden schon seit Jahrzehnten mit Erdgasanschlüssen ausgestattet. „erdgas schwaben wird dem Anspruch einer sicheren Versorgung mit ihrem langjährigen Engagement und ihren motivierten, kompetenten Mitarbeitern stets gerecht“, ergänzt Neudert.

„Energie-Vollsortimenter“

Anfangs noch reiner Erdgas-Anbieter, sieht sich Dietmayer heute als „Energie-Vollsortimenter“: „Wir bieten neben Erdgas auch Bio-Erdgas an, neben Strom auch Bio-Strom und Contracting für Gewerbe und Industrie.“ Bei den erdgas schwaben-Tankstellenpartnern kann 100% Bio-Erdgas für nahezu CO2-neutrales Autofahren getankt werden. Auf diesem Gebiet ist erdgas schwaben Pionier in Deutschland, überhaupt zählt der Regionalversorger zu den führenden Bio-Erdgas-Produzenten Deutschlands.

Moderner Industriestandort

Dr. Marcel Huber, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, wies in seinem Grußwort darauf hin, dass erdgas schwaben wesentlichen Anteil am Aufbau Nordschwabens zum modernen Industriestandort hat. Huber betont die Rolle der klimaschonenden Energieträgers auch für die Zukunft: „Erdgas bleibt auch in den kommenden Jahren ein unverzichtbarer Energieträger auf dem Weg hin zu einem Zeitalter erneuerbarer Energien.“

Impulsgeber Erdgas

Erdgas wird auf lange Sicht Impulsgeber für weitere zukunftsweisende Entwicklungen bleiben, davon ist Dietmayer überzeugt. Die erdgas schwaben-MitarbeiterInnen arbeiten täglich weiter an einer nachhaltigen, ökologischen und zukunftsweisenden Energiepolitik, bei der Mensch und Region immer im Mittelpunkt stehen. Auch Donauwörth ist sich seiner Verantwortung für Umwelt und Klima bewusst. Die Stadt ist mit ihrem Umweltprogramm seit 1986 ein Akteur der ersten Stunde im kommunalen Umweltschutz. Seit 2007 nimmt Donauwörth am „European Energy Award“, einem Zertifizierungsprogramm für Energie- und Klimaschutzpolitik von Kommunen, teil und hat sich erfolgreich als „Umwelt- und Energiestadt“ positioniert. Ende 2012 hat sich die Große Kreisstadt entschlossen, den Weg mit erdgas schwaben weiter zu gehen. Ausschlaggebend war dabei nicht nur die gute Erfahrung aus der Vergangenheit, sondern auch der Wille, die Zukunft der Menschen in der Region Hand in Hand positiv zu gestalten.

Der TV-Beitrag zur Jubiläumsveranstaltung findet sich auf Youtube unter der URL: http://youtu.be/6OmCvCHfMFQ

Ein Blockheizkraftwerk von erdgas schwaben. ❐

Moderne Erdgastechnik und Bio-Erdgas

Energie sparen und die Umwelt schonen.

Moderne Erdgastechnik ist hocheffizient und senkt langfristig den Energieverbrauch. Das schont Ressourcen, entlastet die Umwelt und reduziert die Energiekosten.

Kochen, Wäsche trocknen, Strom erzeugen, Autofahren, ... Erdgas kann viel mehr als Heizen und kommt bequem nach Hause, auch in Bio-Qualität. Aktuell beliefert erdgas schwaben über ein Erdgasnetz von ca. 6.000 km Groß- und Privatkunden in 185 Städten und Gemeinden in Bayerisch-Schwaben mit Energie.

Bio-Energie aus der Region für die Region

erdgas schwaben fördert den Einsatz hocheffizienter Technik und den Ausbau erneuerbarer Energien. Der Wunsch nach sauberer Energie ist da. In 4 regionalen Anlagen wird dem entsprochen und aus heimischen Roh- oder Reststoffen 100 % umweltschonendes Bio-Erdgas für Bayerisch-Schwaben produziert. Das schafft mehr Unabhängigkeit vom Rohöl und hält die Wertschöpfung im Land.

Bio-Erdgas ist CO2-neutral und kann Erdgas 1:1 ersetzen.

Strom und Wärme dezentral erzeugen, selber, zuhause. Effizienter geht es derzeit nicht!

Mit einem Blockheizkraftwerk (BHKW) werden Konsumenten zu Produzenten. Die kleinen Kraftwerke für Strom und Wärme sind die größten Energiesparer! Ob im Privathaushalt oder Gewerbebetrieb, mit Kraft-Wärme-Kopplung wird Energie optimal genutzt. Denn kompakte erdgasbetriebene BHKWs ermöglichen eine maximal effiziente Strom- und Wärmeerzeugung vor Ort.

Vernetzung

Ideal, weil besonders umweltschonend, ist die Kombi BHKW und Bio-Erdgas. Sie macht die CO2-Bilanz der Heizung sogar negativ!

Für eine regionale nachhaltige Energieerzeugung und -versorgung erprobt erdgas schwaben die Vernetzung zahlreicher kleiner BHKWs zu einem „virtuellen Kraftwerk“. Mit diesem Projekt „Schwabenkraftwerk“ hat die Zukunft schon begonnen. Eine von erdgas schwaben in Auftrag gegebene Untersuchung ergab: Wäre in jedem dritten Haus in Bayern ein BHKW installiert, könnte eine Stromleistung bereitgestellt werden, die drei Isar-1-Reaktoren ersetzt.

Weitere Informationen unter: www.erdgas-schwaben.de ❐

Energie interaktiv erleben

Interaktive Energie-Ausstellung von erdgas schwaben feiert Premiere

Großer Andrang in der Galerie im 1. Stock der Sparkasse Nördlingen: Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, eröffnete gemeinsam mit Wolfgang Winter, Vorstand der Sparkasse Nördlingen, die interaktive Ausstellung „100 Jahre Gasversorgung – 100 Jahre Innovation“.

„Bei der Kooperation für die Ausstellung treffen zwei Dienstleister für die Region zusammen, die sich beide durch nachhaltiges Denken und Handeln auszeichnen“, so Winter, „daher war es keine Frage, dass wir unsere Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.“

Energiewissen für Groß und Klein

Oberbürgermeister Hermann Faul zeigte sich vom Konzept der Ausstellung begeistert: „So stellt man sich eine Ausstellung nicht vor – wer Texttafeln erwartet, wird hier, wie ich, wirklich positiv überrascht. An den Stationen möchte ich gleich selbst mein Talent beweisen.“ Gesagt, getan. Nicht nur der Oberbürgermeister, sondern auch Alt-OB Paul Kling, Stadträte, Kunden und weitere Gäste ließen ihrem Spieltrieb freien Lauf und testeten an den multimedialen Modulen ihr Energiewissen.

Spielerische Ansprache von Groß und Klein

Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, freute sich über das Lob: „Mit unserer Ausstellung sprechen wir eine breite Zielgruppe an – sie zeigt die Geschichte der Gasversorgung und die Bandbreite des Einsatzes von klimaschonendem Erdgas. Und das ganz spielerisch – für Groß und Klein. Das kommt an.“

Lange Zusammenarbeit als verlässliche Partner

In Nördlingen ist die Ausstellung im Jubiläumsjahr zu Besuch. Die Stadt blickt auf 150 Jahre Gasversorgung zurück. 1863 ging das Gaswerk in Nördlingen in Betrieb.

OB Faul hob die lange Zusammenarbeit mit erdgas schwaben als verlässlichem Partner hervor: „erdgas schwaben investiert nachhaltig in die Zukunft und geht innovative Wege – wie auch diese Ausstellung beweist.“ ❐

LEW Innovationspreis für Unternehmen und Kommunen

Der Einsendeschluss naht: Noch bis 15. Juni können sich Unternehmen aus Industrie und Handwerk, Gewerbetreibende und Kommunen aus Bayerisch-Schwaben, dem Allgäu und den angrenzenden Gebieten in Oberbayern und Baden-Württemberg für den LEW Innovationspreis Klima und Energie bewerben. Im Rahmen des mit insgesamt 45.000 Euro dotierten Wettbewerbs zeichnen die Lechwerke Projekte aus, die nachhaltig zum Klimaschutz und zu mehr Energieeffizienz beitragen.

Eingereicht werden können Projekte oder Maßnahmen, die:
- bei den jeweiligen Unternehmen oder Kommunen einen Beitrag zum Klimaschutz oder zur Energieeffizienz leisten,
- bereits realisiert sind oder kurz vor dem Abschluss stehen,
- einen nachhaltigen und innovativen Ansatz verfolgen,
- und beispielgebend für andere Unternehmen oder Kommunen sein können.

Insgesamt 45.000 Euro Preisgeld

Eine Jury wählt die drei Siegerprojekte aus, die mit Preisgeldern in Höhe von 25.000, 15.000 und 5.000 Euro ausgezeichnet werden. Die Preisverleihung findet im Herbst statt. Als Partner und Jurymitglieder unterstützen den Wettbewerb die Industrie- und Handelskammer Schwaben, die Handwerkskammer für Schwaben, die Universität sowie die Hochschule Augsburg, der Bayerische Gemeindetag und die Mediengruppe Pressedruck.

Die Teilnahmeunterlagen und ausführliche Informationen gibt es unter: www.lew.de/innovationspreis ❐

Großes Interesse an ökologischem Bürgerbeteiligungsmodell

Windpark Bayerischer Odenwald von Green City Energy zu über 50 Prozent gezeichnet

Am 5. März erfolgte der erste Spatenstich zum Bau des Windparks Bayerischer Odenwald, des ersten reinen Bürgerwindparks von Green City Energy, die Emission des ökologischen Beteiligungsangebotes startete bereits Ende Januar. Inzwischen wurden von 230 Anlegern mit rund 3,5 Mio. Euro bereits über 50 Prozent des Kommanditkapitals gezeichnet. Diese profitieren von einer gesetzlich gesicherten Vergütung und einer prognostizierten jährlichen Durchschnittsausschüttung von 6,5 Prozent. Eine Beteiligung ist ab einer Mindesteinlage von 10.000 Euro möglich, Bürger aus der Region können sich jedoch schon ab 2.000 Euro beteiligen. Green City Energy rechnet mit einer vorzeitigen Schließung des Fonds, Interessenten können sich jetzt für Informationsveranstaltungen anmelden.

Nicht nur die Türme wachsen auf der Baustelle des Windparks Bayerischer Odenwald kontinuierlich, auch der Platzierungsverlauf ist erfreulich – rund 230 Anlegerinnen und Anleger haben sich bislang mit rund 3,5 Mio. Euro an dem Windpark beteiligt. „Der Zeichnungstand von über 50 % zeigt, wie groß das Interesse an unserem ersten reinen Bürgerwindpark ist“, so Marina Dietweger, Bereichsleiterin ökologische Geldanlagen bei Green City Energy.

Planungssicherheit

Das Interesse hat in den letzten Wochen noch deutlich zugenommen, die Gründe liegen für Marina Dietweger auf der Hand: „Die Strompreisbremse ist endgültig vom Tisch und es besteht jetzt endgültig Planungssicherheit für eine Investitionsentscheidung.“ Insbesondere für den Windpark Bayerischer Odenwald ist die Einspeisevergütung von 9,27 ct/kWh bei einer Inbetriebnahme der Anlagen in 2013 gesichert. Mit der Inbetriebnahme der Anlagen ist spätestens im Oktober zu rechnen. „Der Windpark Bayerischer Odenwald ist im Bau und das Darlehen der finanzierenden Bank bereits ausbezahlt, das sind für viele Interessenten starke Argumente für eine Beteiligung.“

Rascher Baufortschritt: – Der Turmbau hat bereits begonnen

Die Entwicklung der Baustelle seit dem ersten Spatenstich und der Errichtung der Bautafeln Anfang März ist erfreulich. Trotz der lange andauernden winterlichen Witterung konnten die vorbereitenden Bodenarbeiten für die Fundamente, die Kranstellflächen und die Zuwegung zu den Anlagenstandorten fristgerecht abgeschlossen werden. „Damit haben wir im wahrsten Sinne des Wortes die Grundlage für einen zügigen Baufortschritt gelegt“, so Bauleiter Sebastian Wolff.

Gemäß Bauzeitenplan sollte der Turmbau für die ersten zwei der fünf Windenergieanlagen den Typs Nordex N117 in der dritten Mai-Woche beginnen. Die Schwerlasttransporte rollen jedoch bereits seit 30. April, womit die Baustelle drei Wochen vor der ursprünglichen Planung liegt. Ab jetzt wachsen die Hybrid-Türme der fünf Anlagen Schritt für Schritt auf 140 Meter an. Die sogenannte „Hochzeit“, also das Anheben der ca. 60 Tonnen schweren Gondel und des Rotorsterns auf den Turm, soll gemäß Bauzeitenplan im September stattfinden. ❐

Bayerischen Energieagentur Energie Innovativ:

Netzausbau ist Kernthema

Zeil: „Ausbau der Stromnetze ist Schlüssel für erfolgreichen Energieumstieg“

Der Netzausbau ist ein zentrales Thema für die Bayerische Energieagentur Energie Innovativ. Daher fand auch eine Beiratssitzung in der Netzleitstelle Dachau der TenneT TSO GmbH statt. „Der Ausbau der Stromnetze ist der Schlüssel für den erfolgreichen Energieumstieg und sowohl auf überregionaler Ebene, wie bei der Thüringer Strombrücke, als auch regional zwingend erforderlich“, unterstrich Bayerns Energie- und Wirtschaftsminister Martin Zeil. Martin Fuchs, Vorsitzender der Geschäftsführung der TenneT TSO GmbH, ergänzte: „Der Netzausbau bestimmt das Tempo der Energiewende.“

Aufgrund des raschen Ausbaus volatiler Leistung, insbesondere durch den Zubau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen, hat sich die Rolle der Stromnetze grundlegend geändert. Sie bringen den Strom nicht mehr nur von wenigen Großkraftwerken zu den Verbrauchszentren, sondern nehmen ihn von mehreren hunderttausend Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien auf und leiten ihn zu den Verbrauchern. Vor allem das Hochspannungsnetz Bayerns muss so ausgebaut werden, dass es den Strom aus Wind und Sonne einem überregionalen Ausgleich zuführen kann.

Immer mehr Eingriffe

Als Folge der Energiewende sind immer mehr Eingriffe der Übertragungsnetzbetreiber notwendig. Das gesamte System muss stabil gehalten werden, auch wenn Sonne und Wind zu viel oder zu wenig Strom liefern. Alleine im vergangenen Jahr musste die TenneT TSO GmbH in ihrem Gesamtnetz fast tausend Mal eingreifen, damit das Stromnetz zuverlässig funktionierte. Zum Vergleich: In der Vergangenheit gab es Jahre, in denen nur zwei Eingriffe erforderlich waren.

„Der Freistaat Bayern packt die Probleme an“, betonte Zeil. Die Bayerische Energieagentur Energie Innovativ wurde von der Staatsregierung beauftragt, eine Verteilnetzstudie mit Partnern zu erstellen, die den Umfang des Verteilnetzausbaubedarfs in Bayern bis 2022 quantifiziert. Die Studie wird im Sommer vorliegen.

Zudem präsentierte die Agentur bei der Beiratssitzung einen Vorschlag zur zeitlichen und räumlichen Clusterung von Erneuerbare-Energie-Anlagen. Ziel ist, Photovoltaik- und Windkraftanlagen auf geeigneten Standorten zu konzentrieren. Damit können Aufwand und Kosten für die Einbindung der Anlagen in das Stromnetz minimiert sowie der Ausbaubedarf der Stromnetze reduziert werden. Geringere Netzausbaukosten kommen allen Stromkunden durch niedrigere Strompreise zugute. Das Papier ist auf der Website von Energie Innovativ veröffentlicht.

Die Agentur bereitet zudem den ‚Bayerischen Netzausbaupakt‘ vor, der die Errichtung von Stromleitungen erleichtern soll. Die enge Zusammenarbeit von Energiewirtschaft, Behörden und Trägern öffentlicher Belange wird Leitungsbauvorhaben beschleunigen.

Energie Innovativ wurde von der Staatsregierung im August 2011 gegründet, um den Umbau der Energieversorgung in Bayern zu begleiten und aktiv voran zu treiben. Sie ist hierfür die zentrale Koordinierungs- und Monitoring-Stelle. Ein Beirat hat den Auftrag, die Agentur bei ihren Tätigkeiten zu beraten. In diesem Gremium sind die kommunalen Spitzenverbände, die Energiewirtschaft, die bayerische Wirtschaft sowie zahlreiche gesellschaftliche Gruppierungen vertreten. Weitere Informationen zu Energie Innovativ sind online unter www.energie-innovativ.de zu finden. ❐

EU-Gipfel zu bezahlbaren Energiepreisen:

Energieminister Zeil begrüßt Beschlüsse

Zeil: „Energiepolitik ist Wirtschaftspolitik“

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Martin Zeil kommentierte die jüngste Sitzung des Europäischen Rates in Brüssel, auf der die Energiepolitik ein Schwerpunktthema war. „Energiepolitik ist Wirtschaftspolitik. Zu Recht stellt der EU-Gipfel eine sichere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen in den Mittelpunkt seiner Beratungen. Denn davon hängen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und der Erhalt der Industriearbeitsplätze ab, auch in Bayern“, erklärte Zeil.

„Eine sichere Energieversorgung ist nicht das Ergebnis von wohlfeilen politischen Zieldefinitionen, sondern von Investitionen – in Netze, Kraftwerke, Erneuerbare-Energien-Anlagen und Energieeffizienz. Und eine bezahlbare Energieversorgung hängt gerade in Deutschland davon ab, dass der Staat Maß hält bei Steuern, Abgaben und Umlagen, die die Energiepreise belasten“, fügte Zeil hinzu.

Größtmögliches Tempo

Der Wirtschaftsminister forderte die Bundespolitik auf, ernst zu nehmen, was ihr EU-Energiekommissar Günther Oettinger ins Stammbuch schreibt. „Wir brauchen größtmögliches Tempo beim Strom- und Gasnetzausbau. Wir brauchen neue Regeln für den Strommarkt, damit Investitionen in Gaskraftwerke wieder rentabel werden. Und wir benötigen eine grundlegende Reform des Fördersystems für erneuerbare Energien, damit die Preisspirale gestoppt wird“, unterstreicht Zeil. Die Forderung des EU-Gipfels nach mehr Kosteneffizienz und Marktintegration der erneuerbaren Energien sei berechtigt, ihre Umsetzung in Deutschland überfällig. ❐

Energiewende gemeinsam mit den Menschen gestalten

Seminar zu Bürgerenergieprojekten in der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL)

Wie die Nahrungsmittel, so kommt zukünftig auch die Energie „vom Land“. In Energiekonzepten planen die Kommunen „ihre Energiewende“ mit allen Chancen und Herausforderungen. Der Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung ist, dass die Bürger von Anfang an bei Energieprojekten mit ins Boot geholt werden. Rund 25 Teilnehmer aus ganz Südbayern, darunter Bürgermeister, Mitarbeiter der kommunalen Verwaltung oder der Ämter für Ländliche Entwicklung informieren sich bei dem Seminar in der (SDL) über erfolgreiche Konzepte zur Einbindung der Bürger bei der Stromerzeugung aus Wind, Sonne oder Biomasse und der Verteilung von Abwärme in Nahwärmenetzen.

Die SDL informiert und qualifiziert Kommunalpolitiker, damit Entscheidungen kompetent getroffen werden, sagte Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL.

Leonhard Rill vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, begrüßte die Teilnehmer mit den Worten “Wir müssen die Menschen bei der Energiewende mit ins Boot holen“. Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung unterstützt Bürgerbeteiligungsprozesse, fördert Energiekonzepte, berät Gemeinden und koordiniert Baumaßnahmen in den Verfahren, so Rill.

Transparente Gestaltung

Auftakt der Veranstaltung war die Vorstellung der Dorfenergiegenossenschaft Eppishausen. Vorstand Hermann Kerler berichtete über die Gründung und die erfolgreiche Umsetzung der genossenschaftlichen Freiflächenphotovoltaikanlagen. Sein Resümee „ Über Projekte wird Zusammenarbeit möglich“ sowohl zwischen den Ortsteilen als auch Interkommunal. Man muss jedoch in der Lage sein, den Prozess transparent zu gestalten und die Menschen zu identifizieren, die ihre Fachkompetenz vor Ort einbringen.

Menschen mitnehmen

In den folgenden Fachvorträgen zeigten Dr. Andreas Gaß vom Bayerischen Gemeindetag und Max Riedl vom Genossenschaftsverband Bayern den Weg zu Bürgerenergieunternehmen auf. Gunnar Gantzhorn und Robert Spanheimer von der Agrokraft GmbH, einer Tochter des Bayerischen Bauernverbands und des Maschinenrings Rhön-Grabfeld legten in ihren Ausführungen dar, wie wichtig es ist, dass die Menschen bei der lokalen Energiewende mitgenommen werden. Energiegenossenschaften seien ein Weg, die Unterstützung für neue Anlagen zu sichern und die Wertschöpfung vor Ort zu halten.

Konkrete Vorhaben

Am Nachmittag wurde es ganz konkret: Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit vorab die Skizze eines konkreten Vorhabens, wie einen Bürgerwindpark oder ein Nahwärmenetz, einzureichen. In zwei Arbeitsgruppen wurde eine Auswahl der Ideen für Bürgerenergieprojekte auf ihre Umsetzbarkeit hin analysiert und ein Fahrplan entworfen. „Ich gehe motiviert mit viel Information und jede Menge Tipps nach Hause“, so ein Teilnehmer. **Weitere Informationen unter : www.sdl-inform.de** ❐

MR Leonhard Rill, Bayerisches Staatministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Abteilung Ländliche Entwicklung während seines Vortrags. ❐

LEW

ENERGIE. EFFIZIENT. LEW.

„Ich freu’ mich über jeden Straßenbeleuchtungs-Auftrag für die LEW-Gruppe, weil ich gern draußen arbeite. Wenn wir so moderne, sparsame LED-Leuchten montieren dürfen, tun wir der Kommune und der Natur was Gutes.“

Werner Klimek, Netzmonteur bei der LEW Verteilnetz GmbH (LVN)

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

LEW Lechwerke · LEW Netzservice · LEW Service & Consulting · LEW TelNet · BEW Bayerische Elektrizitätswerke · EWL Elektrizitätswerk Landsberg · LVN

www.lew.de

Noch mehr H2Ö für Deutschland:

Volle VERBUND-Wasserkraft voraus!

VERBUND, Österreichs führendes Stromunternehmen, ist seit wenigen Wochen Bayerns größter Wasserkrafterzeuger. Mit dem kürzlichen Closing der Transaktion, nachdem alle kartellrechtlichen sowie sonstigen regulatorischen Freigaben erfolgt waren, hat VERBUND die Anteile an acht Wasserkraftwerken an Inn und Donau von der deutschen E.ON übernommen. Mit insgesamt 21 Laufwasserkraftwerken erzeugt nun VERBUND jährlich rund 4 Mrd. Kilowattstunden Strom in Deutschland, das entspricht dem Jahresverbrauch von rund 1,2 Mio. Privathaushalten. Beim Pressefrühstück in München informierte der Vorstandsvorsitzende der VERBUND AG, Wolfgang Anzengruber, persönlich über die Bedeutung des deutschen Strommarkts für VERBUND, seine Stellung zur Energiewende und -politik und welche Möglichkeiten sich für die Stromversorgung ergeben.

„Wir konzentrieren uns klar auf Wasserkraft, Mehrheitsbeteiligungen und auf unsere wichtigsten Märkte Deutschland und Österreich. Diese Transaktion stärkt unsere Position als einer der führenden Wasserkrafterzeuger Europas. Wir steigern damit unter anderem unsere Stromerzeugung aus Laufwasserkraftwerken um 9 %.

Konzentration auf Kernkompetenz

„Wasserkraft ist unsere DNA und bleibt unsere DNA“, so Anzengruber. „Es gibt kaum ein zweites Stromunternehmen in Europa, das in diesem Ausmaß mit der Wasserkraft als Technologie ‚verheiratet‘ ist. Es ist – vor dem Hintergrund der heutigen wirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen – die strategisch richtige Entscheidung, sich auf diese Kernkompetenz zu konzentrieren.“

Europas Energiewirtschaft befindet sich in einem grundlegenden Wandel. Dazu kommen die derzeit unsicheren Rahmenbedingungen der europäischen wie der globalen Wirtschaft, die keine Branche unberührt lassen.

Mit Augenmaß

„Die Energiewende braucht Augenmaß und ganzheitliche Betrachtung“, erläutert Anzengruber. „Wir brauchen eine bessere Koordination der Energiewende in der Europäischen Union. Die Länder müssen enger mit ihren Pumpspeichern kooperieren, z.B. Österreich, Deutschland, Schweiz. Wir müssen einen funktionierenden gemeinsamen Strombinnenmarkt schaffen – eine zentrale Zielsetzung der europäischen Energiepolitik. Sie muss nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung gewährleisten“, betont der Wasserkraftspezialist.

Leistbarer Strom

Deutschland als größte Volkswirtschaft Europas nehme dabei eine bedeutende Rolle ein. Dabei soll in Energieinfrastrukturen investiert werden, die Energieeffizienz gesteigert werden. Anzengruber betonte aber, dass Strom leistbar und umweltverträglich sein und bleiben muss.

Der Energiemarkt müsse „neu“ gedacht werden, der CO2-Markt reformiert, die Erneuerbaren Energiequellen in den Wettbewerb integriert, Markthemmnisse abgebaut und die Preiselastizität erhöht werden. Anzengruber plädiert daher für einheitliche Regeln für die grenzüberschreitende Vermarktung von Systemdienstleistungen und für raschere Genehmigungsverfahren beim Ausbau des Übertragungsnetzes. „Es hilft nichts, auf regenerative Energie zu setzen, wenn der „grüne“ Strom nicht abtransportiert werden kann“, so der Vorstandsvorsitzende.

VERBUND in Deutschland: H2Ö

Deutschland ist für VERBUND der wichtigste Strommarkt außerhalb Österreichs. Mit seinen Pumpspeicher- und Reservekraftwerken im gemeinsamen Marktgebiet mit Deutschland hat VERBUND schon bisher einen Beitrag zur Netzstabilität und eine sichere Stromversorgung in der Energiewende geleistet.

In Deutschland hat VERBUND seit 2009 13 Wasserkraftwerke mit 312 Megawatt am bayerischen Inn, wovon eines (Gars) derzeit mit einer zusätzlichen Turbine verstärkt wird. Mit Closing des Anteilstausches mit E.ON sind Anteile an weiteren acht Wasserkraftwerken in Bayern an Inn und Donau dazugekommen. Der Kauf von fünf Windparks in Rheinland-Pfalz 2012 mit gesamt 86 MW setzt weitere Impulse und festigt die VERBUND-Marktposition. Aus zwei Büros in München und Düsseldorf betreut und beliefert VERBUND Industriekunden wie Volkswagen, Deutsche Bahn und Weiterverteiler wie Stadtwerke mit Strom der Premiummarke H2Ö.

Die zweite Heimat

VERBUND ist seit 24. April 2013 der 100%ige Eigentümer der Grenzkraftwerke GmbH, der Österreichisch-Bayerischen Kraftwerke AG, der Donaukraftwerk Jochenstein AG und der Innwerk AG. Die Wasserkrafterzeugung von VERBUND erhöht sich mit den acht Laufwasserkraftwerken in Bayern um weitere 2 TWh auf gesamt rund 4 TWh. Dies entspricht einem Jahresstromverbrauch von rund 1,2 Millionen Haushalten.

Alle rund 200 Mitarbeiter der Kraftwerke wurden von VERBUND übernommen, womit das Unternehmen nun über 400 Mitarbeiter in Bayern beschäftigt. An den erworbenen Laufwasserkraftwerken war VERBUND schon bisher direkt oder indirekt beteiligt und hielt Strombezugsrechte. Insgesamt hat VERBUND mit Kraftwerksprojekten, Renaturierung und Revisionsarbeiten seit 2009 bereits über 110 Mio. Euro in die bayerische Wasserkraft investiert.

VERBUND baut damit seine Position als einer der bedeutendsten Stromerzeuger aus Wasserkraft in Europa weiter aus und ist zweitgrößter Wasserkrafterzeuger in Deutschland und größter in Bayern. ❐

Bezirk Schwaben setzt Signal für Windkraft

Der Schwäbische Bezirkstag stimmte in seiner jüngsten Sitzung einstimmig der Herausnahme von Flächen an der Bundesautobahn 8 aus dem Landschaftsschutzgebiet „Augsburg – Westliche Wälder“ zur Windkraftnutzung zu. Die Marktgemeinden Zusmarshausen und Jettingen-Scheppach planen dort einen Windpark mit 14 Anlagen im Scheppacher Forst.

Von den Trägern öffentlicher Belange, die in den vergangenen Wochen von der Regierung von Schwaben angehört wurden, waren keine grundlegenden Einwendungen gegen eine Windkraftanlage an dieser Stelle gekommen. Allerdings war von einigen ein Zonierungskonzept für das gesamte Landschaftsschutzgebiet empfohlen worden.

Für schnelle Umsetzung

Der Bezirk Schwaben sprach sich heute mit seiner Entscheidung für eine schnelle und unbürokratische Umsetzung aus. Man habe sich bereits im vergangenen Jahr bei mehreren Sitzungen mit den Vorgaben zur Energiewende und insbesondere der Thematik von Windparks im Naturpark Augsburg Westliche Wälder auseinandergesetzt.

Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert machte nun nochmals deutlich: „Alle naturschutzrechtlichen Belange wurden geprüft, der Status als Naturpark bleibt durch die Herausnahme dieser vereinzelten und durch die Autobahnnähe auch vorbelasteten Fläche unberührt“. Da bislang nur über drei Prozent Flächenanteil am Naturpark diskutiert werden, sei es fraglich, warum vereinzelt ein zeit- und kostenintensives Zonierungskonzept gefordert werde. Nachdem bislang kaum Anträge für Windkraft-Anlagen im Bereich des Naturparks vorliegen, wolle der Bezirk Schwaben in Übereinstimmung mit der Regierung von Schwaben eine möglichst unbürokratische Lösung.

Zonierungskonzept

Auch bei solchen Einzelentscheidungen würden in gleicher Weise natur- und umweltschutzrechtliche Belange geprüft wie bei der „großen Lösung Zonierungskonzept“, allerdings könne auch im Sinne der Energiewende schneller und unbürokratischer entschieden werden. Damit werde man einerseits dem Anliegen, erneuerbare Energien zu fördern, gerecht, aber ebenso würde allen Belangen des Natur- und Umweltschutzes sachgerecht entsprochen.

Dies bestätigte auch Regierungspräsident Karl Michael Scheufele. Bei dem vorliegenden Antrag handele es sich um eine punktuelle Maßnahme, die den Naturpark nicht im Gesamten berühre. Sollten noch Anträge auf eine Vielzahl weiterer Flächen kommen, sei ein Zonierungskonzept auch zu einem späteren Zeitpunkt realisierbar. ❐

Ausbau der Erneuerbaren Energien:

Wie Kommunen profitieren

Deutsche Umwelthilfe und Institut für angewandtes Stoffstrommanagement legen Studie zu regionaler Wertschöpfung aus Erneuerbaren Energien vor

Kommunen können dann von der Energiewende besonders profitieren, wenn sie sich selbst aktiv einschalten und den Ausbau Erneuerbarer Energien auf ihrem Territorium gezielt steuern. Das ist ein zentrales Ergebnis einer gemeinsamen Forschungsarbeit der Deutschen Umwelthilfe e. V. (DUH) und des Instituts für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS, Hochschule Trier). Während der zweijährigen Studie wurde untersucht, welche Rolle Kommunen beim Ausbau regenerativer Energietechnologien spielen und in welchem Umfang sie davon auch finanziell profitieren können.

Die Ergebnisse der vom Bundesumweltministerium geförderten Studie „Kommunale Investitionen in Erneuerbare Energien – Wirkungen und Perspektiven“ belegen zum einen, dass eigene Investitionen seitens der Kommunen beziehungsweise ihrer Unternehmen wie Stadtwerken und Wohnungsbaugesellschaften eine entscheidende Voraussetzung für die Umgestaltung des Energieversorgungssystems auf lokaler Ebene darstellen. Zum anderen zeigt die Untersuchung, dass den Kommunen grundsätzlich ein breites Instrumentarium zur gezielten Förderung des Ausbaus Erneuerbarer Energien zur Verfügung steht. Durch planvolles Vorgehen seitens der Kommunen bei der Nutzung dieser Instrumente kann Wertschöpfung vor Ort gebunden werden.

Strategisches Handeln

„In der Summe zeigen die Ergebnisse unserer Untersuchung, dass Kommunen dann besonders erfolgreich sind, wenn sie strategisch und in Selbstorganisation handeln“, erläutert Michael Müller, der Leiter des Bereichs Stoffstrommanagement und Null-Emissions-Konzepte am IfaS. Dies hänge damit zusammen, dass alles, was auf diesem Gebiet zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung und Kaufkraft führt, zuvor von den Kommunen angestoßen und geregelt werden muss: die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die Ansiedlung von Unternehmen und natürlich auch eigene Investitionen in regenerative Energietechnologien oder Infrastrukturen. „Regionale Genossenschaftsmodelle, Beteiligungen an Unternehmen, Partizipationsmöglichkeiten und Investitionen durch angesiedelte Akteure sind der Schlüssel zur Schaffung zusätzlicher regionaler Gewinne, Einkommen sowie kommunaler Steuereinnahmen“, ergänzt Müller.

Kommunen als Profiteure

„Insgesamt liefern die Ergebnisse unserer Studie einen klaren Beleg dafür, dass es kontraproduktiv ist, die öffentliche Diskussion stets nur über die angeblich zu hohen Kosten der Energiewende zu führen. Vielmehr zeigt die Untersuchung, dass Kommunen zu Profiteuren der Energiewende werden können, wenn sie dabei eine eigenständige Handlungsstrategie verfolgen und sich für stabile Rahmenbedingungen einsetzen“, sagt Robert Spreter, der bei der DUH den Bereich „Kommunaler Umweltschutz“ leitet.

Für insgesamt elf an der Untersuchung teilnehmende Kommunen haben die Projektpartner umfassende Einzelfallstudien erarbeitet. Darin wurde berechnet, welche Wertschöpfung Städte und Gemeinden mit ihren zwischen 2000 bis 2010 errichteten EE-Anlagen über eine Anlagenlaufzeit von 20 Jahren generieren.

Die kommunale Wertschöpfung, die sich aus dem örtlichen Ausbau der Erneuerbaren Energien ableiten lässt, setzt sich dabei für die Kommunen aus den Erlösen der eigenen EE-Anlagen, Gewerbesteuereinnahmen, Anteilen an der Einkommenssteuer und Pachteinnahmen zusammen. Außerdem wurde die Bedeutung des EE-Ausbaus für die „Bürger“ und für „lokale Unternehmen“ evaluiert.

Gezielte Optimierung

Die Studienergebnisse dienen als Grundlage für konkrete Handlungsempfehlungen an kommunale Entscheidungsträger, die den Wertschöpfungszuwachs aus der lokalen Nutzung Erneuerbarer Energien gezielt optimieren wollen.

Die Publikation mit dem Titel „Strategie: Erneuerbar – Handlungsempfehlungen für Kommunen zur Optimierung der Wertschöpfung aus Erneuerbaren Energien“ geben die DUH und das IfaS gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund heraus.

Sie kann unter http://www.duh.de/4136.html heruntergeladen werden. Die Veröffentlichung dokumentiert, welche Möglichkeiten Städten und Gemeinden offen stehen, um Wertschöpfung langfristig in den Kommunen zu halten.

Der wissenschaftliche Endbericht zur Gesamtstudie steht im Internet unter www.duh.de/kom_inv_ee.html ❐

Singen gemeinsam das Lied der Franken (v. l.): Parl. Staatssekretär Christian Schmidt, die stellvertretende FU-Bezirksvorsitzende von Oberfranken Silke Launert, MdEP Monika Hohlmeier, Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, Bezirksrat Marco Kistner, Bezirksrätin Christine Bender, MdL Dr. Otto Hünnerkopf, MdL Hans Herold, Staatssekretärin Melanie Huml, MdL Thomas Silberhorn, Staatsminister Joachim Herrmann (am Rednerpult), MdEP Dr. Anja Weisgerber, MdEP Martin Kastler, Staatssekretär Gerhard Eck und stellvertretender Landtagsfraktionsvorsitzender Karl Freller. ❐

CSU-Familientag am Dreifrankenstein:

„Europa muss wie Franken sein: bodenständig und weltoffen“

„Ein starkes Europa nach außen und ein schlankes Europa nach innen“, forderte Thomas Silberhorn beim diesjährigen Drei-Franken-Treffen der CSU. Nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der CSU-Oberfranken müsse Europa ähnlich wie Franken strukturiert sein: „Bodenständig und weltoffen zugleich“.

Im Steigerwald trafen sich auch in diesem Jahr die CSU-Bezirksverbände Ober-, Mittel- und Unterfranken an Christi Himmelfahrt zum Wandern oder Rad fahren, zum Politisieren und Gedankenaustausch, aber auch zum Musizieren und Singen. Traditionell gab es geistliche Worte zur Bedeutung des Feiertages, heuer vom katholischen Pfarrer Erhard Schupp aus Schüsselfeld und seinem evangelischen Kollegen Johannes Kestler aus Aschbach.

Bildung und Forschung

Für Thomas Silberhorn, der auch den verhinderten Bundesminister des Innern und oberfränkischen Bezirksvorsitzenden Dr. Hans-Peter Friedrich vertrat, müsse die Politik lernen, mit den Einnahmen auskommen, womit er sich klar gegen von Rot und Grün geplante Steuerhöhungen aussprach. Und die Ausgaben müssten zukunftsgerichtet sein: „Wir brauchen Investitionen in die Köpfe, also in Bildung und Forschung“. Nur so könnten immer wieder neue Anreize für Innovationen geschaffen werden.

Dass bei vernünftigem Haushalten auch manchmal das Geld fehlt, machte er am Beispiel des schon länger geplanten Ausbaus der Autobahn 3 deutlich: „Hier muss es vorwärts gehen und auch der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Lärm und Abgasen ist uns ein wichtiges Anliegen“, meinte Silberhorn in Richtung einer Gruppe demonstrierender Betroffener aus Geiselwind.

Ähnlich äußerte sich der Bayerische Staatsminister des Innen, Joachim Herrmann, und brachte dabei ein privates Finanzierungsmodell ins Gespräch, um den Streckenabschnitt Biebelried - Geiselwind - Schlüsselfeld beschleunigt anpacken zu können. Mit Silberhorn stimmt der mittelfränkische CSU-Bezirksvorsitzende darin überein, „dass wir alle gemeinsam für die Zukunftschancen junger Menschen kämpfen müssen“. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen verwies Herrmann auf Pläne des SPD-Kanzlerkandidaten, der „mit völlig falschen Rezepten à la Hollande in Frankreich“ Deutschland auf einen verkehrten Weg führen würde. „Das muss verhindert werden!“.

Die ausgesprochen positive Entwicklung in Franken stellte der Bayerische Innenstaatssekretär und unterfränkische CSU-Bezirksvorsitzende Gerhard Eck in seinem Grußwort in den Mittelpunkt. „Mit den richtigen Weichenstellungen seitens der politischen Führungen in Deutschland, Bayern und Franken haben das fleißige Menschen hart erarbeitet“. Schon deshalb müsse die Union und damit eine Politik für die Mitte der Gesellschaft gestärkt werden.

Gedankenaustausch

Unter organisatorischer Federführung der Schlüsselfelder CSU mit Vorsitzendem Johannes Krapp und Schatzmeister Georg Obermayer an der Spitze, gab es für die mehr als 400 Menschen beim Drei-Franken-Treffen auch diesmal wieder Stoff genug zum intensiven Gedankenaustausch, zum Beispiel mit dem Parlamentarischen Staatssekretär und stellvertretendem Parteivorsitzenden Christian Schmidt, den Europaabgeordneten Dr. Anja Weisgerber, Monika Hohlmeier und Martin Kastler, Landtagspräsidentin Barbara Stamm und einer ganzen Reihe von Landtagsabgeordneten, Bezirks- und Landräten und vielen weiteren Repräsentanten der CSU aller politischen Ebenen. Das Lied der Franken durfte natürlich nicht fehlen, mit Elan intoniert von der Blaskapelle Schlüsselfeld unter Leitung von Georg Sturm. **Bild und Text: pm**

Forum Zukunft Schwaben:

Stärken einer Region

Das Thema „Wirtschaftsstandort Schwaben – Erfolg und Perspektiven“ stand beim 11. Forum Zukunft Schwaben in Augsburg im Zentrum der Diskussion. Im Rahmen der Kooperationsveranstaltung von IHK und HWK Schwaben wurde auch das neue Prognos-Gutachten mit der Bilanz und den Perspektiven für die Region vorgestellt und diskutiert. Rund 200 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wohnten der Tagung bei.

Die beiden Präsidenten von HWK und IHK Schwaben, Jürgen Schmid und Dr. Andreas Kopton, waren sich einig, dass sich die Aussichten des Wirtschaftsstandorts Schwaben prächtig entwickelt haben. Allein in den vergangenen zehn Jahren habe die Region eine kontinuierliche Entwicklung nach oben verzeichnet.

Aktuell ergab eine von IHK und HWK in Auftrag gegebene Prognos-Studie eine Vielzahl positiver Entwicklungen. „Schwaben steht wirtschaftlich sehr gut da und hat die rote Laterne abgegeben“, berichtete Schmid. Kopton ergänzte: „Dieser Erfolg wird uns auch weiter beschieden, wenn wir in gewohnt engagierter Weise den Dialog in Schwaben und in Teilräumen weiter fortführen.“

Wie die Studie ausweist, ist Schwaben nicht nur unter den Schwaben beliebt – auch Zugezogene schätzen die Region. So konnte eine positive Bevölkerungsentwicklung festgestellt werden, insbesondere deutliche Zugewinne in der Gruppe der 25- bis 50-Jährigen. Gleichzeitig ist in den vergangenen zehn Jahren in Schwaben die Zahl der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich stärker angestiegen als im übrigen Bayern und im Bund.

„Dass wir auf Produktion in Industrie und Handwerk gesetzt haben, hat sich ausgezahlt“, betonte Schmid und bezeichnete diesen Faktor als Eckpfeiler der schwäbischen Wirtschaft. Die Zukunftsfelder hießen hier Mechatronik und Automation, Luft- und Raumfahrttechnik, Umwelttechnik gekoppelt an den Einsatz neuer Materialien sowie Ressourceneffizienz. Die Clusterpolitik der bayerischen Staatsregierung habe dies finanziell unterstützt und so die richtigen Weichen gestellt.

Kraftzentrum

Der Bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil, traditioneller Begleiter des Dialogs auf dem Forum Zukunft Schwaben, bestätigte diese Einschätzungen und Aussichten und nannte Schwaben ein „veritables Kraftzentrum innerhalb Bayerns, dessen Erfolg sich quer durch alle Branchen zieht“. Entscheidend werde u. a. sein, wie die Region bei den Themen Forschung und Innovationen aufgestellt ist.

Der Freistaat leiste seinen Beitrag, in dem er die Innovations- und Forschungs-Infrastruktur massiv ausbaut: So werden im Innovationspark Augsburg Großprojekte mit insgesamt rund 88 Millionen Euro angeschoben. Dazu gehören unter anderem das Technologiezentrum Augsburg mit 10,5 Mio. Euro, das DLR-Zentrum für Leichtbauproduktionstechnologie (26 Mio. Euro) sowie die Fraunhofer Projektgruppen für Funktionsintegrierten Leichtbau (24 Mio. Euro), für Ressourceneffiziente Mechatronische Verarbeitungsmaschinen RMV (5 Mio. Euro) und für Wirtschaftsinformatik (5 Mio. Euro).

Als Ergänzung zum Gutachten „Perspektive Schwaben“ wurden die Ergebnisse einer Prognos-/Progtrans-Untersuchung vorgestellt. Dabei wurde der deutsche Abschnitt der transeuropäischen Bahn-Achse Paris-Wien-Budapest (TEN 17) als ein Wirtschaftsraum von weit überdurchschnittlicher Stärke und Bedeutung dargestellt, der eine Verkehrsinfrastruktur auf entsprechendem Niveau benötige.

Anlass des Untersuchungsauftrags durch die IHK Schwaben waren nicht zuletzt die Diskussionen um das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm sowie um den Neuzuschnitt des Transeuropäischen Netzes (TEN), für das die EU-Kommission künftig einen neuen, alternativen Korridor Frankfurt-Würzburg-Nürnberg-Regensburg-Passau-Linz parallel zu der bisher unstrittigen „Magistrale für Europa“ von Paris nach Budapest über Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart, Ulm, Augsburg, München, Salzburg und Linz vorsieht.

Die Studie setzt Daten zur Wirtschaftsleistung und zur Innovationskraft der Wirtschaft in den Städten und Landkreisen entlang der Achse Karlsruhe-Stuttgart-Ulm-Augsburg-München in Relation zum Bevölkerungsanteil dieser Region an Süddeutschland bzw. zur gesamten Bundesrepublik.

So liegt der Anteil des Wirtschaftsraumes entlang der süddeutschen „Magistrale“ an der Bruttowertschöpfung Süddeutschlands um fast ein Sechstel höher als es die Bevölkerungszahl eigentlich erwarten ließe. Das Gewerbesteueraufkommen ist um ein Drittel höher. Die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Wirtschaft sind um mehr als die Hälfte höher, als es dem Bevölkerungsanteil entspricht.

Als einer der leistungsstärksten Wirtschaftsräume der Bundesrepublik braucht die „Technologieachse“ zwischen Karlsruhe und München, die zugleich den zentralen Bestandteil der TEN 17 bildet, entsprechend leistungsfähige Achsen auch im Verkehr, so die Studie. Die IHK Schwaben wertet die Ergebnisse der Prognos-Untersuchung als ein weiteres klares Argument für den durchgehenden Ausbau der Bahnachse zwischen Stuttgart und München und weiter in Richtung „Chemiedreieck“ (Mühldorf/Burghausen) bzw. Salzburg als integralen Bestandteil des bundesweiten und transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes. **DK**

Zum 60. Geburtstag von Landrat Franz Meyer:

Gelebte Bürgernähe

Ob im Amt, beim offiziellen Empfang auf der Neuburg oder privat in Vilshofen: Passaus Landrat Franz Meyer durfte anlässlich seines 60. Geburtstags am 13. Mai jede Menge Glückwünsche entgegennehmen. Besonders freute er sich bei der abendlichen „privaten“ Feier im Festzelt des Ruderclubs in Vilshofen über den überraschenden Besuch des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber samt Gattin Karin.

Wie Stoiber in seiner Laudatio betonte, „ist es für mich nicht Pflicht hierher zu kommen, sondern Kür“. Franz Meyer sei ein wunderbarer Mensch, „einer, der mir ans Herz gewachsen ist“.

Seine ersten kommunalpolitischen Erfahrungen konnte der gebürtige Vilshofener und staatlich geprüfte Wirtschafter bereits 1978 als Mitglied des Kreistags Passau sammeln. 1990 wurde der CSU-Politiker zum stellvertretenden Landrat gewählt. Im selben Jahr ereilte Franz Meyer der Ruf in die Landespolitik, wo er 18 Jahre lang als Mitglied des Bayerischen Landtags herausragende Arbeit leistete. 2003 wurde der Jubilar in das Amt des Staatssekretärs im Bayerischen Finanzministerium berufen. Hier trat er stets für eine solide und nachhaltige Finanzpolitik ein, mit dem erklärten Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts ohne Neuverschuldung. 2008 wurde Meyer schließlich mit deutlicher Mehrheit zum Landrat des Landkreises Passau gewählt.

Enormes Engagement

Beim offiziellen Landkreis-Empfang auf Schloss Neuburg würdigte Innenminister Joachim Herrmann die zahlreichen politischen Verdienste Franz Meyers für den Landkreis Passau und ganz Bayern: „Seit mehr als drei Jahrzehnten bringt sich Franz Meyer mit großem politischen Gespür, enormem Engagement und hohem fachlichen Können vorbildlich in unser Gemeinwesen ein. Er ist ein Politiker, der Bürgernähe wirklich lebt und die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt. Dafür danke ich Franz Meyer persönlich wie im Namen der gesamten Bayerischen Staatsregierung. Was er in den vergangenen Jahrzehnten für unsere Gesellschaft geleistet hat und heute noch tagtäglich leistet, verdient größten Respekt.“

Ob als Kreisrat, Abgeordneter, Staatssekretär oder Landrat - Franz Meyer sei ein Mann der Tat, der die Anliegen beherzt aufgreift und auf den in allen Situationen Verlass ist. Der Jubilar habe zahlreiche wichtige Weichenstellungen für den Landkreis Passau gestellt: „Franz Meyer sorgt mit seinem Einsatz und zahlreichen Initiativen für den weiteren Ausbau des Landkreises zu einem modernen und leistungsfähigen Gemeinwesen. So ist für ihn etwa der Breitbandausbau ein zentrales Anliegen. Hier hat er die erste bayerische Koordinierungsstelle für Breitbandausbau ins Leben gerufen. Damit hat der Landkreis Passau eine Vorreiterrolle übernommen. Diese Initiative wurde auch vom Bundeswirtschaftsministerium mit dem Prädikat ‚Best-Practice-Beispiel’ ausgezeichnet.“

Sein Augenmerk lege der Landrat auch auf den Klimaschutz, fuhr der Minister fort. Hier habe er die bayernweit erste Stabstelle für Klimaschutz und Umweltberatung an einem Landratsamt eingerichtet. Und auch beim Thema Energiewende sei der Landkreis Passau höchst aktiv. So habe Meyer jüngst das neu erarbeitete Integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises vorgestellt. Herrmann: „Schließlich ist es auch das erklärte Ziel von Franz Meyer, Fachkräfte in der Region für die Region auszubilden.“

Für Technik begeistern

Als bemerkenswert bezeichnete der Kommunalminister Meyers breit angelegte Initiative „Pro Technik“. Sie soll Kinder und Jugendliche bereits frühzeitig für Technik begeistern und für mehr Nachwuchs im technischen Beruf sorgen. Daneben habe für den Jubilar selbstverständlich auch die gute Verkehrsanbindung des Landkreises höchste Priorität. Auch hier, so Herrmann, zögen Freistaat und Landkreis Passau an einem Strang.

Für seine zahlreichen Verdienste wurde Franz Meyer 2006 mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. 2007 erhielt er die Bayerische Verfassungsmedaille in Gold. **DK**

Die Redner auf Schloss Neuburg - von links: Stellvertretender Landrat Raimund Kneidinger, Innenminister Joachim Herrmann, Landrat Franz Meyer mit Gattin Rosmarie, der Sprecher der Niederbayerischen Landräte Christian Bernreiter und der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Jakob Kreidl. ❐

Forschungsprojekt im Landkreis Günzburg:

„Energierückgewinnung bei Kläranlagen“

Landrat Hubert Hafner hat sich an alle Betreiber von kommunalen und industriellen Kläranlagen im Landkreis Günzburg gewandt, um ein Forschungsvorhaben der Universität der Bundeswehr zu unterstützen: Es soll untersucht werden, ob bei den Kläranlagen bisher nicht genutztes Wasserkraft-Potential vorhanden ist, um Strom zu erzeugen.

„Die Energiewende erfordert die Erforschung von neuen und auch ungewöhnlichen Ressourcen der Energiegewinnung - deshalb unterstütze ich das Projekt gerne, selbst wenn ein Erfolg in unserem Landkreis wegen geringer Höhenunterschiede eher unwahrscheinlich ist“ - so Hafner in seinem Rundschreiben.

Kleinwasserkraftwerk

Was bei Wasserfernleitungen längst erprobte Praxis ist, könnte in der Theorie auch bei Abwasseranlagen funktionieren: Mit einem Kleinwasserkraftwerk die Energie des Wassers nutzen, die sich durch Höhenunterschiede innerhalb der Anlage ergibt.

Nutzung von Gas

Neben der Nutzung von Gas, das bei der Abwasserreinigung anfällt und ergänzend zu energiesparenden Maßnahmen wäre das ein weiterer Schritt, die Umweltbelastungen zu senken.

Weitere Informationen über die Abwasserbeseitigung im Landkreis Günzburg im Internet unter www.landkreis-guenzburg.de, Auswahl Natur und Umwelt / Wasserrecht / Abwasserbeseitigung. ❐

Bayerischer Hochschultag 2013:

Die Zukunft gestalten

Zum Bayerischen Hochschultag 2013 geladen hatte Hochschule Bayern, der Verbund der bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Mitte Mai folgten zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Hochschulen und Medien der Einladung zu der hochschulpolitischen Diskussionsveranstaltung. Mit dem Katamaran MS Starnberg hatte der Hochschulverbund für seinen ersten Hochschultag einen außergewöhnlichen Rahmen gewählt.

„Die MS Starnberg steht für die volle Fahrt, die die Hochschulen für angewandte Wissenschaften aufgenommen haben. Seit 2005 ist die Zahl unserer Studierenden um fast die Hälfte angestiegen und hat im vergangenen Wintersemester erstmals die 100.000er Marke überschritten. Entgegen dem allgemeinen Trend konnten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften auch ein Jahr nach Aussetzung der Wehrpflicht und dem doppelten Abiturjahrgang gleichbleibend hohe Studienanfängerzahlen verzeichnen“, erklärte Prof. Dr. Uta M. Feser, stellvertretende Vorsitzende von Hochschule Bayern und Präsidentin der Hochschule Neu-Ulm.

„Die hohe Nachfrage ist neben unserer praxisorientierten akademischen Lehre auch der großen Akzeptanz unserer berufsbefähigenden Bachelor- und Masterabschlüsse bei den Arbeitgebern geschuldet“, ergänzte Prof. Dr. Michael Braun, Vorsitzender von Hochschule Bayern und Präsident der Technischen Hochschule Nürnberg. „Mit Forschung und Weiterbildung profilieren sich die Hochschulen für angewandte Wissenschaften zudem in neuen Aufgabenbereichen. Sie fungieren als verlässlicher Partner der bayerischen Wirtschaft in Forschung sowie Entwicklung und gelten als Motoren der Regionalentwicklung. Auch über die Erschließung neuer Studienfelder denken die Hochschulen für angewandte Wissenschaften derzeit verstärkt nach.“

Strategische Positionierung

Prof. Braun schlug am Bayerischen Hochschultag aber auch nachdenklichere Töne an: „Trotz aller Erfolge – die Rahmenbedingungen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind derzeit nicht optimal und machen eine nachhaltige öffentliche Debatte über die zukünftige Gestaltung der bayerischen Hochschulpolitik dringend notwendig.“ Unter dem Motto „Hochschulen an die Spitze! Bayerns Zukunft gestalten.“ diskutierte der Hochschule Bayern-Vorsitzende mit Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch und den Landtagsabgeordneten Ulrike Gote (Bündnis90 / Die Grünen), Oliver Jörg (CSU), Prof. Dr. Michael Piazolo (Freie Wähler) sowie Dr. Christoph Rabenstein (SPD) über die zukünftige strategische Positionierung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Defizite in der Ausstattung der Hochschulen

Kritisch zur Sprache kam dabei das Thema Hochschulfinanzierung. „Das Bildungsland Bayern leistet sich im Moment eine deutliche Unterfinanzierung seiner Hochschulen für angewandte Wissenschaften“, so Prof. Braun. „Die bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften liegen nach den letzten Zahlen des statistischen Bundesamtes in ihrer Grundfinanzierung pro Studierenden um 13 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Unser Nachbarbundesland Sachsen investiert pro Studierenden etwa 45 Prozent mehr an laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung je Studierenden als Bayern.“

„Wir sind bereits heute in unserer Forschungsleistung gut, könnten aber bei einer besseren Ausstattung noch weit mehr leisten“, fügte Prof. Feser an. „Denkbar wäre etwa ein flächendeckender Ausbau der Forschungsprofessuren.“

Im Moment werden die ersten dieser Professuren mit reduziertem Lehrdeputat nur aus wenigen Sonderprogrammen finanziert. „Eine ähnliche Situation liegt beim Mittelbau der Hochschulen für angewandte Wissenschaften vor. Diese Stellen konnten fast ausschließlich über befristete Drittmittel geschaffen werden“, sagte Braun. „Es sollte auch über ein zunächst begrenztes Promotionsrecht an den Hochschule für angewandte Wissenschaften nachgedacht werden,“ bemerkte der Professor. „Nur so können talentierte Hochschulabsolventen nachhaltig für die angewandte Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften gewonnen werden.“

Dr. Wolfgang Heubisch, bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, betonte anlässlich des Bayerischen Hochschultags 2013: „Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften steigerten ihre Attraktivität für Studieninteressenten in den letzten Jahren erheblich und verschärften ihr Profil deutlich. Sie leisten als anwendungsorientierte und praxisnahe Hochschulen einen unverzichtbaren Beitrag zum Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bayern.“ ❐

Von links: Prof. Dr. Michael Braun, Prof. Dr. Uta M. Feser und Dr. Wolfgang Heubisch. ❐

Tirschenreuth:

Kleine Gartenschau „Natur 2013“ öffnete ihre Pforten

Unter dem Motto „Meine Inspiration – Meine Erholung – Meine Abenteuer“ hat die Gartenschau „Natur in Tirschenreuth 2013“ Ende Mai ihre Pforten geöffnet. Nach einer sechsjährigen Planungs- und Bauphase ist die oberpfälzische Stadt nunmehr bis 25. August das bayerische Mekka für alle Gartenliebhaber und Freizeitenthusiasten.

Im Mittelpunkt der Schau stehen die Fisch- und Teichwirtschaft. Das Zentrum des 20 Hektar großen Geländes bildet der Stadtteich rund um den historischen Fischhof, der nach 200 Jahren wieder geflutet wurde. So bekommt die Stadt ihren längst vergangenen Ortscharakter zurück. Zum Fischhof führt die bekannte Fischhofbrücke, die im 18. Jahrhundert erbaut, der Steinernen Brücke in Regensburg nachempfunden wurde. Die neue Teichlandschaft, ein Wasserspielplatz, zahlreiche Info-Pavillons und Fischtreppen bringen den Besuchern dieses lebendige Element auf vielfache Weise näher. Auch eine europaweit einmalige Spannbandbrücke ist zu sehen.

Umweltminister Dr. Marcel Huber (Mitte) eröffnete gemeinsam mit Bürgermeister Franz Stahl (r.) und Roland Albert, Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der bayerischen Landesgartenschauen, die Gartenschau in Tirschenreuth. ❐

Rund um den historischen Fischhof

Aber natürlich gehört zu „Natur in Tirschenreuth“ nicht nur das Wasser. Mehr als 50.000 Blumen, Stauden und Sträucher schmücken das Areal rund um den historischen Fischhof. Insgesamt wurden 387 Hektar neue Grünflächen geschaffen. Wechselnde Blumenschauen, Themengärten und der Sommerblumen-Blütenbogen laden ein zum Fachsimpeln, Bewundern und Verweilen. Das Erlebnis „Gartenschau“ wird komplett durch über 500 Veranstaltungen, Konzerte, Shows, Ausstellungen und Führungen.

„Venedig der Oberpfalz“

Laut Bürgermeister Franz Stahl ist die Gartenschau die größte städtebauliche Maßnahme seit dem Stadtbrand von 1814. Umweltminister Dr. Marcel Huber, der die vierte Gartenschau in der Oberpfalz offiziell eröffnete, sprach von einem Naturerlebnis der besonderen Art, einer Sinneserfahrung mitten in einem Blumen- und Pflanzenmeer und einer Zeitreise zurück in das „Venedig der Oberpfalz“. „Unsere Gärten sind Oasen der Erholung und der Entspannung, aber eben auch der Artenvielfalt. ‚Natur in Tirschenreuth’ bietet eine Vielzahl von Anregungen, wie ein kleines Stück der Gartenschau auch zu Hause Widerhall finden kann“, betonte Huber.

Mehr Lebensqualität

Bis zum Ende der Gartenschau werden 250.000 Besucher erwartet. „Auch nach dieser Zeit werden Tirschenreuth und seine Bewohner der große Gewinner der Gartenschau sein. Die neue Teich- und Parklandschaft mit seinen Spiel- und Freizeitplätzen bringt ein großes Plus mehr Lebensqualität“, unterstrich der Minister.

Drei Themenbereiche

Mit den drei Themenbereichen „Meine Erholung“, „Meine Inspiration“ und „Mein Abenteuer“ lädt das Konzept der Gartenschau alle Besucher ein, ein Teil der „Natur in Tirschenreuth 2013“ zu werden. Auch das Bayerische Umweltministerium ist mit einem Pavillon vertreten, der über die heimische Artenvielfalt informiert.

Die Gartenschau kostet insgesamt 7,1 Millionen Euro. Sie wurde mit 1,6 Millionen Euro vom Freistaat und mit einer Million Euro von der EU gefördert. Geöffnet hat die Schau täglich von 9.00 bis 18.00 Uhr. **DK**

Tourismustag Bayerischer Wald in Freyung:

Top-Destination für inländische Gäste

Über 1,75 Millionen Ankünfte konnte sich das Tourismusgewerbe im Bayerischen Wald im vergangenen Jahr freuen - ein Zuwachs von knapp 5 Prozent und zugleich ein neuer Gästerekord. Somit ist der Bayerwald Kurzurlaub-Spitzenreiter in Deutschland, wie der Tourismusverband Ostbayern (TVO) beim 5. Tourismustag Bayerischer Wald in Freyung verlautete. Der Einladung waren heuer mit 250 Teilnehmern so viele Gastgeber und Touristiker gefolgt wie noch nie.

Insgesamt verzeichnete der Bayerische Wald im Jahr 2012 7,3 Millionen Übernachtungen - rund 400.000 Übernachtungen mehr als noch 2010. „Durchschnittlich bleibt jeder Gast 4,2 Tage“, betonte Alexander Arnetsberger, TVO-Marketingleiter „Bayerischer Wald“. Damit liegt der Bayerwald noch deutlich über dem Bayern-Durchschnitt von 2,7 Tagen und dem Ostbayern-Mittelmaß von 3,6 Tagen.

Nerv der Zeit

Nach Anetsbergers Worten ist der Bayerische Wald eine bekannte Marke und trifft mit seinen Urlaubsthemen den Nerv der Zeit. Der Natur-, Aktiv-, Familien- und Wellnessurlaub stehe bei Urlaubern derzeit hoch im Kurs. Genau diese Segmente decke der Bayerische Wald mit zahlreichen und hochwertigen Angeboten ab.

Als inländische Destination profitiere die Region zudem von der Vorliebe der Deutschen, ihren Urlaub im eigenen Land zu verbringen. „Rund 94 Prozent der Gäste im Bayerischen Wald kommen aus Deutschland“, so Anetsberger. Noch nicht voll ausgeschöpftes Potenzial sieht er in den Nahmärkten Tschechien und Österreich: „Trotz Grenzlage hat der Bayerische Wald bisher nur einen Ausländeranteil von 7,6 Prozent unter den Urlaubern.“ Auch die Bettenauslastung lasse mit 31,4 Prozent noch zu wünschen übrig. Zudem verbuchten Städte größere Zuwächse als Gemeinden im ländlichen Raum.

Neben dem neuen Urlauber-Rekord und der zunehmenden Wichtigkeit der Online-Buchung und des Online-Auftritts hat auch der demographische Wandel Folgen, wie der Marketingleiter erläuterte. Zum einem werde durch den demographischen Wandel die Zielgruppe des Bayerischen Waldes größer, zum anderen habe aber auch die Tourismusbranche zunehmend mit Fachkräftemangel zu kämpfen.

Trend zum Kurzurlaub

Veränderung bringe außerdem der Trend zum Kurzurlaub. „Hier müssen wir mit passenden Produkten und Angeboten entgegenwirken“, hob TVO-Geschäftsführer Dr. Michael Braun hervor. Ebenso gewinne das Thema Barrierefreiheit durch die immer älter werdende Gesellschaft zunehmend an Wichtigkeit. Der Bayerwald sei hier zwar schon gut aufgestellt - siehe Baumwipfelpfad -, dennoch gebe es noch Verbesserungsbedarf.

„Ein Viertel der Deutschen will ihren Urlaub im Inland verbringen. 39 Prozent davon planen einen Natururlaub. Auch der Wellness-Urlaub boomt, gute Gründe zum Optimismus für den Bayerischen Wald“, stellte Niederbayerns Regierungspräsident Heinz Grunwald fest und verwies in diesem Zusammenhang auf „enorme Marketing-Anstrengungen“ der vergangenen Jahre. **KI**

Hermann Steinmaßl (r.) zusammen mit Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer. ❐

Hermann Steinmaßl zum 65. Geburtstag:

Praktiker und Stratege

Alles was Rang und Namen hat, gratulierte Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl in einer Feierstunde im Waginger Strandkurhaus zu dessen 65. Geburtstag am 15. Mai. Zahlreiche Reminiszenzen und humoristische Einlagen bestimmten den Abend, zu dem rund 250 Gäste geladen waren.

Hermann Steinmaßl, seit 2002 Landrat des Landkreises Traunstein, übernahm erste politische Aufgaben in der Jungen Union als Ortsvorsitzender (1974/75) und Kreisvorsitzender (1975 bis 1983). Seit 1978 engagierte sich der gebürtige Fridolfinger als Gemeinde- und Kreisrat. Von 1990 bis 2002 war er Fraktionsvorsitzender der CSU im Kreistag.

Dem Bezirkstag gehörte der Jubilar von 1982 bis 1998 an. 1998 wurde der gelernte Bauingenieur – er leitete von 1987 bis 2002 ein eigenes Ingenieurbüro - in den Bayerischen Landtag gewählt. Sein Mandat legte Steinmaßl nach seiner Wahl zum Landkreischef vorzeitig nieder.

Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Präsidium, im Ausschuss für Finanz- und Sparkassenfragen und als stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Wirtschafts- und Verkehrsfragen. Steinmaßl, Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Südostoberbayern und Sprecher der Regionalen Planungsverbände in Bayern, ist Träger der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze.

Respekt und Anerkennung

Mit lockeren Sprüchen sorgte Harald von Knoerzer für den Ablauf des offiziellen Programms, bei dem auch die Grußworte der politischen Prominenz nicht fehlen durften. Die Arbeit des Landkreisoberhaupts wurde dabei in höchsten Tönen gewürdigt. „Deine Arbeit und Leistung verdient Respekt und Anerkennung“, betonte Steinmaßls Stellvertreter Josef Kohnhäuser. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Jakob Kreidl, bezeichnete Steinmaßl als „Mann der treffenden und deutlichen Worte“ und bedankte sich für „20 Jahre Miteinander“.

Fakten schaffen

Der CSU-Landtagsabgeordnete Roland Richter wiederum würdigte Steinmaßl als Praktiker, der anpacke und Fakten schaffe. Der Traunreuter Bürgermeister Franz Parzinger bescheinigte als Sprecher der Bürgermeister im Landkreis Traunstein dem Landkreisoberhaupt Herz und Verstand, Leidenschaft und Augenmaß. Steinmaßl habe sich als Motor mit niemals versiegender Energie erwiesen. An das beachtliche Ergebnis der politischen Arbeit Steinmaßls erinnerte Jutta Müller, Chefin der Arbeitsagentur in Traunstein, mit einer Tafel „Erfolgsschokolade“.

In einer sehr persönlichen Rede rief Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer schließlich die politische Aufbruchsstimmung in der Jungen Union unter Führung von Hermann Steinmaßl in Erinnerung. Damals habe die Mitgliederzahl mit über 800 Mitstreitern rekordverdächtige Höhen erreicht. Als Landrat habe der CSU-Politiker mit großer Geradlinigkeit und Strategie auch das Projekt Bildung und Infrastruktur auf den Weg gebracht. Auch wenn der Jubilar aus Altersgründen im nächsten Jahr nicht mehr als Landrat kandidieren kann, zeigte sich Ramsauer überzeugt, dass dieser noch das eine oder andere Projekt auf den Weg bringen werde. **DK**

Bayerischer Gemeindetag / Kreisverband Rosenheim:

Fachlicher Austausch der Bürgermeister

Weiterbildung in kommunalpolitischen Schwerpunktthemen mit hochkarätigen Referenten

Bereits zum sechsten Mal trafen sich auf Einladung des Vorsitzenden des Bayerischen Gemeindetags, Kreisverband Rosenheim Wolfgang Berthaler Vertreter der Gemeinden des Landkreises Rosenheim zur zweitägigen Jahrestagung in der Gemeinde Oberaudorf. Dieses Jahr nahmen 43 von 46 Bürgermeister/innen teil. Den Gemeindeoberhäuptern ist dieser Termin inzwischen zu einer lieben Pflicht geworden, wird doch neben dem äußerst wichtigen, fachlichen Austausch auch der persönliche Kontakt gepflegt.

Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags berichtete über Aktuelles aus der Verbandsgeschäftsstelle.

Hohe Priorität habe die gesunde Finanzkraft der bayerischen Gemeinden. Darüber hinaus müsse ein strenges Augenmerk auf das Ungleichgewicht des Kommunalen Finanzausgleichs und die gerechte Verteilung der Schlüsselzuweisungen gerichtet werden. Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen 2012 um 3,8 Prozent. Dies bedeute ein ansehnliches Plus beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 414 Millionen Euro bzw. 8,0 Prozent auf knapp 5,6 Milliarden Euro.

Klar bezog der Geschäftsführer Position zu gemeindlicher Energiepolitik und Energienutzungsplänen. Des Weiteren informierte Busse über den aktuellen Stand des Landesentwicklungsprogramms (LEP), die Breitbandversorgung im ländlichen Raum und die Betreuungssituation speziell von Kleinkindern.

Breite Themenpalette

Direktor Stefan Graf, ebenfalls aus der Gemeindetags-Geschäftsstelle, referierte über die Themen „Neue Förderung Breitbandversorgung“, „Energielieferverträge Strom“ sowie „Verlegung von Telekommunikationsleitungen“. Fragen aus der Seminarrunde und die rege Diskussion zu den konkreten Punkten zeigten das Interesse, aber auch die Handlungsnotwendigkeit auf.

Polizeipräsident Robert Heimberger aus Rosenheim/Präsidium Süd lobte die gute Zusammenarbeit mit den Kommunen und ging auf spezifische Probleme und Entwicklungen ein.

Daseinsvorsorge

Mit Landrat Josef Neiderhell sowie Vertretern des Landratsamtes und Kreisjugendamtes wurden die Bereiche Großveranstaltungen, Unterbringung von Asylbewerbern sowie Themen in der Zuständigkeit des Jugendamtes erörtert.

Jörn-Helge Möller, Geschäftsführer der Landesgruppe Bayern des DVGW, sensibilisierte die Tagungsteilnehmer mit seinen Ausführungen zur Trinkwasserversorgung und zeigte die Wichtigkeit dieses Bereichs der Daseinsvorsorge auf. ❐

Gut besuchte Jahrestagung des Gemeindetags-Kreisverbands Rosenheim. Bild: Bay GT

Stets nah am Menschen

Kommunale Dankurkunde für Gerhard Lunz

Büchenbach - Seit über 20 Jahren engagiert sich der Büchenbacher Gerhard Lunz in der Kommunalpolitik. Dafür überreichte ihm der Rother Landrat Herbert Eckstein die kommunale Dankesurkunde des Bayerischen Staatsministers des Inneren.

Begonnen hatte Gerhard Lunz seine kommunalpolitische Tätigkeit 1991 als Gemeinderat in Rednitzhembach. Dort war er von 1998 bis 2002 2. Bürgermeister, bis er den Sprung in die Nachbargemeinde Büchenbach wagte, wo er überraschend zum 1. Bürgermeister gewählt wurde. Seit 2003 gehört der unterdessen nach Büchenbach, Ortsteil Gauchsdorf umgezogene Lunz dem dortigen Gemeinderat an. Er bekleidet das Amt des Vorsitzenden der CSU-Fraktion und ist engagiertes und kompetentes Mitglied im Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss.

Begeisterung

Eckstein würdigte das herausragende ehrenamtliche Engagement und die Begeisterung für die Kommunalpolitik, mit der Gerhard Lunz auch komplizierte Konstellationen nie gescheut habe. Er habe viele schwierige Entscheidungen mitgeprägt und dabei stets das Wohl der jeweiligen Gemeinde und ihrer Bürger in den Mittelpunkt gestellt. Er sei ein „unermüdlicher Kämpfer in der.Sache“ und biete stets gut vorbereitet gerne auch Bürgermeister und Verwaltung in heißen Diskussionen die Stirn.

Lunz, der auch Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU ist, erklärte, er genieße es, mit Leuten zusammenzukommen, die etwas zu sagen haben. Dies gilt zum einen für seine Kontakte in die „große“ Politik, aber ganz besonders im Gemeinderat und vor allem am Stammtisch. Er schätze die „urwüchsige Kraft“ der Kommunalpolitik, die stets nah an den Menschen dran sei. Deshalb habe es ihn nie in Richtung höherer politischer Ebenen gezogen. In seiner Heimatgemeinde engagiert sich Lunz auch in zahlreichen Vereinen. Deshalb, so der Landrat, sei bei ihm das CSU – Motto „Näher am Menschen“ ganz besonders zutreffend. ❐

Länderübergreifende Klimaschutzkonferenz im Achental

Die stetig wachsenden Anforderungen an den Alpenraum haben starke Auswirkungen auf das sensible Klima- und Ökosystem der Alpen. Längst ist den alpinen Regionen der Handlungsbedarf bewusst und das Engagement, etwas zu ändern, groß. Besonders der Anspruch die Regionen intelligent zu stärken, lebenswerter zu machen und somit den Klimaschutz in den Alpen zu begleiten, bewirkte den Zusammenschluss von 10 Pilotregionen im Klimaschutzprogramm ALPSTAR.

Dieses wirkt in isolierte Betrachtung einzelner Problemfelder entgegen und möchte mit guten Beispielen aufzeigen, dass es auch anders geht. Die diesjährige Zwischenkonferenz des ALPSTAR Programms beschäftigte sich deshalb mit dem Lebensraum der Alpen, dem Klimawandel in sieben Anrainerstaaten und möglichen Alternativen im Transport, der Energieversorgung, Tourismus, Bau – und Sanierungszweig , Industrie und Gewerbe, Landschaftsbild, Erziehung und Landwirtschaft. Über die CO^2-Neutralität der Alpen und den einhergehenden Klimawandel sowie den konkreten Handlungsmöglichkeiten der Wirtschaft und Gesellschaft diskutierten mehr als 50 Teilnehmer/Innen aus 7 Ländern.

Der erste Bürgermeister von Grassau, Rudi Jantke, eröffnete die ALPSTAR Mid-term Konferenz mit einem kurzen Einblick in die starken Aktivitäten in Punkto Klima- und Umweltschutz der Gemeinde Grassau. Besonders die Symbiose zwischen Tourismus und Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Region stellte sich als ein richtiger Weg heraus der begangen werden muss, damit die Abhängigkeit von fossilen Trägern aufgelöst werden kann. Besonders die Mitgliedschaft beim Ökomodell Achental e.V. hat im letzten Jahrzehnt positive Auswirkungen für die Gemeinde und die Region mit sich gebracht.

Energieeinsparung

Das Klimaprogramm Bayern 2020 – ein bayerischer Beitrag zum Klimaschutz in den Alpen, präsentiert durch Michael Loch vom bayerischen Staatministerium für Umwelt und Gesundheit, zeigte auf, welchen Handlungsbedarf es in Bayern gibt, damit die menschlichen Auswirkung auf unser Klima auf ein „gesundes“ Minimum reduziert werden kann. Die politischen Entscheidung und Fördermöglichkeiten der letzten Jahre haben aufgezeigt, dass es möglich ist, den Einfluss zu vermindern, ohne die Lebensqualität zu verringern. Besonders den Dreisprung legte Herr Loch allen Teilnehmern an Herz. Zunächst hat die Energieeinsparung das größte Potential, zweitens die Energieeffizienz und zu guter Letzt kommt der Ausbau der erneuerbaren Energien. ❐

Elektroroller für Uttenreuth

Die Verwaltungsgemeinschaft (VG) Uttenreuth ist ab sofort mit einem Elektroroller der N-ERGIE unterwegs. Der Roller wurde im Unternehmen bisher als Testfahrzeug genutzt und wird nun in der VG Uttenreuth für Kurierfahrten eingesetzt.

Der Elektroroller erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h bei einer Leistung von 2,7 kW (3,7 PS). Mit einer vollgeladenen Batterie kommt er auf eine Reichweite von bis zu 60 Kilometern und kann an jeder Haushaltssteckdose (230 V) „betankt“ werden. Eine Ladung dauert drei bis fünf Stunden.

Die Angestellten der VG und ihre Bürgermeister sind mit dem Elektroroller bequem, günstig und umweltschonend unterwegs: In der VG Uttenreuth wird der Roller mit Ökostrom der N-ERGIE geladen. Durch die effiziente Nutzung der eingesetzten Energie ergeben sich Betriebskosten von unter einem Euro pro 100 km. Theoretisch könnte man also für rund 400 Euro die Welt einmal umrunden.

„Als Verwaltungsgemeinschaft ist es uns wichtig, mit einem guten Beispiel voran zu gehen. Es freut uns, dass wir den Roller von der N-ERGIE für uns erwerben konnten und somit umweltfreundlich im Gebiet unserer vier Mitgliedsgemeinden Buckenhof, Marloffstein, Spardorf und Uttenreuth unterwegs sind,“ so die Bürgermeister der Verwaltungsgemeinschaft. ❐

V. l.: Bernd Höhlein, Bürgermeister Spardorf, Rainer Schmitt, Bürgermeister Marloffstein, Karl Köhler, Bürgermeister Uttenreuth, Georg Förster, Bürgermeister Buckenhof, Rainer Gründel, Kundenmanager der N-ERGIE. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber: Otto Ammon
Redaktion: Anne-Marie von Hassel (verantwortlich), Doris Kirchner, Chefin vom Dienst, Jakob Döring, Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter: Lutz Roßmann (Landtag), Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials), Theresa Flotzinger (KPV), Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung: Constanze von Hassel (verantwortlich), Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 47 vom 01.01.2013
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise: 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland: € 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften: (Abrechnung über eine Adresse) € 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen: (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung: zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung: Anne-Marie von Hassel, Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen: Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift: Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift: Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse: 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen: Anne-Marie von Hassel, Constanze von Hassel
Druck und Auslieferung: Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG, Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

V. l.: Landrat Roland Schwing, Landrat Eberhard Nuß (Würzburg), Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Landrat Thomas Schiebel (Main-Spessart), Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld), Dr. Johann Keller (Bayerischer Landkreistag), Thomas Bold (Bad Kissingen), Dr. Ulrich Reuter (Aschaffenburg), Tamara Bischof (Kitzingen), Florian Töpper (Schweinfurt) und Rudolf Handwerker (Hassberge). ❐

Arbeitstagung der unterfränkischen Landräte in Miltenberg

Regelmäßig treffen sich die unterfränkischen Landräte zu Dienstbesprechungen, um aktuelle kommunalpolitische Themen auszutauschen. Gastgeber der jüngsten Zusammenkunft im Landratsamt Miltenberg war Landrat Roland Schwing. Teilnehmer waren auch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages Dr. Johann Keller.

Umfangreich war die Tagesordnung, welche von den Kommunalpolitikern behandelt wurde. Über die Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rats über Industrieemissionen in Bayern berichtete Dr. Monika Kratzer, Leiterin der Abteilung Klimaschutz im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.

Weitere Themen waren die Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen, die Kostenbeteiligung der Landkreise an technisch taktischen Betriebsstellen in den Integrierten Leitstellen, die dezentrale Unterbringung von Asylbewerber und ein Sachstandsbericht über die Regionalplanung für Windkraftanlagen. Auch gab es aktuelle Informationen aus der Arbeit des Bayerischen Landkreistages und der Regierung von Unterfranken. ❐

V. l.: Manfred Schneider (Leiter Logistik bei der Nürnberger Land Tafel e. V.), KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl (Röthenbach), Jan van der Oest (1. Vorsitzender der Nürnberger Land Tafel e.V.), Bürgermeister Kurt Sägmüller (Neunkirchen), 2. Bürgermeisterin Karin Müller (Schnaittach), Fraktionsvorsitzender Peter Uschalt (Hersbruck), Gemeinderätin Irmgard Kundörfer (Feucht), Bürgermeister Helmut Brückner (Happurg), Fraktionsvorsitzender Dr. Bernd Eckstein (Altdorf), Stadtrat Thomas Kramer (Altdorf) sowie KPV-Ehrenkreisvorsitzender und Kreisrat Werner Kundörfer (Feucht). ❐

KPV Nürnberger Land:

Besuch der Nürnberger Land Tafel e.V. in Feucht

Die Nürnberger Land Tafel e.V. leistet durch die Weitergabe von Lebensmitteln an Bedürftige eine äußerst wertvolle Arbeit. Dass dahinter ein enormer logistischer Aufwand steht, davon konnte sich die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU (KPV) beim Besuch des Logistikzentrums in Feucht ein Bild machen.

Im Landkreis Nürnberger Land gibt es derzeit zehn Ausgabestellen der „Tafel“, bei denen bedürftige Menschen ein- bis zweimal pro Woche Lebensmittel erhalten können. Menschen, die bei der Tafel als bedürftig gelten und Lebensmittel erhalten, müssen einen Einkommensnachweis vorlegen, damit sie einen Ausweis bekommen, der sie zur Abholung berechtigt.

„Viele von Armut Betroffene sparen oft bei der täglichen Ernährung, oft zu Lasten ihrer Gesundheit. Gleichzeitig fallen bei Lebensmittelproduzenten, Supermärkten und anderen Geschäften täglich Lebensmittel an, die zwar qualitativ noch einwandfrei sind, jedoch nicht mehr im Wirtschaftskreislauf verkauft werden können und somit im Müll landen würden. Die Tafeln schaffen hier einen Ausgleich, indem sie die überschüssigen Lebensmittel einsammeln und diese an Bedürftige verteilen. Zugekauft wird nichts, alle übrigen Kosten für z. B. Miete, Transport und Verwaltung werden über Spenden abgedeckt“, erklärte Jan van der Oest, der Vorsitzende der Nürnberger Land Tafel e.V. .

Bei den zehn Ausgabestellen im Landkreis und im Logistikzentrum Feucht arbeiten insgesamt über 250 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, sei es in der Verwaltung, als Fahrer oder direkt in den Ausgabestellen.

Beeindruckende Logistik

Schwer beeindruckt waren die teilnehmenden Kommunalpolitiker, als Manfred Schneider, Koordinator im Logistikzentrum Feucht, sie durch das Lager führte. Er erklärte, dass manchmal ganze Lastwagenladungen zur Verteilung anstünden. Dann müsse alles ganz schnell gehen, damit die Lebensmittel an die Bedürftigen ausgegeben werden könnten, bevor sie nicht mehr genießbar sind.

Gerhard Hampl, Mitgründer der Tafel im Nürnberger Land und jetzt Mitglied im Bundesvorstand der Tafel, berichtete, dass die Tafeln in ganz Deutschland mittlerweile sehr gut vernetzt sind, um Lebensmittel, die z. B. von großen Herstellern gespendet werden, schnellstmöglich zu verteilen. „Wenn eine große Lieferung kommt, dann helfen sich die Tafeln gegenseitig, um den Bedürftigen eine breite Produktpalette anbieten zu können“, so Hampl.

Rolf Herbert, ebenfalls ehrenamtlicher Helfer bei der Tafel, berichtete vom Modellprojekt „Deutschlands erste Schülertafel“. Die Schülertafel stellt bedürftigen Schülerinnen und Schülern Schulmaterial zur Verfügung und gibt Zuschüsse z. B. für Klassenfahrten. „Die Schülertafel arbeitet eng mit allen Schulen im Landkreis zusammen, um schnell unbürokratische Lösungen zu finden, weil sich die Kinder auch oft schämen, Hilfe in Anspruch zu nehmen“, erklärte Herbert. Die Hilfe ist unbürokratisch, die Abwicklung der Spenden jedoch nicht: Natürlich wird über alle Ausgaben genauestens Buch geführt. Diese Verwaltungstätigkeiten werden von den Mitarbeitern der Tafeln ebenfalls ehrenamtlich geleistet, was einen enormen zeitlichen Aufwand nach sich zieht. ❐

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

Die Volkszählung und ihre Folgen

„Oh je, jetzt sehen wir aber alt aus. Deutschland schrumpft wie ein Pilz beim Trocknen und wir haben es fast drei Jahrzehnte nicht gemerkt.” Mein Chef, der Bürgermeister, las mit sarkastischem Schmunzeln die Berichte über die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung.

Langsam erst erkennen wir die wahren und weitreichenden Konsequenzen des Zensus aus dem Jahr 2011. Klar, der erste Aufreger der Medien war, dass bei uns 1,5 Millionen Menschen weniger leben als gedacht. Aber diese Entwicklung ist aufs Ganze gesehen in unserem ohnehin sehr dicht besiedelten Land wenig dramatisch: Weder muss halb Mecklenburg-Vorpommern zum menschenleeren Naturpark erklärt, noch müssen reihenweise Neubausiedlungen renaturiert werden.

Der Teufel, oder besser die wirklich interessanten Erkenntnisse, stecken wie immer im Detail. Es wird noch einige Zeit dauern, bis die Ergebnisse in allen Einzelheiten auf allen Ebenen zu Konsequenzen führen – von der Stimm- bzw. Wahlkreisgliederung über die Festlegung von Zuschüssen an Kommunen bis zur Frage der Besoldung der Bürgermeister.

Einige ganz flinke Federn haben sich allerdings schon an die Arbeit gemacht und interessante Rechnungen aufgestellt. So behauptet ein Wirtschaftsforschungsinstitut, Bayern müsse wegen der Bevölkerungsverschiebung in Zukunft an die 184 Millionen Euro weniger in den Topf des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bezahlen. Feine Sache. Mit dem Ofenrohr ins weite märkische Land schaut Berlin, dem 180.000 Einwohner abhanden gekommen sind und zukünftig wohl auf eine halbe Milliarde Euro GAL (Geld anderer Leute) verzichten muss. Bringt einen aber sogleich zu der interessanten Frage: Warum haben die Berliner nicht bemerkt, dass ihnen die kumulierte Einwohnerzahl von Ingolstadt und Rosenheim einfach so abhanden gekommen ist?

Gut, wenn ich den naheliegendsten Schluss ziehen würde, dass das deutsche Meldesystem ineffektiv ist, würde mir der Leiter unseres Ordnungsamtes sicherlich in diesem Leben keinen Latte mehr spendieren. Da er sehr leckeren macht, nur soviel: Insbesondere die Neigung, sich bei Wegzügen nicht abzumelden, scheint weit verbreitet zu sein.

Aber im Kern geht es doch um etwas anderes: Wir haben uns in Deutschland von den hysterischen Protesten zur Volkszählung 1987 so sehr den Schneid abkaufen lassen, dass wir eine einfache Tatsache verdrängt haben: Ohne verlässliche Zahlen keine belastbare Planung. Ich will jetzt nicht mit den Geschichten aus der Geschichte langweilen, aber die großen Staatsmänner, ob Napoleon, Montgelas oder wie sie alle hießen, wussten: Einen Staat verwaltet man effektiv, wenn man ein vernünftiges Katasterwesen hat und zudem weiß, wie viele Menschen darin leben. Man braucht in allen Bereichen zuverlässige und belastbare Planungsgrundlagen! So gesehen war es der helle Wahnsinn, erst 20 Jahre nach der Wiedervereinigung einen Zensus abzuhalten, der zudem nach den statistischen Maßstäben eine richtige Volkszählung nur schwerlich ersetzen kann.

Mein Chef, der Bürgermeister, stimmt mir grundsätzlich zu – aber der Verzicht auf Volkszählungen ist nur die Spitze des Eisbergs. Tatsächlich macht sich der Staat in vielen Bereichen dadurch blind, dass er auf die Erhebung von Daten verzichtet oder aus Gründen des Datenschutzes vorhandene Daten nicht umfassend auswertet. Aber er ist Politiker genug, um zu wissen, wie gefährlich leicht die öffentliche Hysterie zu mobilisieren ist, wenn es darum geht, Daten für Planungszwecke zu verarbeiten. Woher dieses Misstrauen auch immer kommen mag: Viel Überzeugungsarbeit würde zu leisten sein, wollte man eine effektive Volkszählung durchführen. Ob man in absehbarer Zeit die Kraft findet, es zu versuchen? Wie eng Faktenkenntnis und effektives Handeln zusammen gehören, hat dabei schon vor tausenden von Jahren der chinesische Philosoph Konfuzius erkannt und in folgenden kryptischen Satz gefasst: „Zu wissen, was man weiß, und zu wissen, was man tut, das ist Wissen.“

Ihre Sabrina

Duftzaun gegen Wildunfälle

Pilotprojekt im Landkreis Günzburg

Jedes Jahr ereignen sich im Landkreis Günzburg viele Unfälle ausgelöst durch die Fahrbahn kreuzendes Wild. Dabei kommt es zu Sach- und oft auch schweren Personenschäden. Die hohe Anzahl derartiger Unfälle hat der Landkreis Günzburg zum Anlass genommen, das Pilotprojekt „Duftzaun“ ins Leben zu rufen.

Das verwendete Mittel der Fa. Hagopur wurde bereits mehrfach in anderen Landkreisen und auch vom ADAC erfolgreich getestet und soll die Zahl der Wildunfälle laut Hersteller um bis zu 76% reduzieren. Als Teststrecke wurde der Wald entlang der Kreisstraße GZ 1 zwischen Burtenbach und Anried im Landkreis Augsburg zunächst einmal für die Dauer von zwei Jahren ausgewählt. Dieser Streckenabschnitt ist mit 19 gemeldeten Wildunfällen einer der Brennpunkte im Landkreis.

Umweltfreundlichkeit

Der Duftzaun besteht aus einem gelblichen, umweltfreundlichen Schaum und enthält eine Vielzahl verschiedener Duftstoffe. Dieser wird jeweils Tennisballgroß auf Sträuchern, Ästen oder extra dafür eingeschlagenen Pfählen aufgeschäumt. Der Abstand zwischen den Punkten beträgt 5 bis 8 m beidseitig längs, abseits der Fahrbahn. Zusätzlich wird eine zweite Reihe um 10 m in den Wald hinein versetzt angebracht. Das Mittel soll dabei die Tiere nicht am Überqueren der Straße hindern, sondern sie durch den speziellen Duft alarmieren und aufmerksam machen. Der Schaum enthält Duftstoffe verschiedener Feinde des Wildes wie z. B. Bär, Wolf und Luchs. Hierdurch wird erreicht, dass die Tiere die Straße nicht „blind“ überqueren. In Verbindung mit Licht und Geräusch des sich nähernden Fahrzeuges bleiben die Tiere stehen und warten die Gefahr ab. Auch soll es laut Hersteller ausbleiben, dass sich die Tiere an den Geruch gewöhnen und nicht mehr darauf reagieren. Die Kosten für diese 4 km lange Teststrecke belaufen sich auf ca. 600 im Ausbringungsjahr, sowie etwa 300 in den Folgejahren. Sie werden im Rahmen des Pilotprojektes vom Landratsamt Günzburg getragen. **hj**

Neuer LEW-Vertrag mit Lauingen

Der Stadtrat Lauingen hat einem neuen 20-jährigen Wegenutzungsvertrag mit der LEW zugestimmt. Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zwischen Kommune und Energieversorger bei der Stromverteilung. Er garantiert für die Netzkunden im Gebiet „Lauingen-Süd und Urban“ auch für die Zukunft eine sichere Stromversorgung.

Bei der Vertragsunterzeichnung in der Hauptverwaltung der Lechwerke in Augsburg hoben Bürgermeister Wolfgang Schenk, Josef Wagner, Leiter Kommunalmanagement bei LEW und Peter Kraus, Leiter Kommunalbetreuung bei LEW, die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit hervor. Bereits seit 1912 besteht die Netzpartnerschaft der Lechwerke mit der Gemeinde. Über das Stromverteilungsnetz werden jährlich rund 5,1 Millionen Kilowattstunden verteilt. Der Wegenutzungsvertrag erlaubt dem Energieversorger, öffentliche Wege, Straßen und Plätze für die Verlegung von Stromleitungen zu nutzen. Außerdem gibt er ihm die Planungssicherheit, um in den weiteren Ausbau des Netzes und die Verbesserung der Stromversorgung zu investieren.

Im Bild (v. l.): Peter Kraus, Leiter Kommunalbetreuung bei LEW, Bürgermeister Wolfgang Schenk und Josef Wagner, Leiter Kommunalmanagement der LEW AG bei der Vertragsunterzeichnung in Augsburg. Bild: LEW/Funck

Ministerpräsident Seehofer auf Wahlkreisbesuch im Donau-Ries:

Inklusion und Eurocopter

Der Besuch einer auf Inklusion spezialisierten Grundschule sowie des Hubschrauberherstellers Eurocopter standen auf dem Programm eines Wahlkreisbesuchs von Ministerpräsident Horst Seehofer im schwäbischen Landkreis Donau-Ries.

Landrat Stefan Rößle, der gemeinsam mit dem Ersten Bürgermeister der Stadt Harburg, Wolfgang Kilian, die Begrüßung vornahm, verwies dabei auf exzellente Eckdaten seines Landkreises: Bildungsregion, Familienfreundlichkeit, Spitze bei den regenerativen Energien, 2700 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze – um nur einige Stichpunkte zu nennen. Hinzu kommt, dass der Kreis Donau-Ries 2015 schuldenfrei sein wird. „Wir in Bayern schaffen dies erst 2030“, meinte Seehofer anerkennend und bezeichnete die Region mit Blick auf die niedrige Arbeitslosenquote als „Paradies“.

„Lernen in Bausteinen“

Empfangen wurde der Ministerpräsident in der Harburger Grund- und Mittelschule, die neben 85 anderen im Freistaat besonders auf die Integration von behinderten Kindern spezialisiert ist. Seehofer informierte sich über das Konzept „Lernen in Bausteinen“, das die Berücksichtigung unterschiedlicher Lerngeschwindigkeiten innerhalb einer Klasse berücksichtigt und somit hilft, Schülerinnen und Schüler mit und ohne besonderen Förderbedarf gleichermaßen individuell zu unterstützen.

Im Anschluss übergab Ministerpräsident Seehofer Kindern der 3. Klasse die Grundschulbücher „Donau-Ries – Meine Heimat“. Das Heimatbuch stellt in verschiedenen reich bebilderten Kapiteln Geschichte, Landschaft und andere Themen, wie zum Beispiel Wirtschaft in der Region vor.

Nach einem Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Harburg und einer Diskussion mit Schulleitern und Seminarrektoren aus dem Landkreis wurde die Besuchsreise mit einem Aufenthalt in Donauwörth fortgesetzt. Dort wurde das neue Hubschrauber-Entwicklungszentrum des Hubschrauberherstellers Eurocopter eingeweiht.

Deutsche Drehscheibe

Bislang waren die Helikopter in Ottobrunn bei München entwickelt und in Donauwörth produziert worden. Mit der Zusammenlegung der Standorte soll Donauwörth zur deutschen Drehscheibe für den weltweiten Hubschraubermarkt aufsteigen. In dem über 100 Millionen Euro teuren Entwicklungszentrum werden künftig auf 30.000 Quadratmetern rund 900 Menschen am Helikopter der Zukunft arbeiten. Insgesamt sind in Bayern mehr als 60.000 Menschen in rund 550 Unternehmen der Luft- und Raumfahrt beschäftigt.

High-Tech und Innovation

Wie Ministerpräsident Seehofer hervorhob, „stärkt Eurocopter mit der Konzentration von Entwicklung, Fertigung und Wartung von Hubschraubern in Donauwörth die eigene Kompetenz und Leistungsfähigkeit und zugleich die gesamte bayerische Luftfahrtindustrie. Wenn es um Forschung und Innovation geht, kennen die Luftfahrtindustrie und Bayern nur eine Richtung – ganz nach oben! Eurocopter zeigt, wie es geht: Das neue Systemhaus ist High-Tech und Innovation pur, es ist ein Aushängeschild für den Luftfahrtstandort Bayern.“

Schlüsselfaktoren

Nach den Worten Seehofers sind Innovation und Hochtechnologie die Schlüsselfaktoren zu nachhaltigem Erfolg. Seehofer: „Die Luftfahrtindustrie ist einer der ganz großen Treiber des technischen Fortschritts. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, muss die öffentliche Hand hier unterstützen und Impulse setzen… Bei Vorliegen der Zustimmung durch die einschlägigen Gremien sind wir uns im Grundsatz über eine staatliche Anschubfinanzierung für die Entwicklung eines neuen Zivilhubschraubers einig. Dabei gehen wir freilich davon aus, dass Eurocopter die volle Systemführerschaft in Donauwörth ansiedelt und auch die Zulieferer in Deutschland umfassend einbindet.“

Der Freistaat Bayern sei darüber hinaus bereit, in Vorlage zu gehen und eine Durchführbarkeitsstudie zu fördern. Seehofer: „Wenn es um die technologische Spitzenkompetenz geht, hat die Staatsregierung ein klares Ziel: Wie wollen unsere Flughöhe auch in Zukunft halten!“ **DK**

Bad Kissinger Gesundheitstage:

Im Zeichen bayerischer Präventionspolitik

Die 16. Gesundheitstage in Bad Kissingen haben in diesem Jahr weit über 20.000 Besucher angelockt. An drei Tagen drehte sich alles um das Motto „Aktiv und fit in jedem Alter!“. Insgesamt konnte der Förderverein Gesundheitszentrum Bad Kissingen e.V. wieder 80 Aussteller aus ganz Deutschland gewinnen. Sie präsentierten sich unter der Schirmherrschaft des Staatsministers für Umwelt und Gesundheit Dr. Marcel Huber im historischen Ambiente von Wandelhalle, Brunnenhalle und Geschlossenen Arkaden.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Eva Maria Roer, Vorstandsvorsitzende des Fördervereins, eröffneten gemeinsam die Gesundheitstage. Zahlreiche Angebote standen dabei erneut im Zeichen bayerischer Präventionspolitik.

Neben aktuellen Informationen zu den verschiedensten Gesundheitsthemen wurden an den Infoständen, die sich auf insgesamt sechs Themenbereiche verteilten, auch Selbsttests angeboten. Die Kreisverkehrswacht Bad Kissingen bot einen Sicherheitskurs für Rollatorenfahrer an. Die Teilnehmer erhielten Tipps und Hinweise im Umgang auf einer Parcoursstrecke.

Ein Höhepunkt der Ausstellung war das Thema „Krebs“, das von der Bayerischen Staatsregierung für Umwelt und Gesundheit zum Schwerpunktthema ausgelobt wurde. Hierzu fanden verschiedene Vorträge mit Diskussionsmöglichkeit statt. Passend zum Thementag stand der 5. Bad Kissinger Rakoczylauf unter dem Motto „ ...dem Krebs davonlaufen“.

An die 16. Gesundheitstage angebunden war das 15. Bad Kissinger Insulin Pumpentreffen. Dieses offerierte in der Klinik Saale Informationen in Vorträgen und Workshops rund um Diabetes. Darüber hinaus standen kleine Wildkräuter- und Heilpflanzenwanderungen im Kurgarten auf dem Programm.

Knapp 100 Fachvorträge

Begleitend zu den Messeständen erwartete die Besucher auch in diesem Jahr ein umfangreiches Vortragsprogramm. Knapp 100 Fachvorträge von Ärzten, Physiotherapeuten, Heilpraktikern und Gesundheitsberatern, aber auch Darbietungen wie „Schwungvoll im Alter – das gesellige Solo Tanzvergnügen für die Generation 60+“, Zumba®fitness, LifeKinetik, QiGong und Brainwalking hatte der Förderverein Gesundheitszentrum Bad Kissingen e.V. zusammengestellt. Eine Modenschau rundete das Rahmenprogramm ab. **KI**

Windkraftnutzung im Landkreis Unterallgäu:

Entwicklungsgesellschaft kurz vor der Gründung

Möglichst bürgernah will der Landkreis Unterallgäu die Windkraftnutzung gestalten. Zu diesem Zweck hat Landrat Hans-Joachim Weirather eine Entwicklungsgesellschaft für Windkraftanlagen initiiert, die demnächst gegründet werden soll und nun im Landratsamt Mindelheim Bürgermeistern aus dem Landkreis vorgestellt wurde. Die neu gegründete Gesellschaft soll Windkraftprojekte im Unterallgäu planen und bis zur Genehmigungsreife konzipieren.

Das Unterallgäu hat das Potential für bis zu 50 große Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 140 und mehr Metern. Bei einem Stückpreis von vier bis fünf Millionen Euro geht es also um ein Gesamtinvestitionsvolumen von knapp einer Viertelmilliarde Euro.

Wo diese Anlagen gebaut werden können, sei derzeit noch nicht abschließend geklärt, betonte Landkreischef Weirather. In rund einem Jahr soll darüber Klarheit bestehen. Zehn bis zwölf Vorranggebiete für Windkraftanlagen seien im Gespräch, über die der Regionalverband Donau-Iller im Frühjahr 2014 beschließen werde.

Bündelung der Kräfte

Das mit solchen Windkraftanlagen zu verdienende Geld soll möglichst in der Region bleiben und keinesfalls Großkonzernen zufließen. Partner der Projektgesellschaft sind die Volks- und Raiffeisenbanken sowie die Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim, die beim Thema Windkraft eng zusammenarbeiten wollen, um so die Kräfte zu bündeln.

800.000 Euro Startkapital

Vier Geldgeber stellen das Startkapital in Höhe von 800.000 Euro bereit. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie die Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim beteiligen sich mit je 255.000 Euro. Eine Viertelmillion Euro steuert die BayWa r.e. Wind GmbH bei, eine 100-prozentige Tochter des Münchner Agrarhandelskonzerns, die sich um das Geschäftsfeld erneuerbare Energien kümmert. Ein weiterer Partner ist der Landkreis mit 40.000 Euro, wobei der Beschluss des Kreistages hierfür noch aussteht.

„Wir wollten es nicht Dritten überlassen, was im Landkreis Unterallgäu passiert“, hob Hermann Kerler, Leiter des Energieteams des Landkreis Unterallgäu, Mitglied der Arbeitsgruppe „Projektentwicklung Wind Unterallgäu“ und Vorstandsvorsitzender der Raiffeisenbank Pfaffenhausen eG, hervor.

Bürgerbeteiligung

Aufgabe der Gesellschaft ist laut Kerler die Projektplanung, also zum Beispiel die Prüfung auf Machbarkeit, das Genehmigungsverfahren oder die Vorfinanzierung. Zum Betrieb der Anlagen können die Gemeinden oder Initiatoren nach seinen Worten eine Gesellschaft gründen und den Bürgern eine Beteiligung anbieten. Die Betreibergesellschaft könne dann das von der Entwicklungsgesellschaft vorbereitete Projekt übernehmen.

Geplant ist, die Entwicklungsgesellschaft Windkraft mit zwei Geschäftsführern auszustatten: Simon Sturm von der BayWa r. e. Wind GmbH soll für planerische und technische Fragen zuständig sein, als Ansprechpartner für Kommunen, Grundstückseigentümer und Bürger ist der Holzgünzer Bürgermeister Paul Nagler vorgesehen. Die Geschäftsstelle der GmbH soll bei der Unterallgäu Aktiv GmbH in Bad Wörishofen angesiedelt werden. **DK**

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 20. Juni 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **EDV · IT**
- **Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunikationstechnologie**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunale Baupolitik**
- **Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge**

LIEFERANTEN-NACHWEIS GZ

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.
BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.
Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr
ORTMAIER DRUCK GmbH
Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de
FLyerPara.De
www.flyerpara.de
Das Online-Druckportal aus dem Hause Ortmaier Druck

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 81 71) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom
Green City Energy
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Bitte vormerken: 13. Juni 2013
Power für Bayerns Kommunen:
6. Energieforum
der Bayerischen GemeindeZeitung
im Bürgerhaus der Stadt Garching bei München, www.gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de
DFLW

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de